

Wiener Landtag

17. Sitzung vom 18. Dezember 1998

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

- | | | |
|---|---------------|---|
| 1. Entschuldigte Abgeordnete | (S. 3) | |
| 2. Fragestunde: | | |
| 1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 6); | | |
| 3. Anfrage (S. 9); 4. Anfrage (S. 12) | | |
| 3. Pr.Z. 34/AL/98: Aktuelle Stunde zum Thema "Steuerreform 2000 - Weichenstellungen und Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Wien" | | eines Gesetzes, mit dem Bestimmungen über die Zuweisung von Bediensteten der Gemeinde Wien erlassen (Wiener Zuweisungsgesetz) und das Wiener Personalvertretungsgesetz (3. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz), die Wiener Stadtverfassung und das Gebrauchsabgabengesetz 1966 geändert werden (Wiener Stadtwerke - Umstrukturierungsgesetz) |
| Redner: Die Abgen Mag Gabriele Hecht (S. 16), Mag Christoph Chorherr (S. 18), Mag Alexander Neuhuber (S. 18), Mag Hilmar Kabas (S. 20), Johann Hatzl (S. 21), Ing Manfred Klopff (S. 21) und Dr Wolfgang Alkier (S. 22), StR Dr Friedrun Huemer (S. 23) sowie die Abgen Dr Matthias Tschirf (S. 24), DDr Eduard Schock (S. 25) und Gerhard Göbl (S. 26) | | (Beilage Nr. 33) |
| 4. Mitteilung des Einlaufs | (S. 27) | Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner |
| 5. Pr.Z. 1655-MDBLTG, P. 1: Wahl eines Ersatzmitglieds des Bundesrats | (S. 27) | (S. 34) |
| 6. Pr.Z. 1566-MDBLTG, P. 4: Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden betreffend die Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden (Österreichischer Stabilitätspakt) (Beilage Nr. 35) | | Redner: Abg Michael Kreißl (S. 34) |
| Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Brigitte Ederer | (S. 27 u. 33) | Abstimmung (S. 35) |
| Redner: Die Abgen Mag Gabriele Hecht (S. 27), Mag Christoph Chorherr (S. 30), Dr Matthias Tschirf (S. 32) und Dr Helmut GÜNTHER (S. 32) | | 8. Pr.Z. 1650-MDBLTG, P. 3: Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1994 (10. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (5. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), die Pensionsordnung 1995 (5. Novelle zur Pensionsordnung), das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1995 (4. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1995), das Wiener Bezügegesetz 1995, die Dienstordnung 1994 (6. Novelle zur Dienstordnung 1994), das Wiener Personalvertretungsgesetz (4. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz) und das Wiener Gleichbehandlungsgesetz (1. Novelle zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz) geändert werden |
| 7. Pr.Z. 1623-MDBLTG, P. 2: Entwurf | | |

(Beilage Nr. 34)

Berichterstatterin: Amtsf StR

Mag Renate Brauner

(S. 35)

Abstimmung (S. 35)

9. Pr.Z. 625-MDBLTG, P. 5: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Regelung des Veranstaltungswesens (Wiener Veranstaltungsgesetz) ge-

ändert wird (Veranstaltungs-
gesetznovelle 1998)

(Beilage Nr. 11)

Berichterstatter: Amtsf StR Dr Peter

Marboe

(S. 35 u. 37)

Redner: Abg Marco Smoliner (S. 36)

sowie StR Dr Friedrun Huemer (S. 36)

Abstimmung (S. 37)

(Beginn um 9.00 Uhr.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die 17. Sitzung des Wiener Landtags ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Abgen Dr Peter Pilz, Dr Wilfried Serles und Dr Wolfgang Ulm.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage wurde von Herrn Abg DDr Eduard Schock gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet: *In welcher Art und Weise werden Sie der im Artikel 2 des österreichischen Stabilitätspakts zwischen Bund, Ländern und Gemeinden festgelegten mittelfristigen Ausrichtung der Haushaltsführung nachkommen?*

Frau Stadträtin, ich bitte Sie um Beantwortung.

Amts StR Mag Brigitte Ederer: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich hoffe, ich mache keinen Fehler, wenn ich Herrn Abg Kubik sehr, sehr herzlich zum heutigen Geburtstag gratuliere. *(Allgemeiner Beifall. - LhptmSt DDr Bernhard Görg: Da müssen Sie dem Dr Salcher auch gratulieren! Der hat auch Geburtstag!)* Dann gratuliere ich Herrn Dr Salcher - da wußte ich es nicht - auch sehr, sehr herzlich zum heutigen Geburtstag. *(Allgemeiner Beifall.)*

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Abgeordneter!

Artikel 2 des Stabilitätspakts besagt, daß Bund, Länder und Gemeinden die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung sicherzustellen und sich bei der Beschlußfassung über die jährlichen Haushaltsvorschläge an den mittelfristigen Vorgaben zu orientieren haben.

Wie das rein formal geschehen soll, ist noch völlig offen, weil die Festlegung von Grundsätzen dafür, wie im Artikel 1 klargestellt ist, eine Aufgabe des sogenannten Österreichischen Koordinationskomitees sein wird.

Was das Inhaltliche betrifft, wird sich Wien strikt an die Vorgaben des Stabilitätspakts über die Aufteilung der Defizitquoten halten, was allein schon dadurch unter Beweis gestellt ist, daß das im Voranschlag 1999 mit 2,5 Milliarden S ausgewiesene Maastricht-Defizit um 1,6 Milliarden S oder fast 50 Prozent niedriger ist als nach dem Voranschlag 1998 und damit bereits den Festlegungen des Stabilitätspakts über die innerösterreichische Aufteilung der höchstzulässigen Defizitquote entspricht.

Die Einhaltung des durch den Stabilitätspakt vorgegebenen Rahmens bedeutet dabei nicht eine lästige Pflicht oder schwerwiegende budgetäre Einschränkungen, weil das Maastricht-Defizit ja nicht eine aus der Luft gegriffene Kenngröße darstellt, sondern eine sehr brauchbare Richtgröße, welche Nettoneuverschuldung bei Voraussetzung kontinuierlicher Entwicklung mittel- und langfristig überhaupt tragbar ist. Daß mit diesem Rahmen eine vernünftige Budgetpolitik möglich ist, erkennt man am Wiener Voranschlag 1999.

Der Stabilitätspakt sieht einerseits vor, daß den Ländern und Gemeinden die ihnen eingeräumte Defizitquote von 0,3 Prozent des BIP selbst dann gewahrt bleibt, wenn das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit auf ein Staatsdefizit von weniger als 3 Prozent ausgerichtet ist. Das berücksichtigt die überragende Bedeutung der Haushalte der Länder, vor allem aber der Gemeinden für die öffentliche Investitionstätigkeit und muß auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß die Manövriermasse des Bundes eine ungleich größere ist.

Das Bekenntnis zur Einhaltung der vorgegebenen Rahmengrößen bedeutet aber gleichzeitig eine Absage an Überlegungen, aus mehr populistisch als sachlich motivierten Beweggründen, die Ausgabenseite ohne konkrete Bedeckungsvorschläge aufzublähen oder die Einnahmenseite zu schmälern, etwa durch Verzicht auf beträchtliche Steuereinnahmen. Sollte der Steuerertrag allerdings durch ein Urteil des Höchstgerichts vermindert werden, ist es nach Artikel 4 des Stabilitätspakts Aufgabe des Bundes, die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen möglichst weitgehenden Ersatz zu schaffen.

In Summe darf festgestellt werden, daß durch den Stabilitätspakt einerseits und den Konsultationsmechanismus andererseits eine Weichenstellung erfolgt ist, die finanz- und budgetpolitische Alleingänge einzelner für die Zukunft zumindest weitgehend ausschließt, für eine vernünftige und verantwortungsbewußte Finanz- und Budgetpolitik aber genügend Freiraum bietet, daß eine gedeihliche Entwicklung des gesamten öffentlichen Sektors und damit auch eine gesunde Basis für die übrigen Sektoren der Wirtschaft zu erwarten sind.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke für die Beantwortung. - Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg DDr Schock. - Bitte.

Abg DDr Eduard Schock (FPÖ): Frau Stadträtin!

Dieser Stabilitätspakt ist eigentlich erst nach einem sehr harten Ringen zwischen dem Bund auf der einen Seite und den Ländern und den Gemeinden auf der anderen Seite zustande gekommen, weil es dabei doch um sehr zentrale Fragen geht, nämlich wer die Sanktionszahlungen nach Brüssel leisten wird müssen. Es ist ja so, daß wir, wenn wir unsere Defizitgrenze überschreiten, bekanntlich Strafzahlungen nach Brüssel leisten müssen, und da geht es eben auch um die Frage: Wer zahlt in Österreich diese Strafzahlungen, inwieweit der Bund und inwieweit Länder und Gemeinden?

Es ist in diesem Stabilitätspakt ein Passus diesbezüglich vorgesehen, der aber vom Städtebund bis zuletzt bekämpft wurde. Der Städtebund hat hier einen eigenen Formulierungsvorschlag vorgelegt und diesen heute zu beschließenden Stabilitätspakt in der Form eigentlich bis zuletzt abgelehnt, weil natürlich eine gewisse Schieflage zugunsten des Bundes hier feststellbar ist. Etwa bei der Steuerreform haben wir jetzt nicht wirklich etwas mitzureden. Der Bund be-

stimmt aufgrund der zentralistischen Finanzverfassung de facto über die Steuerreform und damit auch über unsere Einnahmen, aber wir müssen dann sehr wohl die finanziellen Konsequenzen mittragen. Daher hat eben der Städtebund hier einen eigenen Vorschlag vorgebracht und die jetzt zu beschließende Form ist eigentlich erst nach massivem Druck des Bundes in den letzten Wochen der Verhandlungen zustande gekommen.

Meine Frage ist daher: Sehen Sie auch diese Schieflage zugunsten des Bundes und welche Möglichkeiten sehen Sie, diese Schieflage in Zukunft etwas zu verändern?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsfr StR Mag Brigitte Ederer: Herr Abgeordneter!

Ich sehe oder ich teile Ihre Einstellung, daß das natürlich eine schwierige Frage ist. Wenn es eine Dekkelung des Budgetdefizits gibt, bedeutet das natürlich: Wie teilen wir das innerösterreichisch auf? Das ist ein ganz zentrales Thema. Sie wissen, daß vor allem die Gemeinden - weniger die Länder, aber vor allem die Gemeinden - der Motor der Investitionstätigkeit in diesem Land sind und damit auch eine wichtige Aufgabe für die Beschäftigungsentwicklung in diesem Land haben.

Bei den Diskussionen, die stattgefunden haben, vertritt jeder eine Position, die es zu respektieren gilt. Letztendlich glaube ich, daß das Ergebnis, das jetzt vorliegt, ein gutes ist. Ich glaube zum Beispiel, daß diese 10prozentige Sicherheit, die da eingebaut ist, dieser Sicherheitstopf, wenn man ihn so nennen darf, vorsieht, daß damit auch ein gewisser Gestaltungsspielraum für jene gegeben ist, die aufgrund einer einmaligen Situation ihr zugeteiltes Maastricht-Defizit überschreiten. Da gibt es eine gewisse Bewegungsmöglichkeit.

Letztendlich glaube ich, daß sich natürlich bei so Fragen wie der Steuerreform der Bund verstärkt überlegen muß, was vorgeschlagene Maßnahmen für die Haushalte der Länder, aber vor allem, meine ich - bei den Ländern ist es, glaube ich, weniger ein Problem -, für die Haushalte der Gemeinden bedeuten. Und da gilt es, in den nächsten Jahren und bei der jetzigen Steuerreform sehr verantwortungsvoll vorzugehen, denn sonst wird meiner Meinung nach für die einzelnen Gebietskörperschaften die Einhaltung des Maastricht-Defizits sehr schwierig zu bewerkstelligen sein.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Hecht gestellt. - Bitte.

Abg Mag Gabriele Hecht (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Finanzstadträtin!

Sie haben jetzt in Ihren Ausführungen betont, daß die Verschuldungsgrenze im Stabilitätspakt für die Länder 0,3 Prozent des BIP ist - das ist die Obergrenze, die maximale Obergrenze des Referenzwerts von der EU - und Sie haben das mit dem Investitionsvolumen der Länder begründet. Es wurde auch im Finanz-

ausschuß so erklärt, daß die Länder die Investitionen tätigen müssen.

Können Sie jetzt sozusagen dafür garantieren, daß Wien diese Anforderungen der Investitionen erfüllen wird, daß Wien nicht auf Kosten der Investitionen seine Verschuldungsgrenze einhalten wird?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsfr StR Mag Brigitte Ederer: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Ich kann hier insofern nichts garantieren. Aber Sie können jetzt nicht sozusagen jubelnd hinauseilen und sagen, die Wiener Finanzstadträtin kann gar nichts garantieren, sondern natürlich hängt das Wiener Budget so wie andere Länder- und Gemeindebudgets und auch das Bundesbudget von vielen Entwicklungen ab, die stattfinden. Zum einen einmal von der weltwirtschaftlichen Situation. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, daß die südostasiatische Wirtschaftskrise, die Krise in Lateinamerika, die Gefahr des Konjunkturrückgangs in den Vereinigten Staaten natürlich auch auf die europäische Wirtschaft und damit auf Österreich einen nachhaltigen Niederschlag finden. Gestern gab es ja eine Revision der Wirtschaftsprognosen nach unten. Das heißt, das ist einmal die erste Rahmenbedingung.

Die zweite Rahmenbedingung ist, daß sich natürlich innerstaatlich die Frage stellt: Welche Steuerreform wird stattfinden, welche Maßnahmen werden geplant sein und welche Auswirkungen haben diese Maßnahmen auf die Länder? - Und ich möchte noch einmal sagen - ich habe es eigentlich ohnehin dezidiert gesagt -: In erster Linie investieren in diesem Land die Gemeinden. Das heißt, man muß bei jeglichen Maßnahmen aufpassen, daß die Gemeinden weiter den Spielraum haben, um Investitionen durchführen zu können. Das ist die zweite Rahmenbedingung.

Und die dritte Rahmenbedingung ist, wie wir hier in dieser Stadt mit dem Budget, das wir haben, umgehen, wieweit beispielsweise von mir nicht beeinflusste oder kaum beeinflussbare Entscheidungen stattfinden, wie der Lohnabschluß für den öffentlichen Dienst, der natürlich eine nachhaltige Auswirkung auf das Wiener Budget hat.

Das heißt, es gibt hier verschiedene Rahmenbedingungen.

Was ich Ihnen zusagen kann, ist, daß ich mich sehr bemühen werde - und ich meine, die Einhaltung des Stabilitätspakts ist de facto eine Voraussetzung, über die es nicht zu diskutieren gilt -, neben der Einhaltung der Stabilitätskriterien, für diese Stadt auch Maßnahmen zu setzen und kreativ nachzudenken, wie man ein hohes Investitionsvolumen weiter aufrechterhalten kann.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Chorherr gestellt. - Bitte.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Frau Stadträtin!

Sie haben richtigerweise den Zusammenhang Stabilitätspakt - Steuerreform angesprochen, wo es in den nächsten Monaten sicher auch intensive Verhandlungen mit den Ländern geben wird.

Einer der Kernpunkte, glaubte man noch vor einigen Wochen, der Steuerreform auf Bundesebene wird eine Energiesteuer sein. Da waren zwei Modelle vorgeschlagen, ein kleineres und ein größeres Modell. Momentan ist der Ölpreis so tief wie seit langer, langer Zeit nicht. Sehr, sehr viel spricht dafür, eine Energiesteuer im Zuge einer Umschichtung anzugehen.

Gibt es eine Position der Stadt Wien, bei diesen Verhandlungen zu einer Steuerreform, was eine Ökologisierung betrifft, daß man Lohnnebenkosten senkt, dafür Energiesteuern erhöht? Gibt es hier eine Position? Beziehungsweise welche Position werden Sie einnehmen, wenn es um die Frage der Energiebesteuerung auf Bundesebene geht?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin.

Amts StR Mag Brigitte **Ederer**: Herr Abgeordneter!

Es gibt keine offizielle Position der Stadt Wien. Die würden Sie kennen, denn die würde in diesem Raum diskutiert beziehungsweise beschlossen werden. Auch ist Wien nicht unmittelbar jetzt aufgerufen, offiziell an den Steuerverhandlungen, an diesen Verhandlungen teilzunehmen. Sie wissen, es befinden sich zwei sehr fundierte Ländervertreter in diesem politischen Verhandlungskomitee. Herr Lhptm Stix und Herr Lhptm Zernatto sind ja de facto die Vertreter der Länder.

Ich habe eine persönliche Meinung dazu. Ich persönlich würde eine Energiebesteuerung im größeren Ausmaß im Rahmen der Europäischen Union bevorzugen, weil ich davon ausgehe, daß die Europäische Union zu einem erheblichen Ausmaß, nämlich zu 90 Prozent, ein Binnenmarkt ist und damit die Verletzlichkeit der Wirtschaft eigentlich nur 10 Prozent ausmachen würde, wenn man so eine Steuer einführt.

Ich bin aber der Meinung, daß es einen nationalen Spielraum gäbe, den man auch ausnützen könnte, der bei weitem nicht so groß ist, wie wenn man eine EU-weite Energiebesteuerung macht. Ich glaube, daß es - nicht zuletzt aufgrund der nicht steigenden Energiepreise und der Frage der Kosten des Individualverkehrs - hier einen nationalen Spielraum gäbe und eine langfristige Umstrukturierung, weg von der Besteuerung der Arbeit, hin zur Besteuerung von Ressourcen, was mit Sicherheit sinnvoll ist.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Tschirf gestellt. - Bitte.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (ÖVP): Frau Stadträtin!

Sie haben angeführt, daß die Steuerpolitik vor allem ein europäisches Problem ist, weil es hier zu Wettbewerbsverzerrungen kommt. Gibt es hier Initiativen von seiten der österreichischen Städte und Gemeinden und der Bünde, auf europäischer Ebene diesen Prozeß voranzutreiben?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin.

Amts StR Mag Brigitte **Ederer**: Es gibt von seiten der europäischen Städte und Gemeinden meines Wis-

sens - mit Ausnahme von Deklarationen und Resolutionen, die man nicht geringschätzen sollte - relativ wenig konkrete Aktivitäten. Es gibt von seiten der Finanzminister - aber das wissen Sie -, vor allem auch durch die österreichische Präsidentschaft, das Vorhaben einer Steuerharmonisierung in Europa. Ich halte das langfristig für den einzigen Weg bei den großen Steuern, hier eine gemeinsame Harmonisierung durchzusetzen, weil damit der Steuerwettbewerb in der Europäischen Union zurückgeht. Den gibt es ja. Das ist sicherlich nicht sinnvoll in so einem Wirtschaftsraum. Diesen Weg halte ich für sehr, sehr notwendig. Im Rahmen der Städte und Gemeinden gibt es Resolutionen, gibt es politische Deklarationen, aber meiner Einschätzung nach nicht ein wirkliches Aktivwerden.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg DDr Schock. - Bitte.

Abg DDr Eduard **Schock** (FPÖ): Frau Stadträtin!

Wenn man sich speziell unsere Position, die Position Wiens im Finanzausgleich ansieht, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich unsere Position in den letzten Jahren ein bißchen verschlechtert hat. Wien ist ja jetzt schon mit 10 Milliarden S Nettozahler. Wir zahlen an die anderen Bundesländer etwa 10 Milliarden S pro Jahr. Es hat in letzter Zeit eine weitere Verschlechterung unserer Position beim Verteilungsschlüssel gegeben, bei der Wohnbauförderung etwa, aber auch bei den EU-Förderungen aus Brüssel, wo wir nicht wirklich gut abgeschnitten haben. besteht daher die Gefahr, daß unsere Nettozahlerposition noch schlechter wird.

Wir haben aber auf der anderen Seite heute erstmals eine Arbeitslosenrate, die in ganz Österreich an der Spitze liegt und höher ist, als etwa die im Burgenland und in Kärnten. Burgenland und Kärnten sind aber Nehmerländer, Empfängerländer im innerösterreichischen Finanzausgleich. Es wäre daher wirklich an der Zeit, daß wir versuchen würden, unsere Position im österreichischen Finanzausgleich zu verbessern.

Meine Frage daher: Sehen Sie auch diese Gefahr, daß die Bundeshauptstadt da schlechter gestellt wird als früher und was werden Sie dagegen unternehmen?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin.

Amts StR Mag Brigitte **Ederer**: Zum ersten hat Herr Abgeordneter, darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, da war ich noch nicht in diesem Haus, ich glaube, Sie auch nicht, wir waren beide noch ein Stückchen weiter drüben - der damalige Herr Lhptm Haider kurz den Vorschlag gemacht, daß er eigentlich Kärnten abschotten möchte und sozusagen Kärnten von Wien nichts mehr bekommt, sondern die Steuerhoheit erhält, und daß er das dort ausgibt, was es an Steuereinnahmen in Kärnten gibt. Das war ein kurzzeitiger Vorschlag, weil - wie Sie richtig gesagt haben - Kärnten Nettoempfänger ist vom österreichischen Finanzausgleich.

Die Frage ist: Wie kann man sich positionieren? - Das ist ein bißchen die Diskussion, die insgesamt auch in der Europäischen Union, auf einer Stufe weiter

oben, stattfindet.

Ich habe vor, eine Studie in Auftrag zu geben, die das konkrete Zahlenwerk einmal durchforstet, also was zahlt Wien, was bekommt Wien - nicht Wien, sondern was zahlen die Wienerinnen und Wiener an Steuern, was bekommt Wien an Steuern zum einen, zum anderen, was zahlen wir für das Wiener Umland, die also diese ganzen Fragen sehr konkret beantwortet, was zahlen wir für die Patienten, die aus Niederösterreich und aus den anderen Bundesländern hier in Wien behandelt werden, daß man einmal ein Zahlenwerk hat und damit auch vorbereitet ist. Meine Kollegen aus den Bundesländern haben die grundsätzliche Einstellung: Die Wiener kriegen alles und sie kriegen nichts. Wie wir beide wissen, ist das ein bißchen anders: Wir sind Nettozahler. Das heißt, ich möchte diese Stadt und die politischen Verhandlungen so gut vorbereiten, daß ein Zahlenwerk vorliegt, wie es überhaupt aussieht. Wenn wir das haben - ich habe vor, das im nächsten halben Jahr in Auftrag zu geben, die Finanzausgleichsverhandlungen sind ja im Jahr 2000 - , ist das schon einmal ein gute Voraussetzung.

Persönlich bin ich der Meinung - das wäre ich auch in der Europäischen Union, aber das ist nicht mehr mein Job -, daß man diese Nettozahler- und Nettoempfängerdiskussion natürlich differenziert betrachten muß.

Bleiben wir bei Wien und bleiben wir bei Kärnten. Eine wirtschaftliche Entwicklung einer Region oder das Gleichziehen einer wirtschaftlichen Entwicklung hat natürlich auch für jenen Raum Vorteile, der besser, der weiter entwickelt ist. Also nehmen wir einmal an, es käme nicht zu diesem innerösterreichischen Ausgleich und es wären einige Regionen stark zurückgeblieben, dann hätten sie automatisch eine starke Zuwanderung beispielsweise in die besser entwickelten, in die reicheren Regionen. Deswegen bin ich auch für eine sehr differenzierte Diskussion innerhalb der Europäischen Union, genauso wie ich für eine differenzierte Diskussion in Österreich bin. Ich halte nichts von dem einfachen Satz: "I want my money back." Das ist zu wenig differenziert. Es fehlt dabei eine gewisse volkswirtschaftliche Betrachtung, die an sich notwendig und richtig ist.

Wo ich Ihnen aber Recht gebe, ist, daß sich der Bund auch klar sein muß, daß Arbeitsmarktpolitik und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Wien eine ganz zentrale Frage ist, weil wir derzeit strukturelle Probleme haben, und daß der Schwerpunkt der Aktivitäten des Bundes, was die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betrifft, mit Sicherheit in den nächsten Jahren hier in Wien stattfinden muß.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Frau Stadträtin.

Die 2. Anfrage wurde von Herrn Abg Hans Schiel gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination gerichtet: *Halten Sie es für sinnvoll, daß Wien als*

erstes Bundesland einen autofreien Tag pro Jahr einführen sollte?

Ich bitte um Beantwortung, Herr Stadtrat.

Amtsfr StR Fritz Svihalek: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter!

Ich möchte grundsätzlich bemerken, daß wir sehr viel Wert darauf legen, gerade in der Verkehrspolitik verschiedene sinnvolle Alternativen zu den Richtlinien des Wiener Verkehrskonzepts, nämlich Vorrang der öffentlichen Verkehrsmittel, sinnvoller Einsatz des Autos, entsprechend zu überlegen.

Wir haben in den letzten zwei Jahren unter dem Titel "Dritter Weg" die privaten Initiativen zum Betreiben von Car-sharing massiv unterstützt. Wir haben seit über zwei Jahren eine Förderungsaktion für Elektrofahrräder, Elektroroller, Elektroautos. Wir sind am Beginn einer gemeinsamen Kooperation zum Thema Fahrgemeinschaften - vor allem für Pendler ein sehr wichtiger Punkt. Ich möchte daher ausdrücklich festhalten, daß wir äußerst interessiert sind, daß es zu den bestehenden Möglichkeiten verschiedene Alternativen gibt. Ich bin daher auch über alle Vorschläge sehr dankbar. Ich sehe sie wirklich nicht durch irgendeine parteipolitische Brille und habe auch bei der Betrachtung dieser Vorschläge keine Tabus. Ich möchte das ausdrücklich betonen und ich hoffe auch, daß es noch sehr viele Vorschläge in diese Richtung geben wird.

Zum konkreten Vorschlag eines autofreien Tages sage ich aber sehr offen, daß ich dem nicht näher treten möchte, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens. Sosehr es vielleicht symbolhaft durchaus eine interessante Aktion sein könnte, ist die Symbolhaftigkeit meiner Auffassung nach bei anderen Überlegungen, die ich schon angeschnitten habe, größer und daher vielleicht ein Einsatz in diese Richtung sinnvoller.

Und das zweite ist: Ich habe durch Zufall wenige Tage, nachdem hier im Gemeinderat Kollege Chorherr diesen Vorschlag gemacht hat - das ist wirklich ein Zufall -, mit der Pariser Stadträtin für Verkehr gesprochen, weil dort etwas Ähnliches durchgeführt wird. Und dort wurde mir mitgeteilt - und ich sehe das auch so -, daß der organisatorische Aufwand allein hinsichtlich der StVO-Erfüllung, der Vorschriften, die es gibt, bis zu den verschiedenen organisatorischen Maßnahmen in keiner Relation zur umweltpolitischen und verkehrspolitischen Bedeutung steht. Das heißt, ich schmettere diesen Vorschlag nicht ab, im Sinne von "Jetzt wird nicht darüber diskutiert", sondern ich betone, daß ich sehr offen für verschiedenste Ideen bin. Unter dem "Dritten Weg" habe ich ja schon einige gekennzeichnet.

Im konkreten Fall ist aber der organisatorische Aufwand und damit der finanzielle Aufwand, die Vorschrift aus der Straßenverkehrsordnung, die wir haben, ein Bundesgesetz, so hoch, daß mir die Relation dazu, ein autofreier Tag, der ja nur symbolhafte Wir-

kung hat, zu gering erscheint. Daher werde ich diesem Vorschlag nicht nähertreten.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Stix gestellt. - Bitte.

Abg Dr Rüdiger Stix (AoK): Sie gestatten, Frau Präsidentin, daß ich es von diesem Platz aus (vom Saalmikrofon im Nebensektor aus sprechend) mache. Der Kollege Westenthaler hat ausnahmsweise, glaube ich, den Saal verlassen, auch wenn er nicht entschuldigt ist. (Heiterkeit.) Alte Freundschaft verbindet. Aber ich hoffe, es schadet ihm nicht im Knebelungsvertrag.

Herr Stadtrat, meine Frage geht - wie nicht weiter überraschend aus einer orderliberalen Haltung - in die Gegenrichtung: Sollten wir nicht statt eines möglichen autofreien Tages schauen, daß die Außenringumfahrungen rasch gebaut werden, und sind Sie, Herr Stadtrat, bereit, diesbezüglich Initiativen seitens der Stadt Wien gegenüber dem Bund zu intensivieren?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsfr StR Fritz Svihalek: Die Maßnahmen zum Bau der B 301 sind insofern intensiviert, als in den letzten Tagen sehr viele Gespräche mit der zuständigen durchführenden Behörde und der Organisation stattgefunden haben, vor allem im Hinblick auf die entsprechenden Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren. Die zweite Maßnahme im Zusammenhang mit der Nordost-Umfahrung ist ebenfalls vom Planungsausschuß der Stadt Wien entsprechend eingeleitet.

Darüber hinaus habe ich, wie angekündigt, die Wiener Abgeordneten aller Parteien im Parlament schriftlich kontaktiert und sie gebeten, bei den jetzt kommenden Verhandlungen zur Novelle des Bundesstraßengesetzes diesen Vorschlag entsprechend einzubringen.

Also ich kann wirklich sagen, daß wir alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, bis dorthin, jetzt auch persönlich die Abgeordneten aller Parteien anzuschreiben, um auf diese Problematik hinzuweisen, und sie mit Nachdruck zu bitten, neben dem Vorrang der öffentlichen Verkehrsmittel und der entsprechenden Strukturen im Eisenbahn- und Schienenbereich, das zu verlangen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Chorgherr. - Bitte.

Abg Mag Christoph Chorgherr (GRÜNE): Ich freue mich, daß wir jetzt zumindest über diesen autofreien Tag diskutieren, bedaure aber, daß Sie diesem phantasievollen Vorschlag nicht nähertreten.

In einem haben Sie Recht, Herr Stadtrat. Sie sagen, die autofreie Stadt hat etwas Symbolisches. So war er auch gemeint oder so ist er auch zu verstehen, so wie das Auto - und das wissen alle Autonutzer - in der Minderheit der Fälle und die Autowahl etwas mit Ratio zu tun hat, sondern sehr wohl das Auto eine zutiefst emotionale Geschichte ist. Kein Mensch schreibt sich auf seinen Eiskasten "Mausi 7" oder läßt sich auf das Bügeleisen einen Spoiler montieren. Aber

so ist eben die Verkehrspolitik und wir sagen: Okay, bleiben wir bei den Symbolen und machen wir diesen symbolischen Akt.

Diese Bilder vom autofreien Paris sind quer durch die Welt gegangen. Schon allein aus dem Grund könnten wir sagen: Lassen wir einmal ein Bild vom Gürtel oder von der Ringstraße quer durch die Welt gehen, wo nicht Zehntausende Autos fahren, sondern wo man zu Fuß geht, wo Kinder spielen, wo man einmal lüften kann.

Warum haben Sie nicht den Mut, diesen symbolischen Akt zu setzen? - Ich biete Ihnen die notwendigen legislativen Dinge an, Herr Stadtrat. Unsere hochqualifizierte Rechtsabteilung wird Ihnen hilfreich zur Seite stehen, daß das relativ unbürokratisch über die Bühne geht. Warum trauen Sie sich nicht, Herr Stadtrat?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat! Ich bitte um Beantwortung. - Ich möchte aber grundsätzlich darauf hinweisen, daß Befindlichkeitsfragen sonst nicht Gegenstand der Fragestunde sind. (GR Mag Christoph Chorgherr: Bei der Verkehrspolitik schon!)

Herr Stadtrat, bitte.

Amtsfr StR Fritz Svihalek: Die Zwischenbemerkung "Bei der Verkehrspolitik schon!" ist berechtigt.

Ich hoffe natürlich, daß auf einem Kühlschrank nicht "Mausi 7" draufsteht. Dies würde vielleicht auf den Inhalt Negatives schließen lassen, darauf, was im Kühlschrank ist. Also ich hoffe, soweit sind wir noch nicht.

Aber ganz ernsthaft. Noch einmal: Diese Frage hat nichts mit Mut zu tun. Wenn wir Bilder um die Welt senden wollen, wo etwas autofrei ist, dann biete ich Ihnen den Wien-Marathon an. Der Wien-Marathon ist ein hervorragendes Beispiel, wo Bilder um die Welt gehen, wo Straßen in Wien autofrei sind. (GR Mag Christoph Chorgherr: Eben, eben! Genau das!) Wir haben ja auch mit der MA 22 die entsprechenden Messungen gemacht.

Ich gebe nur eines zu bedenken: Schauen Sie, es gibt Geschichten, die sind modern oder nicht ganz so modern oder - sagen wir es auf wienerisch - abgelutscht. Und der autofreie Tag zum Beispiel ist - bei aller Wertschätzung - abgelutscht. Das ist in Wien kein Thema mehr. (GR Mag Christoph Chorgherr: Aber Sie haben ihn nicht abgelutscht! Ich kann mich nicht erinnern!) Ich habe ihn nicht abgelutscht, Gott sei Dank. Ich lutsche normalerweise nur Eskimo-Eis oder ähnliches. (GR Mag Christoph Chorgherr: Aber wann haben Sie ihn abgelutscht? Ich kann mich nicht erinnern!)

Aber ganz ernsthaft gesagt: Das ist ein Thema, das in Wien nicht mehr aktuell ist. Wir haben in den siebziger Jahren - damals aufgrund dieser Erdölproblematik - den autofreien Tag mit dem wunderbaren Pickerl eingeführt. (GR Mag Christoph Chorgherr: Das war aber kein autofreier Tag, bitte!) Da sind wir beide noch ins Gymnasium gegangen, das können wir gar nicht beurteilen, Herr Kollege Chorgherr. Da sind Sie

mit dem Fahrrad in die Schule gefahren und ich bin zu Fuß gegangen. Also das können wir beide gar nicht beantworten.

Ein autofreier Tag ist eine Maßnahme ... *(Zwischenrufe des GR Gerhard Pfeiffer zu den GRÜNEN und Gegenrufe der GRe Günter Kenesei und Mag Christoph Chorherr.)* Soll ich jetzt mit dem Kollegen Chorherr diskutieren? Oder diskutiert ihr untereinander? *(Weitere Rufe und Gegenrufe der GRe Gerhard Pfeiffer, Günter Kenesei und Mag Christoph Chorherr.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs *(unterbrechend)*: Ich bitte um Ruhe!

Amtsf StR Fritz Svihalek *(fortsetzend)*: Ich hoffe, ich störe das Plenum nicht zu sehr bei den internen Beratungen.

Aber noch einmal: Der autofreie Tag ist eine Idee, die sehr alt ist, die bei der Bevölkerung nicht akzeptiert wird. Hören Sie sich doch bei den Leuten um, wenn Sie mit dem autofreien Tag kommen: Das wird nicht akzeptiert! *(GR Mag Christoph Chorherr: Sie dürfen nicht nur den ARBÖ fragen! Sie müssen auch andere fragen!)*

Eine Maßnahme zur Motivation muß auch eine sein, die die Bevölkerung akzeptiert. Und daher noch einmal: Ich bin sehr aufgeschlossen gegenüber den verschiedensten Ideen. Ich glaube, daß es gute Ansätze gibt. Ich glaube nur, daß diese Idee so "alt" - unter Anführungszeichen - ist, nicht akzeptiert bei der Bevölkerung ist, daß sie in Wirklichkeit zu keinerlei Motivation und Vorbildwirkung führen würde. Und daher sage ich noch einmal, bei aller Wertschätzung dieser eingebrachten Idee: Ich werde ihr nicht näher treten. *(Beifall des GR Gerhard Pfeiffer.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Frau Abg MARKUS gestellt. - Bitte.

Abg Patrizia MARKUS *(ÖVP)*: Herr Stadtrat!

Das Ziel dieser Idee des autofreien Tages ist die Minimierung des Individualverkehrs und Sie als Stadtrat haben in dieser Richtung auch schon Initiativen gesetzt. Ich meine da die Initiative, daß burgenländische Pendler in Wien vergünstigte Parkmöglichkeiten bekommen. Meines Wissens nach endet diese Aktion jetzt mit Ende dieses Jahres.

Meine Frage an Sie ist: Wird diese Aktion im nächsten Jahr fortgesetzt? Und wenn ja: Denken Sie daran, sie auszuweiten? Zum Beispiel auch auf Niederösterreich?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Fritz Svihalek: Ein wichtiger Punkt ist es - ich habe es schon betont -, verschiedene Möglichkeiten zu suchen. Eine davon war ein Pilotprojekt mit der Firma WIPARK am Südbahnhof und am Westbahnhof, eine Aktion, die bis Ende Februar 1999 läuft, wo wir gesagt haben: Um den Druck in jenen Bezirken, die an die Parkraumbewirtschaftung angrenzen, wegzunehmen, wollen wir versuchen, jene Dauerparker, die etwa aus dem Burgenland oder aus anderen Bundesländern kommen, zu motivieren, eine Garage aufzusuchen, zu einem, wie ich glaube, wunderbaren Preis,

nämlich von Sonntag nachmittags bis Freitag nachmittags um 500 S im Monat, in einer guten Lage, Südbahnhof und Westbahnhof, gesichert et cetera, also mit allen Vorteilen, die eine Garage bieten kann.

Wir werden uns bemühen, diese Aktion über den Februar hinaus fortzusetzen. Ich glaube, daß die Aktion eine sehr sinnvolle ist. Ich glaube auch, daß die burgenländischen Medien uns hier sehr unterstützt haben und bei einer Fortsetzung das wieder tun müssen. Ich muß es nur insofern vorsichtig und mit Vorbehalt sagen, weil es ja Verhandlungen mit der privaten Firma WIPARK sind. Ich gehe aber davon aus, daß die einer Verlängerung zustimmen werden. *(GR Mag Christoph Chorherr: Wie viele haben es genutzt?)*

Diese Sache haben bis jetzt über 50 Personen benützt. Wir haben in beiden Garagen eine Anzahl von zirka 50 Personen. Wir werden Ende Februar, Kollege Kenesei, Sie lächeln darüber, ...

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs *(unterbrechend)*: Der Herr Kenesei hat keine Zusatzfrage, bitte! *(Heiterkeit.)*

Amtsf StR Fritz Svihalek *(fortsetzend)*: Trotzdem, Frau Präsidentin, das paßt in die Geschäftsordnung! Frau Präsidentin, bei aller Wertschätzung, das paßt in die Geschäftsordnung!

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs *(unterbrechend)*: Nein, das paßt nicht!

Amtsf StR Fritz Svihalek *(fortsetzend)*: Das paßt nicht in die Geschäftsordnung?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs *(unterbrechend)*: Nein, Frau Abg MARKUS hat das Recht!

Amtsf StR Fritz Svihalek *(fortsetzend)*: Frau Abg MARKUS, Sie haben gehört, daß der Kollege Kenesei lächelt. *(Heiterkeit.)* Ich kann Ihnen nur sagen: Sein Lächeln ist leider in dem Fall nicht sehr gescheit, denn gerade die GRÜNEN wollen Alternativen und Alternativen bedeuten nicht, daß man jeden Tag gleich 100 oder 500 Teilnehmer hat. *(GR Mag Christoph Chorherr: Aber lächeln dürfen wir schon!)*

Wichtig ist es, zu beginnen und daher sage ich: Auch wenn hier ein zynisches Lächeln war, weil vielleicht "nur" - unter Anführungszeichen - 50 Teilnehmer waren oder sind - wir werden ja Ende Februar dann die genauen Zahlen präsentieren -, gehe ich davon aus, daß es ein wichtiger Schritt ist. Und wenn noch so wenige Teilnehmer wären: Jeder einzelne, der nicht mehr im öffentlichen Straßenraum steht, ist ein Vorteil. Ich bekenne mich zu dieser Aktion. Wir werden sie fortsetzen, vielleicht auch um andere Bundesländer, wie die Steiermark, erweitern. Und wenn es nur fünf wären, wäre es schon ein Erfolg, um sie nicht im Straßenraum zu haben.

Da sieht man übrigens die Doppelzüngigkeit der GRÜNEN, die dauernd Aktionen einfordern und dann sofort milde lächeln, wenn es nicht ihren Vorstellungen entspricht.

Wir werden diesen Weg weitergehen und ich glaube, daß es eine gute Aktion ist. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Schöfnagel gestellt. - Ich bitte.

Abg Barbara **Schöfnagel** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Sie haben gerade gesagt, daß Sie die Parkmöglichkeiten für die Pendler - Burgenländer, eventuell auch Niederösterreicher - erweitern wollen.

Meine Frage geht in die Richtung, daß ja nicht nur die Pendler aus dem Burgenland und aus Niederösterreich die Parkmöglichkeit bei den U-Bahnen und in den Park-and-ride-Anlagen benötigen, sondern daß sehr wohl auch die Wiener aus den Stadtrandgebieten ganz dringend die Parkplätze benötigen, die in der U-Bahn-Nähe sind, also in den Park-and-ride-Anlagen.

Meine konkrete Frage ist daher: Können Sie sich vorstellen, diese begünstigten Parkmöglichkeiten auch für die Außenrandbezirke für die Wiener zu beschließen? - Denn genau das ist auch ein Problem, warum man nicht auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen kann, weil es zu teuer ist. Die Parkplätze sind dadurch nicht ausgelastet. Das wäre eine Maßnahme, die den Wienern massiv helfen würde.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat.

Amts StR Fritz **Svihalek**: Frau Abgeordnete!

Zwei Bemerkungen dazu:

Erstens. Wir werden wieder mit den verschiedenen privaten Garagenbetreibern Gespräche aufnehmen, um Aktionen zu starten, wie sie schon einmal gemeinsam auch mit der Wirtschaftskammer durchgeführt wurden. Wir werden daher - gerade im Zusammenhang mit dem von Ihnen angeschnittenen Schwerpunkt "Pendler" - gemeinsam mit der Wiener Wirtschaftskammer, gemeinsam mit den privaten Garagenbetreibern in diese Richtung vorgehen. Das wäre eine absolute Zustimmung zu der auch von Ihnen ausgedrückten Meinung, daß das eine sinnvolle Maßnahme ist.

Zweitens. Wir haben schon bei den verschiedensten Stellen, vor allem dort, wo die Stadt Einfluß hat - ich denke an die WIENER LINIEN -, Pendlersituationen auch für Wiener, das heißt, wir haben die Möglichkeit, Park-and-ride um 30 S am Tag zu betreiben. Ich glaube, daß das ein guter Preis ist, daß er ausreichend ist und daß daher eine entsprechende Fortführung der Aktion erfolgt.

Also diese bereits bestehenden Park-and-ride-Aktionen werden fortgeführt. Ich halte den Preis von 30 S für den ganzen Tag für angemessen und sinnvoll. Damit ergeben sich auch entsprechende Pauschalen, was die weitere Zeit betrifft.

Weiters werden wir natürlich mit den privaten Garagenbetreibern wieder Aktionen durchführen, um vor allem dort, wo solche Schwerpunkte gesetzt werden können, wie etwa bei U-Bahn-Stationen, bei Schnellbahnstationen et cetera, günstiger Tarife zu bekommen, wenn man bereit ist, Park-and-ride zu betreiben.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Schiel. - Bitte.

Abg Hans **Schiel** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Stadtrat, ich danke für die Beantwortung.

Aber ich wollte Sie fragen: Planen Sie Maßnahmen, um alternative Möglichkeiten für Kraftfahrzeuge den Menschen, den Wienern bekanntzumachen?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat.

Amts StR Fritz **Svihalek**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich bin sehr froh über diese Frage, denn sie soll der Sinn und auch Ausfluß dieser Diskussion sein.

Ich sage: Ja. Ich überlege, ausgehend von dieser Diskussion, sehr ernsthaft, daß wir in einer Aktion den Wienerinnen und Wienern jene Alternativen, die unter der Formulierung "Dritter Weg" zusammengefaßt sind - das sind zum Beispiel Elektrofahrzeuge, Car-sharing et cetera -, auch in einer Art Schnupperform anzubieten. Das heißt konkret, daß ich glaube, daß das eine Motivation sein könnte: Anzubieten, es selbst kennenlernen und damit eine Alternative zu erproben.

Das heißt, die konkrete Antwort auf Ihre Frage ist klar: Es ist die Überlegung von mir, in diese Richtung schnuppern zu lassen, den Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Alternativen, die wir schon haben, auch anzubieten.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die 3. Anfrage wurde von Frau Abg Mag Gabriele Hecht gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet: *Welche quantifizierbaren Vorgaben werden Sie in die Verhandlungen zur Steuerreform 2000 einbringen bzw haben Sie eingebracht? Falls Sie diesbezüglich noch nichts unternommen haben, bis wann werden Sie solche Vorgaben einbringen?*

Ich bitte um Beantwortung.

Amts StR Mag Brigitte **Ederer**: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Als für die Finanzen und auch für die Wirtschaftspolitik zuständige Stadträtin sehe ich es zwar als durchaus legitim an, zu den einzelnen Teilaspekten der Steuerreform Stellung zu beziehen. Es wäre aber meiner Meinung nach unangebracht und eine Kompetenzüberschreitung, dem Herrn Finanzminister Vorgaben diktieren zu wollen. Als Finanzstadträtin habe ich darauf zu achten, daß durch die Steuerreform die Spielregeln des Finanzausgleichs nicht verletzt werden, weil einseitige Verschiebungen, vor allem im Lichte des frisch aus der Taufe gehobenen Stabilitätspakts - eigentlich noch gar nicht beschlossenen Stabilitätspakts -, nicht akzeptiert werden können. Daß gleich zwei Landeshauptleute im Verhandlungskomitee sitzen, scheint mit aber Gewähr dafür, daß dieser Aspekt gebührende Beachtung findet.

Als Wirtschaftsstadträtin ist es mir ein Anliegen, daß das Versprechen, auch der Wirtschaft Erleichterungen zu verschaffen, eingehalten wird. Allerdings erscheinen mir gezielte Erleichterungen zur Unterstützung des Nationalen Beschäftigungsprogramms sinnvoller, als Maßnahmen nach dem Gießkannenprinzip, denen schon wegen der lochbeschränkten Manövrier-

masse nur ein sehr geringer Beschäftigungseffekt beizumessen wäre.

Für sehr zielführend halte ich in dem Zusammenhang den Vorschlag auf Änderung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds auf eine Wertschöpfungsabgabe, weil dadurch der auf der Lohnkomponente lastende Druck zumindest ein wenig zu Lasten anderer Komponenten gemindert werden könnte, deren stärkere steuerliche Berücksichtigung durchaus positiv zu sehen wäre.

Auch schien es mir angebracht, nicht krampfhaft Überlegungen anzustellen, wie man künftigen beträchtlichen Überschüssen des Familienlastenausgleichsfonds durch neue Ausgabeninitiativen Herr zu werden vermag, sondern diesen finanziellen Freiraum in die Steuerreform als zusätzliche Manövriermasse einzubringen.

Die im politischen Steuerreformverhandlungskomitee sichtbare fachliche Kompetenz gibt jedenfalls zu der optimistischen Einstellung Anlaß, daß zwar nicht alle hochfliegenden und hehren Ziele erreicht werden, die man sich zumindest als Arbeitshypothese fast zwangsläufig denken mußte, aber doch eine Steuerreform verabschiedet wird, die nicht nur negativ oder als zu klein beurteilt werden kann, sondern es werden positive Effekte auch wirklich spürbar werden. - Danke.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die erste Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Hecht. - Bitte.

Abg Mag Gabriele **Hecht** (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Finanzstadträtin!

Bei der letzten Steuerreform war es relativ bequem, sich zurückzulehnen und zu warten, was der Bund machen wird, denn dort wurde ein ausgabenseitiges Sparpaket geschnürt, das der Bund zu verantworten hatte, und die Länder - also spricht Wien - konnten sich dann über Mehreinnahmen freuen.

Jetzt wird es genau umgekehrt sein, wenn es überhaupt zu einer Steuerreform kommt: Wien finanziert sich zu fast 90 Prozent aus Anteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben und wenn beim Bund eine Steuersenkung beschlossen wird, dann hat das einfach ganz gravierende Auswirkungen auf Wien.

Und deshalb frage ich Sie, ob Sie es nicht für höchst an der Zeit halten, im Wiener Landtag ernsthaft die Konsequenzen einer Steuerreform zu diskutieren, zu diskutieren, welche Positionen Wien für diese Steuerreform hat, welche Forderungen Wien an den Bund im Zusammenhang mit dieser Forderung stellt und - wenn wir auch dafür sind, eine steuerliche Entlastung der Bevölkerung zu akzeptieren - durch welche Maßnahmen Wien dem gegensteuern wird?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Brigitte **Ederer**: Frau Abgeordnete!

Wien finanziert sich zu rund einem Drittel aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben, nicht zu 90 Prozent. Das wäre fatal für uns. Das zum einen.

Zum anderen, zu der Frage: Wie bringt sich Wien in die laufende Steuerreformdiskussion ein? - Ich gehe

davon aus, daß nunmehr das Paket vorliegt, das die Steuerreformkommission erarbeitet hat. Da war ja ein Vertreter der Städte präsent und es gab auch eine ständige Diskussion. Nun geht es darum, dieses politische Verhandlungskomitee arbeiten zu lassen.

Ich habe in der Anfragebeantwortung schon erwähnt, daß zwei führende Vertreter der Länder dort präsent sind, meiner Meinung nach hervorragende Experten. Ich bin auch sehr zuversichtlich. Herr Lhptm Zernatto hat beispielsweise in den "Salzburger Nachrichten", glaube ich, erwähnt, daß es mehr darauf ankommt, Beschäftigungspolitik zu machen, als nur reine Steuersenkungen. Das stimmt mich optimistisch, was die Ergebnisse der Steuerreformkommission betrifft.

Ich erwarte mir jetzt Vorschläge dieses politischen Komitees, die es dann zu diskutieren gilt, denn ich gehe davon aus, daß die dort anwesenden Herren genau wissen, welche Maßnahme wie greift und welche Auswirkungen die verschiedensten Maßnahmen auf die Länder und Gemeinden haben. (GR Mag Gabriele Hecht: *Vielleicht ginge es mit Frauen besser!*) In diesem Komitee sind nur Männer. Ich habe dieses Komitee nicht zusammengesetzt, daher dürfen Sie mich nicht fragen. (GR Mag Gabriele Hecht: *Vielleicht ist es das Schlechte, daß es nur Männer machen.*) Individuell ist das Ihrer Beurteilung unterworfen. Die Zusammensetzung dieses politischen Komitees aufgrund von gewissen Kriterien erfolgt, die meine Meinung nach durchaus eine gewisse Berechtigung haben.

Wir sollten die ersten Ergebnisse abwarten. Wir sollten aber politisch immer wieder betonen, daß ein erhebliches Volumen einer Steuerreform natürlich Einnahmenentfälle der Länder und Gemeinden zur Folge hätte und damit die Gefahr besteht, daß wir weniger investieren können oder weniger Gestaltungsspielraum bei den einzelnen Ausgabenblöcken haben.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Chorherr gestellt. Ich bitte.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (GRÜNE): Frau Finanzstadträtin!

Steuer- und Gebührenfragen werden jetzt nicht nur auf Bundesebene heftig diskutiert, sondern da gibt es auch einigen Gestaltungsspielraum in Wien. Sie haben gesagt, auf der Bundesebene verhandeln nur Männer. Eine entscheidende Frage können Sie hier beantworten und vielleicht kreativer beantworten, als der Kollege Verkehrsstadtrat und ARBÖ-Präsident Svihalek.

Meine Frage betrifft die Wiener Parkgebühren. Seit 1986, Frau Stadträtin, wurden fünfmal die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel erhöht. Kein einziges Mal wurden die Tarife der Parkgebühren angepaßt. Das heißt, laufend wird öffentliche Nutzung teurer und wird Individualverkehr entsprechend billiger. Es fehlt uns vorne und hinten am Radverkehr, wie Sie wissen, da haben wir lächerliche, ein paar wenige Millionen. Nur die Valorisierung der Parkgebühren brächte wahr-

scheinlich einen dreistelligen jährlichen Millionenbetrag an Mehreinnahmen, der zum Beispiel für den öffentlichen Verkehr, aber auch für den Radverkehr verwendet werden könnte.

Frau Stadträtin, können Sie sich vorstellen, rasch die Parkgebühren anzupassen - nicht zu erhöhen, nur anzupassen - und die Gerechtigkeit gegenüber den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erhöhen, und wenn nein, warum nicht?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin.

Amts StR Mag Brigitte **Ederer**: Herr Abgeordneter!

Als Finanzstadträtin kann ich mir immer vorstellen, Gebühren zu erhöhen. Da bin ich wahrscheinlich die einzige in dem Saal, die das auch wirklich positiv sieht. Alle anderen haben zu dem Thema einen differenzierten Zugang. Also vom Grundsatz her kann ich Ihnen sagen: Das ist Teil meines Jobs, das immer positiv zu finden, weil man damit natürlich gewisse zusätzliche Einnahmen lukrieren kann und gewisse Begehrlichkeiten möglicherweise befriedigen kann. Das ist das eine.

Das zweite ist: Es gibt bei den Parkgebühren natürlich gewisse Probleme. Das eine Problem ist, daß die Parkgebühren zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingeführt worden sind. Also für jene, die diese Pauschalierung bekommen, für die Bewohner beziehungsweise für die Gewerbetreibenden dieser Bezirke, gibt es unterschiedliche Fristen. Das wäre natürlich ein Problem.

Jetzt auf den Punkt gebracht: Das Parkpickerl gilt für zwei Jahre. Wenn es jemand voriges Jahr bezahlt hat und wir erhöhen die Gebühren, müßten wir sozusagen eine Nachforderung erheben. Das ist das eine. *(GR Mag Christoph Chorherr: Dann kann man aber nie erhöhen!)* Das stimmt schon. *(Ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Warten Sie einmal! Das ist an sich ein Problem. *(GR Mag Christoph Chorherr: Sie machen mich schwach!)* Nein. Das will ich gar nicht, daß ich Sie schwach mache. Ich wollte nur einmal die Probleme erläutern.

Das zweite Problem ist - ich habe Ihnen schon zu Beginn gesagt, daß ich grundsätzlich offen bin, was Gebührenerhöhungen betrifft; ich brauche nur Mehrheiten für Vorschläge und die finden sich in dieser Frage so schwer -, daß es eine verfassungsrechtlich schwierige Situation darstellt. Nämlich die Pauschalierung zum einen und die Parkgebühr zum anderen sind ein sehr sensibler Bereich. Wo es jetzt Pauschalierungen gibt, stellt sich natürlich die Frage, wieweit diese Berechnungen bei einer Überprüfung auch akzeptiert werden. - So, das ist der zweite Punkt.

Der dritte Punkt ist: Sie wissen, daß sich diese Koalitionsregierung darauf geeinigt hat, keine großen Gebührenerhöhungen bis zum Jahr 2001 durchzuführen. *(GR Hanno Pöschl: Das haben Sie ohnehin schon gebrochen! Das ist das Problem!)* Herr Abgeordneter! Selbstverständlich gibt es immer wieder Erhöhungen, die sich ergeben, aber bei den großen Gebühren - und wir stimmen überein, daß Wasser, Müll, Abwasser,

aber auch die Parkometergebühren große Gebühren sind - wird es zu keiner Erhöhung kommen.

Persönlich glaube ich, daß es nach dem Jahr 2001 sinnvoll wäre, wenn die Parkraumbewirtschaftung insgesamt abgeschlossen ist - denn es ist wahrscheinlich nicht zu erwarten, daß ganz Wien der Parkraumbewirtschaftung unterliegt -, darüber zu diskutieren, in welcher Form man eine Valorisierung vornimmt.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Fuchs gestellt. - Ich bitte.

Abg Georg **Fuchs** (ÖVP): Frau Stadträtin!

Aufgrund des Finanzausgleichs erhält Wien 6,5 Milliarden S für den Wohnbau und für die Wohnhaussanierung. Im Zuge der Steuerreformdiskussion werden Stimmen laut, auch von seiten des Finanzministers, daß Wien einen Abgang von zirka 1 Milliarde S hätte, also eine Verringerung der Wohnbauförderungsmittel, und daß auch die Zweckgebundenheit zur Diskussion steht.

Ich hätte gerne von Ihnen gewußt: Wie ist Ihre Position dazu und was haben Sie bisher unternommen oder was werden Sie unternehmen, daß Wien die gleichen Mittel erhält und daß auch die Zweckgebundenheit erhalten bleibt? - Denn immerhin sind diese Wohnbauförderungsmittel für die Stadterhaltung, für den Neubau und für die Sicherung der Arbeitsplätze notwendig.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin.

Amts StR Mag Brigitte **Ederer**: Herr Abgeordneter!

Zum ersten: Die Wohnbauförderung ist nicht Teil des Verhandlungspakets der Steuerreform, sondern des Finanzausgleichs im Jahr 2000.

Was werde ich tun, damit die Wohnbauförderungsmittel erhalten bleiben? - Kämpfen werde ich darum, daß sie erhalten bleiben. Also das kann ich Ihnen zusagen.

Bei der Zweckbindung muß ich ehrlich sein, da bin ich etwas differenzierter als Sie, Herr Abgeordneter. Ich sehe die Notwendigkeit auch und ich halte die Mittelverwendung, die derzeit stattfindet, oder die Umstrukturierung der Mittel - stärkere Renovierung, stärkere Stadtsanierung und weniger im Moment für den Neubau - für sinnvoll und notwendig und auch entsprechend auf die Nachfrage reagierend.

Bei der Frage der Zweckbindung gibt es eine grundsätzliche Position von mir: Ich halte Zweckbindungen an sich für schwierig, weil damit natürlich ein Automatismus gegeben ist. Wenn man zweckgebundene Mittel hat, dann muß man die dort, wo man sie hat, ausgeben und sie fehlen einem möglicherweise in einem anderen Bereich.

Das heißt, ich spreche nicht gegen die Zweckbindung beim Wohnbau und bei den Wohnbauförderungsmitteln, aber möglicherweise eine 5- oder 10prozentige Lockerung wäre etwas, wo ich weniger kämpfen würde, Herr Abgeordneter, als für das, daß wir insgesamt die Summe erhalten.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg DDr Schock. - Bitte.

Abg DDr Eduard **Schock** (FPÖ): Frau Stadträtin!

Sie haben erwähnt, daß bei den Verhandlungen zur Steuerreform auch zwei Vertreter der Länder dabei sind und Sie haben einen davon, den Kärntner Lhptm Zernatto, zitiert. Der andere Ländervertreter, der burgenländische Lhptm Karl Stix, hat in diesem Zusammenhang ein bißchen eine andere Auffassung vertreten. Er hat nämlich bei der Frage des Steuerausfalls für die Länder und Gemeinden gemeint, daß dieser Steuerausfall durch das Wirtschaftswachstum kompensiert wird, weil natürlich eine Steuersenkung die Wirtschaft ankurbelt und neue Arbeitsplätze schafft.

Ich möchte Sie daher fragen: Was halten Sie von dieser Auffassung Ihres Parteikollegen Karl Stix?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin.

Amtsfr StR Mag Brigitte **Ederer**: Herr Lhptm Stix ist ein weiser Mann und ich gehe davon aus, daß das, was er in der Öffentlichkeit gesagt hat - ich kann mich jetzt nicht ganz genau erinnern, worauf Sie sich beziehen -, in Ordnung geht. (Beifall des Abg Dr Rüdiger Stix.)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die fünfte Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Hecht. - Bitte.

Abg Mag Gabriele **Hecht** (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Aus allen Ihren Ausführungen geht jedenfalls hervor, daß die Führung des Haushalts in Wien massiv davon abhängt, was im Bund entschieden wird. Und jetzt kann ich Ihre Auffassung nicht teilen, daß, wenn Burgenland und Kärnten in dem Verhandlungskomitee vertreten sind, dort auch wirklich die Interessen Wiens vertreten werden. Ich meine, daß es sehr wohl notwendig ist, daß Wien hier ganz klar Stellung bezieht, daß wir auch im Landtag diskutieren, welche Anforderungen wir an eine Steuerreform stellen, und daß wir uns auch überlegen, welche Maßnahmen wir setzen werden, wenn ein Einnahmefall droht.

Sie haben jetzt in Ihrer vorigen Beantwortung wieder gesagt, wir werden bei den Investitionen sparen müssen. Ich halte das für eine gefährliche Entwicklung. Ich glaube, daß wir uns sehr wohl überlegen müssen, wie wir anders als bei Investitionen einen Einnahmefall kompensieren werden können.

Aber meine Frage geht eher in die Richtung: Aufgrund dieser wirklichen Zusammenhänge - die ja nicht zu leugnen sind - bei der Bundessteuerreform, vor allem wenn wir auch eine Ökologisierung und eine Senkung der Lohnnebenkosten wollen, ohne welche Maßnahme eine Steuerreform meines Erachtens überhaupt keinen Sinn hat, ist es notwendig, den Finanzausgleich mit zu diskutieren. Und deshalb meine ganz konkrete Frage, Frau Stadträtin: Werden Sie sich auf der Bundesebene dafür stark machen, daß im Zusammenhang mit der Steuerreform in einem Zug auch die Fragen des Finanzausgleichs verhandelt werden?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin.

Amtsfr StR Mag Brigitte **Ederer**: Frau Abgeordnete!

Erstens. Wenn ich zu bewerten habe, wie ich Herrn Lhptm Zernatto und Herrn Lhptm Stix einschät-

ze, was die Bedrohlichkeit für das Wiener Budget betrifft, und wenn ich mir Ihre Vorschläge anschau, die Sie unterbreitet haben, bin ich - ehrlich gesagt - der Meinung, ich sollte mehr mit Ihnen reden, als mit Herrn Lhptm Stix und mit Herrn Lhptm Zernatto, denn Sie haben einen Generalangriff auf das Wiener Budget gestartet, indem nämlich alles gestrichen werden sollte und alles wegfallen sollte. Herr Lhptm Stix und Herr Lhptm Zernatto, wie immer man jetzt beide einschätzt, sind da sehr vorsichtig. Die sind nämlich gleichzeitig Finanzlandesreferenten und die wissen ganz genau: Jede Maßnahme, zu der sie dort "ja" sagen, müssen sie dann auch zu Hause vertreten.

Bei Ihnen, ehrlich gesagt, wie ich das Konzept gelesen habe, ist mir leicht schwummerig geworden, weil ich mir gedacht habe: Da können wir aufhören, da haben wir keine Einnahmen mehr, da können wir auch nichts mehr ausgeben, dann lassen wir es bleiben, irgendwie, in irgendeiner Form. Also ich würde meinen, wir sollten schon einmal darüber diskutieren in dem Haus, da bin ich bei Ihnen, aber eher über Ihre Vorschläge, weil ich mir da viel mehr Sorgen mache.

Zu der zweiten Frage: Es ist politisch vereinbart, daß jetzt eine Diskussion oder eine Erarbeitung eines Steuerreformkonzepts erfolgen sollte. Die Finanzausgleichsverhandlungen finden im Jahr 2000 statt. Dann, wenn ich diese Funktion noch inne habe, werde ich mich einbringen und die Interessen der Stadt Wien und des Landes Wien einbringen. Ich bin gerne bereit, jederzeit Rede und Antwort zu stehen - das ist gar keine Frage -, welche Positionen ich dort in den konkreten Verhandlungen einnehmen werde.

Zu dem politischen Verhandlungskomitee ist zu sagen, daß es eine klare Trennung zwischen Steuerreform und den Finanzausgleichsverhandlungen gibt. Das ist politisch vereinbart und so sollte dann auch vorgegangen werden.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Danke, Frau Stadträtin.

Die 4. Anfrage wurde von Frau Abg Mag Maria Vassilakou gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: Die Zahl der Polizeiübergriffe - vor allem an ausländischen MitbürgerInnen - nimmt in Wien jährlich zu. 1995 gaben 232 Menschen in Wien an, von der Polizei mißhandelt worden zu sein, 1996 waren es 245 und 1997 bereits 253. Werden Sie sich beim Wiener Polizeipräsidenten dafür einsetzen, daß Maßnahmen gegen diesen unerträglichen Zustand getroffen werden und eine unabhängige Kommission eingesetzt wird, die die Übergriffe der Exekutive untersucht?

Ich bitte um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Zu Ihrer Anfrage, betreffend Mißhandlungsvorwürfe gegen Polizeiorgane, darf ich Ihnen einmal mehr - einmal mehr - vorab mitteilen, daß die Angelegenheit der öffentlichen Sicherheit in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache ist, die Bundespolizeidirektion

Wien daher auch zum Bundesministerium für Inneres ressortiert und es sich bei Ihrer Anfrage um keine Angelegenheit der Landesvollziehung handelt. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß ich auf solche Verletzungen insbesondere auch der Geschäftsordnung immer hinweisen werde.

Der Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann ist also nicht der oberste Polizist dieser Stadt, obwohl ich mich selbstverständlich sowohl als Politiker als auch als Staatsbürger immer schon dafür eingesetzt habe, daß auch in unserer Stadt der Polizeivollzug zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ohne Übergriffe und ohne Mißbrauch durchgeführt wird. Ich weiß, daß auch der dafür zuständige Wiener Polizeipräsident und seine verantwortlichen Mitarbeiter diesen meinen Standpunkt teilen.

Was Ihren Vorschlag zur Einsetzung einer unabhängigen Kommission betrifft, die behauptete Übergriffe der Exekutive untersuchen soll, so hoffe ich zum ersten, mit Ihnen, sehr geehrte Frau Abgeordnete, einer Meinung zu sein, daß die strafrechtliche Verfolgung von Straftatbeständen im Sinne der Rechtsstaatlichkeit Sache der unabhängigen Gerichtsbarkeit ist und bleibt. Mißhandlungsvorwürfe, die ja den Tatverdacht der Begehung eines gerichtlich strafbaren Delikts darstellen, sind daher vor Gericht abzuhandeln. Darüber hinaus erkennt der Unabhängige Verwaltungssenat durch seine weisungsfrei gestellten Mitglieder über Beschwerden von Personen, die behaupten, durch die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt in ihren Rechten verletzt zu sein. Die disziplinarrechtliche Verfolgung ist Sache der gleichfalls weisungsfrei gestellten Disziplinarkommissionen der Polizei.

Frau Landtagsabgeordnete, ich könnte Ihnen nun darstellen, was es an Anzeigen über behauptete Mißhandlungsvorwürfe gibt, welche tatsächlich zur Strafverfolgung gelangten und welche tatsächlich zu Verurteilungen führten. Denn selbstverständlich gilt auch bei diesen Vorwürfen gegenüber Polizisten die Unschuldsvermutung a priori. Aber ich bin davon überzeugt, Sie kennen das.

Ich möchte mich mit Ihrem Vorschlag, den Sie eigentlich in Ihre Frage eingebettet haben, unabhängig von dieser Analyse auseinandersetzen.

Um die Frage konkret zu beantworten: Ich werde mich beim Polizeipräsidenten nicht dafür einsetzen, denn er ist Behördenleiter einer nachgeordneten Dienststelle des Bundes. Verantwortlich dafür sind der Justizminister beziehungsweise der Innenminister. Ich denke, daß durchaus bei aller Anerkennung des Schutzes der Polizei vor Behauptungen, die weder beweisbar sind, noch stattgefunden haben - wir erleben so etwas auch -, auf der anderen Seite Instrumentarien geschaffen werden, die, wenn es tatsächlich zu Mißhandlungen und zu Rechtsverletzungen kommt, diese auch entsprechend verfolgen können. Ich denke hier in zwei Richtungen.

Die eine Möglichkeit ist, wir wissen, daß die

Staatsanwaltschaft verschiedene Möglichkeiten hat, Beauftragungen der Untersuchungen durchzuführen. Auch mir erscheint es nicht besonders sinnvoll, daß bei Vorwürfen von Übergriffen der Polizei, die Polizei selbst beauftragt wird, die Ermittlungen zu führen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß es hier zu entsprechenden Trennungen kommt, daß etwa eine entsprechende Einrichtung beim Generaldirektor für öffentliche Sicherheit geschaffen wird, die solche Vorwürfe gegen Polizisten untersucht, weil damit eine gewisse Unvereinbarkeit - aus meiner Sicht gesehen - aufgelöst würde.

Das zweite ist, daß wir auch wissen, daß es Vorschläge gibt, daß sogenannte Menschenrechtskommissionen eingerichtet werden. Wie Sie gleichfalls - so hoffe ich jedenfalls - wissen, ist in der in Begutachtung befindlichen Novelle zum Sicherheitspolizeigesetz ein Passus im § 15 enthalten, daß man eine derartige Kommission einsetzt. Auch dieser Idee, diesem Vorschlag, kann ich persönlich eine ganze Menge abgewinnen.

Ich möchte damit vermitteln, jawohl, die Polizei ist in Schutz zu nehmen, insbesondere auch dann, wenn ungerechtfertigte Vorwürfe versuchen, die Polizei in ihrer Tätigkeit in Mißkredit zu bringen. Aber ebenso wie dieser Schutz vor ungerechtfertigten Beschuldigungen für Beamte der Stadt Wien gilt, gilt ebenso wie für Beamte der Stadt Wien, daß, wenn es zu Rechtsverletzungen und zu Übergriffen kommt, das natürlich nicht den Schutz verdient.

Ich glaube, daß mit Überlegungen in die Richtung, die ich vorhin genannt habe, gemeinsam mit dem Innenminister und auch mit dem Justizminister, ein durchaus sinnvoller Weg für die Zukunft begangen werden kann, der es vor allem der Polizei ermöglicht, ihre verdienstvolle Tätigkeit zu tun, ohne permanent dem Angriff ausgesetzt zu sein, daß sie voll von lauter Rechtsbrechern sei.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Die erste Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Vassilakou. - Bitte.

Abg Mag Maria Vassilakou (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Selbstverständlich - muß ich einmal mehr antworten - weiß ich gut und ziemlich genau, was Bundeskompetenz und was Länderkompetenz ist. Ich frage Sie als Landeshauptmann dieser Stadt, der meiner Meinung nach nicht untätig zuschauen darf, wenn solche Dinge in der eigenen Stadt vorkommen, wenn es solche Vorkommnisse gibt.

Sie haben Gott sei Dank gesagt, Sie möchten sehr wohl etwas unternehmen. Mir ist es egal, ob Sie das mit dem Innenminister oder mit dem Polizeipräsidenten machen, Hauptsache Sie unternehmen etwas. Sie haben auch gesagt, Sie möchten sehr wohl - wenn ich es richtig verstanden habe - mit dem Innenminister ins Gespräch treten und sich eingehend mit seinen Vorschlägen befassen.

Daher jetzt meine Frage: Die Vorschläge des In-

nenministers, in diesem Fall Menschenrechtskommissionen einzusetzen, sind zwar sicher gut gemeint, aber sie greifen meiner Meinung nach zu kurz. Möchten Sie sich daher bei ihm dafür einsetzen, daß diese Menschenrechtskommissionen Einsicht und Befassungsrechte haben sollten, denn eine zahllose Kommission, die irgendwelche Empfehlungen abgibt, aber sich nicht genauer befassen und überhaupt keine bindenden Beschlüsse fassen kann, hat in diesem Fall überhaupt keine Wirkung?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Frau Abgeordnete!

Zunächst einmal ehrt Sie natürlich Ihr Engagement. Wenn Sie jedoch sagen, Sie wissen schon, was Bundes- und was Landessache ist, aber letztendlich - Sie haben das nicht so *expressis verbis* gesagt - ist Ihnen das egal, Hauptsache der Bürgermeister respektive heute der Landeshauptmann setzt sich dafür ein, daß es zu keinen Übergriffen in der Stadt kommt, so ist das sicherlich politisch legitim. Aber es ist auch politisch legitim, daß ich Sie darauf aufmerksam mache, daß Sie mit dieser Frage nicht in der Rechtskonformität unserer Regeln liegen, die Sie sich selbst gegeben haben und die ich nicht zu interpretieren, sondern zu vollziehen habe. Deswegen heißt es auch Vollziehung, damit ich Sie darauf hinweise.

Aber wir wollen es damit belassen. Die Frage ist zugelassen worden. Ich setze mich damit auch inhaltlich auseinander.

Ich möchte in einer Fragestunde des Wiener Landtags zu keinen präjudiziellen Meinungen kommen. Wir werden selbstverständlich sowohl mit dem Innenminister, als auch mit dem Justizminister über diese Frage reden, denn es steht schon fest, im Vordergrund steht für mich, daß die Polizei ihre Arbeit ordentlich machen können muß.

Wir stehen hier vor derselben Situation wie in vielfach anderer Hinsicht, daß die Kontrolle nicht so gestaltet werden kann und gestaltet werden soll, daß nachher die Arbeit nicht mehr möglich ist. Das macht aus meiner Sicht heraus keinen Sinn, aber ich bin zutiefst überzeugt, daß beide Minister, selbstverständlich auch im Einklang mit den Landeshauptleuten - dieses Gesetz befindet sich vorläufig erst in Begutachtung -, einen vernünftigen Weg finden können.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag KARL. - Ich bitte.

Abg Mag Franz **KARL** (ÖVP): Herr Landeshauptmann!

Ich möchte bewußt eine Landesfrage stellen: Gibt es Überlegungen im Bereich des Landes Wien zu einer verstärkten Kooperation zwischen der neu gebildeten MA 20 und der Wiener Polizei?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Selbstverständlich! Wir haben auch in der Vergangenheit die Kooperation zwischen jenen Behörden, die

die fremdenrechtlichen Belange zu vertreten hatten, und der Polizei sehr gut und sehr eng gehalten. Ich denke, daß dies mit der neuen Abteilung einer wesentlichen Ausweitung zu unterziehen ist, denn die Kooperation mit der Fremdenpolizei ist notwendig und vollkommen unbestritten. Aber ich bin davon überzeugt, daß auch mit anderen Teilen der Polizei sowie mit anderen Teilen des Magistrats - insbesondere mit Sozialfragen beschäftigten Abteilungen - eine Kooperation sehr notwendig ist.

Auch aus der Sicht der Wiener Polizei ist es notwendig, daß man zu einer entsprechend integralen Sicht der Dinge, die die Behandlung von Fremden in der Stadt betrifft, kommt. Da sind alle Teile gefragt, die ordnungspolitischen genauso wie die sozialpolitischen Teile. Das wird die Aufgabe der neuen MA 20 sein, dies in dieser umfassenden Sicht der Dinge zu organisieren.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die dritte Zusatzfrage stellt Herr Abg Kreißl. - Ich bitte.

Abg Michael **Kreißl** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Wie Sie richtig festgestellt haben, werden diese Übergriffe von unabhängigen Gerichten überprüft. Nichtsdestotrotz haben Sie sich grundsätzlich für die Einberufung beziehungsweise für die Installierung dieser unabhängigen Menschenrechtskommission eingesetzt. Ich stelle da eine gewisse, sagen wir einmal, Zweimeinigkeit Ihrer Person fest, weil Sie sich merkwürdigerweise beim Bauskandal vehement gegen einen Untersuchungsausschuß ausgesprochen haben, eben deshalb, weil nur unabhängige Gerichte diesbezüglich zu befassen sind. Also ich stelle fest, daß Sie da offensichtlich mit zweierlei Maß messen.

Wenn man sich die Übergriffe auf Exekutivbeamte im Jahr 1998 anschaut - weil die meisten der angeblichen Übergriffe der Exekutivbeamten auf Personen haben sich durch unabhängige Gerichte als haltlos herausgestellt, ist es umgekehrt etwas anders -, so wissen wir, weil Sie die Zahlen genau haben, mit gestrigem Tag sind es 254 verletzte Exekutivbeamte alleine wegen tätlichen Angriffs oder wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Die meisten Widerstände gegen die Staatsgewalt im Wiener Bereich - auch das ist aktenkundig - kommen von drogendealenden Schwarzafrikanern, die leider vom Dealerwesen in Wien 90 bis 95 Prozent des Dealergeschäfts übernommen haben.

Meine Frage nun: In welcher Weise werden Sie Ihren Einfluß geltend machen, damit besonders im Interesse unserer Jugend, aber natürlich auch der Exekutive gegen diese ausländischen Drogendealer, welche als sehr renitent bekannt sind, rigoros vorgegangen wird und daß diese unverzüglich abgeschoben werden?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Zunächst einmal: Wer den Unterschied zwischen

einem politischen Untersuchungsausschuß und internen Ausschüssen, Untersuchungsausschüssen, Untersuchungskommissionen, Disziplinarkommissionen und ähnlichem nicht kennt, dem kann ich offen gestanden nicht helfen. Ich sehe überhaupt keine Schizophrenie darin, wenn ich sage, strafrechtliche Tatbestände sind durch unabhängige Gerichte zu verfolgen, weil sich bei der Vorbereitung derartiger Gerichtsverfahren natürlich bestimmte Möglichkeiten ergeben, denn nicht allzu oft kommt es vor, daß man sich selbst untersucht. Daher auch mein erster Hinweis auf die Einrichtung einer entsprechenden Untersuchungsstelle bei der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit. Aber das hat mit dem, was politische Untersuchungsausschüsse sind, überhaupt nichts zu tun. Im übrigen kann ich hier nur auf die Diskussion verweisen, die dazu stattgefunden hat. Untersuchungsausschüsse wird es in Wien wie in den anderen Bundesländern geben.

Was nun Ihre Frage zu den Drogendealern betrifft, darf ich Ihnen versichern, daß ich unabhängig von der Hautfarbe der Drogendealer, ihrer Herkunftsländer, ihrer Nationalität, ihrer Religion oder sonst irgend etwas, Drogendealer verfolgen lasse, so gut dies möglich ist. Das ist nämlich ein Punkt, wo sich absolut jeder Spaß aufhört und auch jeder Joke bei allen Vorbereitungen im Kampf gegen die Drogen und bei allen Vorbereitungen, die in der Prophylaxe in den Schulen zu treffen sind. In den Schulen wird übrigens tolle Arbeit geleistet, was ich als Vater auch bemerken konnte.

So ist auf der anderen Seite der Kampf gegen die Drogenkriminalität und gegen die Dealer schonungslos zu führen, mit allen einem demokratischen Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln. Dazu sage ich, es ist mir egal, welche Hautfarbe sie haben, egal, aus welchem Land sie kommen, welcher Nationalität sie sind und was auch immer. Gegen Drogendealer sind die Auseinandersetzung und der Kampf mit allen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, zu führen. Dafür werde ich mich einsetzen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP sowie bei den Abgen Kurt Hermann Beer und Dr Rüdiger Stix.)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg Smoliner. - Ich bitte.

Abg Marco **Smoliner** (Liberales Forum): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich bin zunächst dankbar für die Klarstellung, die Sie in bezug auf die Hautfarbe der Tatverdächtigen getroffen haben. Ich würde mich selbstverständlich auch gegen die Feststellung verwehren, daß der Großteil von Autodiebstählen durch brünette Albaner begangen wird, weil sie genauso unsachlich und genauso tendenziös formuliert ist. (Abg Michael Kreißl: Das ist nachweisbar!) Ich danke Ihnen für diese Klarstellung!

Zur rechtlichen Zuständigkeit darf ich Sie auf zwei Dinge aufmerksam machen, mit denen ich meine Frage begründen möchte.

Erstens. Der § 24 der Strafprozeßordnung, der das Offizialprinzip normiert, sagt dezidiert und wörtlich: "Die Sicherheitsbehörden, unter denen auch die Bürgermeister und Gemeindevorsteher zu begriffen sind, haben unter bestimmten Voraussetzungen eine Anzeigeverpflichtung." - Das heißt, das Offizialprinzip trifft Sie genauso wie die Sicherheitsbehörden, im § 24 der Strafprozeßordnung normiert.

Das zweite, aber wesentlich wichtigere Instrument, das wir auf Landesebene haben - Sie haben das heute schon erwähnt -, ist der Unabhängige Verwaltungssenat. Dieser Unabhängige Verwaltungssenat hat deswegen eine solche Bedeutung, weil er als - ich schränke das jetzt einmal ein - vermeintlich unabhängiges Gremium die berufene Instanz darstellt, Übergriffe gegen Menschen, die in Polizeigewahrsam sind, einigermaßen objektiv zu untersuchen. Wir alle wissen, daß der Beweisnotstand zwischen einer verletzten Person im Polizeigefangenenhaus und sieben Polizisten auf der anderen Seite natürlich beim mutmaßlichen Opfer ist. Deshalb kommt diesem Unabhängigen Verwaltungssenat so große Bedeutung zu.

Dieser Unabhängige Verwaltungssenat wurde aber mit einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs konfrontiert, die sehr aktuell ist, nämlich zugestellt am 3.12.1998. Ich habe auch die Aktenzahl hier. Darin hat der Verfassungsgerichtshof seine Auffassung bekräftigt, daß der UVS nicht den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention entspricht.

Bereits vor mehr als einem Jahr hatte der Gerichtshof eine Entscheidung des UVS in Wien aufgehoben, da wegen der nur befristeten Bestellung der Anschein der Unparteilichkeit nicht gegeben ist. Dieses UVS-Gesetz ist nach wie vor unverändert, obwohl es seit Sommer in Begutachtung ist. (Abg Johann Hatzl: Das ist schon keine Frage mehr, sondern ein Vortrag! Wo bleibt die Frage?) Herr Klubobmann, ich versuche, meine Frage profund zu begründen, damit man mir nicht vorwerfen kann, ich hätte mich auf rechtlich unsicheres Terrain begeben.

Meine Frage ist daher: Warum wird dieses UVS-Gesetz seit Sommer in seiner Vorlage an den Landtag verzögert und damit der Unabhängige Verwaltungssenat wirkungsvoll daran gehindert, zu arbeiten?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Zu diesem Thema würde es mir nicht einfallen, daß Sie sich nicht profund bewegen. Es ist immerhin ein ziemlich genuines Thema, mit dem Sie sich beschäftigen und wovon Sie wahrscheinlich mehr wissen als ich.

Auch die Frage, die Sie mir im konkreten gestellt haben, ist für mich nicht so ohne weiteres zu beantworten. Ich kann mir nur vorstellen, daß man eben die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs abgewartet hat, um sich danach in der Folge mit dieser Novellierung zu beschäftigen. Wenn dem nicht so ist, dann wird die Meinung dazu falsifiziert werden.

Ich kann Ihnen nur sagen, ich werde mich erkundigen, ich weiß es nicht - schlicht und ergreifend jedenfalls aus dieser Zusatzfrage aus einer Fragestunde heraus -, aber ich werde mich schlau machen - wie es so schön heißt -, warum das so ist.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die fünfte Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Vassilakou. - Ich bitte.

Abg Mag Maria **Vassilakou** (GRÜNE): *Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!*

Ich komme zu Maßnahmen, die durchaus im eigenen Wirkungsbereich erfolgen könnten. Eine unbestrittene Tatsache ist, daß eine der vielen Maßnahmen, die getroffen werden könnten, um solche Übergriffe zumindest zum Sinken zu bringen, lautet: Migranten bei der Polizei. Bei der österreichischen Polizei - der Wiener Polizei in dem Fall - sind Migranten unterrepräsentiert, eigentlich kaum vorhanden, Farbige schon überhaupt nicht, obwohl in Wien bereits jeder fünfte Mensch Migrant ist.

Daher meine Frage: Wie stehen Sie dem Vorschlag gegenüber, gemeinsam mit der Polizei seitens Wien spezielle Vorbereitungskurse zu gestalten, die es ermöglichen würden, daß sich Migranten für die Wiener Polizei qualifizieren, denn der Polizeipräsident hat vor ein paar Monaten öffentlich erklärt, man würde sich sehr wohl bemühen, Migranten aufzunehmen, man würde dem offen gegenüberstehen, bloß würden sich bedauerlicherweise keine Menschen dafür qualifizieren? Möchten Sie sich dafür einsetzen, daß wir in Wien spezielle Vorbereitungskurse anbieten?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Frau Abgeordnete!

Ich weiß, daß der Herr Polizeipräsident diese Aussage vor geraumer Zeit getroffen hat. Es gilt für andere Sicherheitsbehörden dasselbe, so etwa beim österreichischen Bundesheer.

Ich werde mit dem Herrn Polizeipräsidenten gerne darüber reden, ob er unsere Hilfe in der Causa braucht. Der Herr Polizeipräsident weiß, daß, wenn er Hilfe und Unterstützung bei uns sucht, er sie selbstverständlich immer und in allen Fällen bekommt. Selbstverständlich würde er sie auch in diesem Fall bekommen.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Danke, Herr Landeshauptmann. - Die Fragestunde ist damit beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Von Frau Abg Mag Gabriele Hecht wurde eine Aktuelle Stunde mit dem Thema "Steuerreform 2000 - Weichenstellungen und Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Wien" verlangt. Das Verlangen wurde gemäß Geschäftsordnung von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Ich bitte die Erstunterzeichnerin, Frau Abg Mag Hecht, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, daß ihre Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

Abg Mag Gabriele **Hecht** (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen

und Herren!

Die Steuerreform, die derzeit auf Bundesebene diskutiert wird, kann tatsächlich Weichenstellungen und positive Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Wien haben. Sie kann aber auch die gegenteiligen Auswirkungen haben.

Daß wir derzeit nicht wirklich positiv gestimmt sind, daß wirklich positive Auswirkungen kommen, bezeugt eigentlich schon die Vorgabe der Bundesregierung an die Steuerreformkommission. Es wurde von vornherein der Steuerreformkommission der Auftrag gegeben, zu jeder Maßnahme eine Gegenfinanzierung aufzuzeigen, aber nicht durch ausgabenseitige Einsparungen, sondern durch andere Steuern. Es wurde von vornherein die Frage des Finanzausgleichs ausgeschlossen. Es war eine der Hauptaufgaben der Steuerreformkommission, sich Maßnahmen zur Senkung der lohnabhängigen Abgaben zu überlegen. Nicht Aufgabe der Kommission war eine Tarifsenkung bei der Einkommenssteuer.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie in den Medien lesen, was die Regierung derzeit diskutiert, dann werden Sie feststellen, über eine Senkung der Lohnnebenkosten wird nicht mehr ernsthaft diskutiert, weil diese würde im Zusammenhang mit einer Ökologisierung des Steuersystems stehen. Das würde bedeuten, daß man eine Energieabgabe einführen muß. Das würde bedeuten, daß man den Finanzausgleich verhandeln muß. Diesbezüglich hört man schon von Mitgliedern der Bundesregierung, daß es gar nicht so wichtig ist, die Lohnnebenkosten zu senken.

Allerdings wird etwas getan, was man nicht der Steuerreformkommission aufgetragen hat. Man spricht über eine Tarifsenkung, die durchaus zu begrüßen ist, aber daß man das vornherein als Aufgabe der Steuerreformkommission ausgeschlossen hat, zeigt, welchen ernsthafter Wille dahintersteht.

Das einzige, was in den letzten Tagen wirklich bekannt geworden ist, ist der Umstand, daß die Hälfte des Einnahmeausfalls durch eine allfällige Steuerreform von den Ländern zu tragen sein wird. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, halte ich es nicht nur für absolut unverständlich, sondern auch für fahrlässig, daß weder die Stadtregierung noch die zuständige Finanzstadträtin hier offiziell Stellung bezogen haben beziehungsweise den Landtag mit diesem Thema befaßt haben. Das ist der Grund, warum wir heute die Initiative ergriffen haben und unsere Aktuelle Stunde benützen, damit sich der Wiener Landtag mit der Steuerreform auf Bundesebene auseinandersetzen kann. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Wir werden heute - das heißt die Regierungsparteien - in diesem Haus einen Stabilitätspakt unterzeichnen, der Wien zur Einhaltung der Verschuldungsgrenzen nach den Maastricht-Kriterien verpflichtet. Die Wiener Finanzstadträtin weiß aber überhaupt nicht, von welchen Eckdaten sie bei der Budgetierung des Wiener Budgets für die nächsten Jahre ausgehen muß. Das Unerfreuliche an dieser Tatsache ist - was

heute schon einige Male ausgesprochen wurde und auch in der APA nachzulesen ist -, daß Wien dort einsparen wird, wo es am leichtesten ist, nämlich bei den Investitionen. Das ist für den Wirtschaftsstandort Wien absolut schädlich.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht herauszufinden, welche Stellungnahmen es seitens der Stadtregierung zur Steuerreform gegeben hat. Da habe ich nur die Aussagen des Bürgermeister und der Finanzstadträtin gefunden, daß man dafür sorgen muß, daß die Steuerreform nicht auf dem Rücken der Länder ausgetragen wird. Nun, genau das passiert derzeit.

Dann habe ich noch gefunden, daß der Bürgermeister für eine Besteuerung der Aktiengewinne eintritt, aber auch eine Aussage, die noch einen Schimmer von Hoffnung zuläßt, nämlich es gelte einmal, die Ergebnisse der Steuerreformkommission abzuwarten und diese dann gründlich zu studieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ergebnisse der Steuerreform liegen lange genug vor. Es hat Gelegenheit gegeben, diese gründlich zu studieren. Wir haben sie zumindest gründlich studiert. Wir haben auch einiges an interessanten Vorschlägen bei den Vorschlägen der Steuerreformkommission gefunden. Wir haben aber nichts Erfreuliches an den Reaktionen der Bundesregierung zu diesen Steuerreformverhandlungen gefunden.

Was eine Steuerreform tatsächlich leisten muß, ist eine steuerliche Entlastung der Einkommen, eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten und Maßnahmen, die den Wirtschaftsstandort beleben, Maßnahmen, wo wirtschaftshemmende Abgaben abgeschafft werden. Ich weiß natürlich, daß die Frau Stadträtin, die heute ein interessantes Bekenntnis zur Gebühren- und Steuererhöhung abgegeben hat, hier eine völlig andere Sicht der Dinge hat. Meine Sicht der Dinge ist nicht, daß die Finanzstadträtin die Oberbuchhalterin von Wien ist und nur dafür zu sorgen hat, daß die Einnahmen stimmen, damit man dann fröhlich ausgeben kann, sondern daß man die Steuerpolitik so gestaltet, daß sie für den Wirtschaftsstandort Wien eine positive Auswirkung hat, daß sich Unternehmen ansiedeln, die Arbeitsplätze schaffen, die der Jugend eine Hoffnung auf eine chancenreiche Zukunft geben und den Frauen eine Chance auf gelebte Gleichberechtigung in dieser Stadt gibt. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Meine Damen und Herren! Wenn wir von einer Entlastung des Einkommens sprechen, dann müssen Sie sich vor Augen halten, daß bereits bei einem Bruttoeinkommen von 12 000 S die Belastung für den Dienstgeber oder für die Dienstgeberin das Doppelte von dem ausmacht, was der Dienstnehmer oder die Dienstnehmerin netto verdient. 12 000 S brutto bedeuten 18 000 S Arbeitskosten und ungefähr 9 600 S Nettoeinkommen pro Monat. Das ist die Situation, vor der wir heute stehen. Die Kluft zwischen den Arbeitskosten und den verfügbaren Nettoeinkommen ist viel

zu groß. Hier ist eine Maßnahme zu setzen, die beschäftigungswirksam ist.

Das ist auch in dem Beschäftigungs- und Wachstumspakt in der EU vereinbart worden. Dort gibt es eine Entschließung des EU-Rats für Wachstum und Beschäftigung, wo zwei Dinge festgehalten werden, nämlich Arbeitsanreiz in den Steuer- und Sozialsystemen und die Verringerung der Lohnnebenkosten als höchste Priorität sowie die beschäftigungsfreundliche Gestaltung der Steuer- und Sozialsysteme. Davon ist derzeit nicht mehr die Rede, denn wir befinden uns im Vorwahlkampf und da sind die Forderungen der Regierungsparteien eben von zielgruppenorientierter Ideologie geprägt.

Meine Damen und Herren! Was wir brauchen, ist eine langfristige Perspektive für den Wirtschaftsstandort Wien, der hier und heute die Grundlagen dafür schafft, daß Wien beziehungsweise Österreich im nächsten Jahrtausend ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort ist. Das werden wir weder mit Klassenkampf erreichen, noch mit irgendwelchen Steuerzuckerln für Familien! *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Wir sehen hier Maßnahmen, wo auf der einen Seite die Steuern deutlich gesenkt werden müssen und auf der anderen Seite eine Verlagerung der Belastung von den Arbeitskosten zur Energiebesteuerung stattfinden sowie gleichzeitig eine Senkung der Ausgaben des Staats erfolgen muß. In diesem Zusammenhang können wir nur vollen Herzens die Forderung der Kammer der Wirtschaftstreuhandler unterstützen, die die Einsetzung einer Ausgabenkommission gefordert hat. Das, meine Damen und Herren, ist eine wirklich wirkungsvolle und vernünftige Maßnahme, die wir vollen Herzens unterstützen können, denn Experten rechnen mit einem Einsparungspotential auf Bundesebene von 25 bis 50 Milliarden S, die durch Steigerung der Effizienz, durch Beseitigung von Bürokratie und durch Treffsicherheit von sozialen Leistungen realisiert werden kann.

Eine ganz wesentliche Maßnahme darf in einer Steuerreform auch nicht fehlen. Das ist die Indexierung der Tarifstufen. Denn was passiert? Warum diskutieren wir überhaupt eine Steuerreform? - Es passiert eine schleichende Steuererhöhung dadurch, daß wir durch die Inflation und dadurch, daß die Löhne angehoben werden, in immer höhere Steuerklassen kommen. Hier gibt es zwar auf der einen Seite der Sozialversicherung, wo die Beitragsgrenzen ständig angehoben werden, weil das zugunsten der Sozialversicherungsträger und damit des Staats passiert, laufende Anpassungen, aber beim Steuergesetz, wo es zugunsten der Bürgerinnen und Bürger geschehen würde, gibt es keine Tarifierhöhung. Die derzeitige Reform ist nichts anderes als ein Ausgleich für diese schleichende Tarifierhöhung.

Die derzeit diskutierte Steuerreform ist eine reine "Pimperlreform". Sie erfüllt nicht die wesentliche Anforderung der Senkung der Steuerbelastung, der Re-

duktion der Belastung von Arbeit und der Stärkung des Wirtschaftsstandorts.

Eine Reform, die all diese Anforderungen erfüllt, kann nicht ohne gleichzeitige Verhandlung des Finanzausgleichs und damit nicht ohne Einbeziehung der Länder erfolgen. Deshalb fordern wir eine Stellungnahme Wiens zur Steuerreform, einen Bericht der Finanzstadträtin zur Steuerreform beziehungsweise eine Diskussion im Finanzausschuß. Wir fordern auch ein, daß es eine Resolution des Wiener Landtags zur Steuerreform geben wird.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (*unterbrechend*): Frau Abgeordnete!

Abg Mag Gabriele Hecht (*fortsetzend*): Ich komme schon zum Schluß.

Das Gesetz des Handelns liegt jetzt bei uns. Zeigen Sie, daß Wien ein gutes Management hat.

Wir haben jedenfalls das bessere Management für Wien! (*Beifall beim Liberalen Forum. - Abg Dr Herbert Madejski: Der Schluß war schlecht!*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, daß sich die Damen und Herren Abgeordneten nur einmal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

Als nächster Redner hat sich Herr Abg Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph Chorherr (*GRÜNE*): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte dort fortsetzen, wo wir in der Fragestunde begonnen haben, bei den Eckpunkten der Steuerreform, die heute notwendig sind.

Es stimmt, was Frau Kollegin Hecht gesagt hat, wo eines der Hauptprobleme liegt. 9 000 S netto auf die Hand, heißt in etwa das 2,5- bis 2,7fache, was real erwirtschaftet werden muß. Der Rest sind Abgaben und Steuern unterschiedlicher Größenordnungen.

Immer mehr öffentliche Aufgaben werden aus der Belastung des Faktors Arbeit finanziert. Darum ist aus unserer Sicht das mit Abstand wichtigste einer Steuerreform, den Faktor Arbeit insofern billiger zu machen, als man ihn von Steuern und Abgaben befreit.

Aber, Frau Kollegin Hecht, es ist eine Illusion, daß man in Summe eine große Steuersenkung vornimmt und gleichzeitig notwendige Investitionen erhöht. Selbst als Oppositioneller tue ich mir schwer, das zu verlangen, wissend daß es eine Reihe von Einsparmaßnahmen gibt. Die wirklichen Volumen liegen in einem neuen Paradigma der Umschichtung vom Faktor Arbeit auf den Faktor Ressourcen und auf den Faktor Energie.

Würde ein fiktives Marsmännchen oder Marsmädchen - um das geschlechtsneutral zu formulieren - sich das Steuersystem anschauen, käme es zum Schluß, Arbeitslosigkeit ist erwünscht, genauso wie Umweltzerstörung erwünscht ist. Denn die Belastung des Faktors Umwelt wird immer geringer, obwohl er schon so klein ist, während die Belastung des Faktors Arbeit steigt und steigt.

Wir haben deswegen ein mutiges, anspruchsvolles Modell von 130 Milliarden S vorgeschlagen, die umgeschichtet werden können und umgeschichtet werden sollen. In Richtung jener, die richtigerweise auch die Verteilungsfrage stellen, sagen wir: Unser Steuermodell begünstigt insbesondere geringer Verdienende. Jeder erhält 10 000 S Ökobonus pro Jahr.

Es kommt aber in Summe zu einer Anhebung der Energie- und Rohstoffsteuern mit einem Riesenvorteil. Von der Einkommens- oder Lohnsteuer kann man sich nur begrenzt befreien. Lassen wir einmal die Steuerhinterziehung weg. Man kann aber sehr wohl gesellschaftlich erwünscht Energiesteuern reduzieren. Jeder nicht gefahrene Kilometer mit dem Auto ist eine private Steuersenkung.

Wir haben es in einem Bereich vorexerziert. Wir haben 100 Haushalte aufgerufen, mit uns gemeinsam zu schauen, wie mit einfachsten Maßnahmen die Stromrechnung reduziert werden kann. Das Ergebnis war, daß knapp 20 Prozent Energie, 20 Prozent Energiekosten und 20 Prozent Energiesteuer im Durchschnitt dieser 100 Haushalte, und da waren kleine - ich sage klein vom Energieverbrauch - Pensionistenhaushalte dabei, mit einfachsten Maßnahmen gespart wurden.

Es ist sinnvoll, zur Steuerminimierung im Interesse der Umwelt und im Interesse des privaten Säckels aufzurufen. Über die Lohnsteuer kann man das nur im geringen Ausmaß machen. Darum bin ich wirklich fassungslos, daß als erster Schritt die einzige Zukunftsrichtung dieser Steuerreform - der Schritt hin zur Energiebesteuerung aufgrund eines mir unverständlichen Partiallobbyismus - fallengelassen werden soll. Ich hoffe noch immer, daß das nicht ernsthaft gedacht wird, wiewohl ich den Vorschlag, so wie er jetzt ist, aus verteilungspolitischen Gründen problematisch finde.

Nichts beim Verkehr zu tun, sondern nur bei Beheizung und beim Strom, ist eine regressive Maßnahme. Darum haben wir bewußt die Verteilungspolitik hineingenommen, mit dem Ökobonus dafür gesorgt, daß gerade die kleinsten Einkommensbezieher besser gestellt werden und gleichzeitig einen mutigen Schritt bei der Verkehrsbesteuerung angesetzt, und zwar nicht eine Erhöhung des Benzinpreises, weil es hier in der Tat - ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin - um begrenzten nationalen Spielraum geht, sondern um eine faire Wegkostenbesteuerung. (*Abg Michael Kreißl: Das ist keine Präsidentin!*) Das ist der Kernpunkt dessen, was eine Steuerreform tun muß und dafür werden wir uns vehement einsetzen.

Das ist nicht die Präsidentin, sondern der Präsident. Noch habe ich keine Augen hinten.

Ich bin schon fertig, Herr Präsident. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Neuhuber zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Alexander Neuhuber (*ÖVP*): Herr Präsi-

dent! Meine Damen und Herren!

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, abseits sonstiger Rituale von Regierung und Opposition, frei heraus: Ich persönlich bin enttäuscht über den derzeitigen Stand der Diskussion zur Steuerreform. Ich bin enttäuscht als Wiener Stadtpolitiker, weil da hätte ich mir mehr Maßnahmen gewünscht, die Impulse für den Wirtschaftsstandort versprechen. Ich bin enttäuscht als Unternehmer und Steuerzahler. Da hegte ich nämlich die trügerische Hoffnung nach einer spürbaren Entlastung, sei es beim Betrieb, bei den Lohnnebenkosten oder beim Nettogehalt. Ich bin enttäuscht als Österreicher. Dort warte ich nämlich vergeblich auf mehr Selbstbestimmung und Wahlmöglichkeit über die Verwendung meiner Einkünfte. - Vielleicht waren aber auch ganz einfach nur meine und - wie man an den ersten Wortmeldungen gehört hat - auch Ihre Erwartungen zu hoch gesteckt.

"Steuerreform" hieß es. Ich würde sagen, von einer echten Reform ist weit und breit nichts zu sehen. "Kleine kosmetische Korrekturen am herrschenden System" wäre treffender gewesen. So macht sich natürlich jetzt vielerorts Ernüchterung breit.

Was mir aber vor allem fehlt, meine Damen und Herren, sind der tatsächlich breite politische Wille und der Mut zur Veränderung. Solange "Mikadopolitik", wie ich es nenne - wer sich zuletzt rührt, gewinnt - belohnt wird - siehe letzte Nationalratswahl -, ist es oft schon nicht nur mutig, sondern übermutig, zuviel Reformwillen zu zeigen. Verlierer dieser prekären Entwicklung sind trotzdem à la longue der Bürger und in unserem Fall der Wirtschaftsstandort Wien. Gerade eine große Koalition hätte nämlich die Aufgabe, heiße Eisen - seien sie auch momentan unpopulär - anzugreifen. Beispiel hierfür ist der EU-Beitritt. Ohne gemeinsame Kraftanstrengung wären wir heute Europaaußen-seiter und nicht mitbestimmende Kraft.

Nun, so lange die kurze Zeit es erlaubt, zu einigen Details:

Die kolportierten 30 Milliarden S Manövriertpotential unterteilen sich bekanntlich in 12 Milliarden S Familiensteuer und 18 Milliarden S, die vom Bund, von Ländern, was als gewisse Drohung - da gebe ich Frau Hecht recht - zu sehen ist, von Gemeinden et cetera aufzubringen sind. Davon wiederum sollen 10 Milliarden S über Ausnahmestreichungen - viele haben wir sowieso nicht mehr - aus dem Budget, was wieder Wirtschaftswachstum voraussetzt, und letzten Endes über höhere Gewinnsteuern bei Aktien, Grundstückstransfers et cetera aufgebracht werden.

Im wesentlichen handelt es sich, meine Damen und Herren, nicht um eine Reform, sondern um eine Abgeltung der sogenannten kalten Progression. Reformchen wäre vielleicht der bessere Weg. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Sachlich vermisste ich in der Debatte vor allem den Aufruf zur Einsparung bei den staatlichen Ausgaben. Ohne eine deutliche Rücknahme der Aufgaben des

Staats ist eine echte tiefgreifende Reform nicht möglich.

Ich vermisste außerdem noch die Frage nach der Höhe der Abgabenquote. In Österreich handelt es sich bei immerhin stattlichen 45 Prozent auch im internationalen Vergleich um einen sehr hohen Wert. Diese hohe Steuerquote ist notwendig, um unsere Staatsausgaben zu finanzieren. 770 Milliarden S - wie wir heute schon zum Teil gehört haben -: 220 Milliarden S für Personal, 100 Milliarden S für Zinsen, 350 Milliarden S für Transferzahlungen, 70 Milliarden S für die Verwaltung und nur 30 Milliarden S für Investitionen. Es bedarf wohl kaum vieler Worte, meine Damen und Herren, um klarzumachen, wo der Sparstift angesetzt werden müßte. Einsparungen in der Verwaltung und mehr Treffsicherheit bei den Transferzahlungen.

Was Österreich braucht, ist eine echte Reform, ein tabulösendes Überdenken des Steuersystems wie auch der Aufgabenteilung zwischen Staat und Bürger. Bisher nimmt der Fiskus dem Österreicher viel Geld weg, um es ihm danach nach Gutdünken wieder ein wenig auszuschütten. Umgekehrte Steuerpolitik aber hieße, höhere Nettoeinkommen und somit die Mündigkeit und Selbständigkeit fördern.

Aber noch ein weiteres wichtiges Argument fehlt mir in der Diskussion derzeit, nämlich die Frage der Vereinfachung. Wir haben ohne jeden Zweifel ein extrem kompliziertes Steuersystem. Eine Reform müßte daher im Sinne der effizienten Verwaltung auch Vereinfachung heißen, seien es die einheitliche Veranlagung bei der Lohn- und Einkommenssteuer, weniger Ausnahmen dafür flachere Progression et cetera.

Apropos flachere Progression: Das ist nicht weit weg vom Flat tax. Ich glaube durchaus, daß das ein nicht uninteressanter Diskussionsbeitrag ist, der zumindest einmal exemplarisch zeigt, daß hohe Steuerquoten nichts Gottgegebenes sind, sondern auch andere Steuermodelle existieren. Allerdings ist es mir bei der Freiheitlichen Partei - wie vieles - ein wenig zu radikal und leider mit Populismus vorgetragen worden.

Ich meine, es gäbe noch unzählige andere Themen, meine Damen und Herren, 13. und 14. Gehalt etwa. Mir ist nach wie vor nicht verständlich, wieso man nicht auch im Steuersystem den Gregorianischen Kalender einführen kann und wir dort auf eine Verteilung von 12 Monate übergehen. Der Spitzensteuersatz ließe sich auf diese Art und Weise von 50 auf 42 Prozent senken, was schon psychologisch wichtig wäre.

Aktien, Ökologisierung - durchaus ein wichtiges Thema -, wichtige Anliegen der Wirtschaft, steuerliche Bevorzugung für nicht entnommene Gewinne, Verzinsung, Eigenstammkapital, Jungunternehmermaßnahmen und und und. Ich komme gleich zum Schluß, Herr Präsident. Jede Bevölkerungsgruppe hat ihre Wünsche, meine Damen und Herren. Es geht mir nicht um Lobbyismus für eine einzelne Gruppe davon. Es geht mir um eine Rücknahme des Staats. Es geht mir um

mehr Eigenverantwortung und um ein einfacheres Steuersystem.

Dazu brauchen wir aber auch in der Steuerpolitik Mut zur Gestaltung, zu Flexibilität und zu Kreativität, einen Kleinststaat mit einem kleinen gemeinsamen Nenner, einen nennenswerten Erfolg. Dafür sollte meine ÖVP eintreten! *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ sowie beim Liberalen Forum.)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Kabas zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Hilmar Kabas (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann nur sagen, Gott geb's, daß Sie dafür eintreten! Sie sind immerhin sowohl in Wien als auch auf Bundesebene Regierungspartei. Aber man sieht, es gibt noch sehr vernünftige Köpfe in der ÖVP, die sich auch zu deklarieren wagen, wie mein Vorredner oder wie der steirische Wirtschaftslandesrat Paierl und der oberösterreichische Gesundheitslandesrat Leitl.

Mein Vorredner hat vollkommen recht. Es geht hier, wenn man sozusagen als Mittelpunkt den Wirtschaftsstandort Wien nimmt, natürlich darum, wie man ihn wieder attraktiver macht. So, wie momentan gearbeitet wird, sicher nicht, sondern da sind wir leider tatsächlich sehr stark zurückgefallen. Daran ist nicht nur die Überbürokratisierung schuld, sondern wir wissen aus den Untersuchungen selbstverständlich auch die Belastungsquote der Steuern und Abgaben und eben das Steuersystem.

Diesbezüglich stellt sich die Frage, was als gerecht und sozial empfunden wird, sowohl für die Betriebe als auch für die Mitarbeiter und die Manager. Diese Frage wird von den Betroffenen ganz hervorragend behandelt.

Die große Koalition hat, Herr Kollege Neuhuber, aus Österreich ein Hochsteuerland gemacht. Die Abgabenquote - Sie haben es schön erwähnt - erreicht rund 45 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und ist damit eine der höchsten effektiven Belastungen innerhalb der OECD. Die steuerlichen Einnahmen durch Lohnsteuerpflichtige haben sich von 88 Milliarden S im Jahr 1989 auf mehr als 190 Milliarden S verdoppelt. Die Leidtragenden dieser Entwicklung waren vor allem Familien und Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen. Dadurch sind in den letzten zehn Jahren die Schattenwirtschaft um sagenhafte 230 Prozent auf 233 Milliarden S und die Steuerrückstände von rund 36 Milliarden S auf knapp 90 Milliarden S gestiegen. Damit sieht man, wie stark der Steuerwiderstand auch gestiegen ist.

Daß unser derzeitiges Steuersystem ungerecht, unsozial und leistungshemmend ist, steht für viele Experten fest. Die Bundesregierung hat sogar eine Steuerkommission eingesetzt. Das Ergebnis ist, wie es Herr Kollege Neuhuber schon gesagt hat. Georg Weiland hat es als "ein Reförmchen mit Reißnägeln" bezeichnet. Das Ganze ist ein Schmä und ein Murks. Es ist ein Herumbasteln am bestehenden Steuersystem,

ohne daß es zu einer grundsätzlichen Änderung kommt.

Es liegt klar auf der Hand, daß es der Regierung nur um Wahlzuckerln geht. Es besteht allerdings das Wahlzuckerln aus Sand, den man den Wählern in die Augen streuen will. Es geht aber nicht darum, daß die steuerliche Situation in Österreich verbessert wird. Das zeigt sich auch daran, daß die Koalition ständig die Steuerersparnis nach unten revidiert. Jetzt sagt sie 30 Milliarden S. Wenn man das aufschlüsselt, dann sind 12 Milliarden S schon für das Familienpaket weg, das der Verfassungsgerichtshof erzwungen hat. Dann sagt sie schon, daß die Sonderausgaben gestrichen werden sollen. Dann sagt sie schon, daß die Überstundenbegünstigungen gestrichen werden sollen. Im übrigen sollen den Rest die Länder und Gemeinden zahlen. Und das soll dann eine Steuerreform sein! - Sicher nicht! Das ist ein Murks! Das ist nicht einmal ein Reförmchen, sondern das ist eine wirkliche Frechheit, was man der Bevölkerung hier zumutet! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Regierung denkt nur daran, wie sie neue Einnahmequellen erschließen kann. Ich verweise nur auf die Diskussion der Anhebung der Einheitswerte auf die Verkehrswerte oder aber - was sie jetzt wieder sagt - die Aktiencapitalsteuer, die - wie Georg Weiland sagt - dem Finanzland Österreich und natürlich damit auch Wien schadet, aber keinem Bürger in diesem Land hilft. Wir Freiheitliche haben dagegen ein klares Konzept für ein neues, faires Steuersystem, den sogenannten Flat tax, vorgelegt. Es ist modern. Es ist innovativ. *(Abg Kurt Wagner: Darüber kann ich nur lachen!)*

Beschäftigen Sie sich doch einmal mit anderen als nur systemimmanenten Gedanken! Sie sind immer so arrogant, daß Sie glauben, Sie können über alle Vorschläge nur lachen! Selber bringen Sie aber nichts zustande! *(Beifall bei der FPÖ.)* Beschäftigen Sie sich doch einmal ein bißchen konstruktiv und nicht nur in den ausgefahrenen Gleisen! Dann wird wahrscheinlich der Wirtschaftsstandort Wien wieder etwas an Attraktivität gewinnen und nicht weiter den Bach und die Donau hinuntergehen! *(Abg Kurt Wagner: Hören Sie doch auf!)* Dieser Flat tax ist modern, innovativ und sozial gerecht. *(Abg Godwin Schuster: Was ist dabei sozial gerecht?)* Sie verstehen doch nichts davon! Reden Sie doch nicht mit, Herr Schuster!

Die Ziele sind Begünstigung der Familien, Entlastung für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, Förderung und Stärkung des Wirtschaftsstandorts Wien und Zurückdrängung der Schattenwirtschaft. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Godwin Schuster: Können Sie nur vorlesen?)*

Ich hoffe, weil die Diskussion noch nicht abgeschlossen ist und Herr Kollege Neuhuber eigentlich ein bißchen Hoffnung gibt, daß es doch ein paar vernünftige Köpfe in dieser Regierung sind, die endlich einmal zu einem neuen System, das wieder Impulse gibt, kommen. *(Abg Dr Rüdiger Stix: Das ist doch ein*

Schwachsinn! Jedes andere Modell ist besser!)

Dafür treten wir Freiheitliche jedenfalls ein! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Hatzl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann Hatzl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Man kann natürlich bei diesem Thema verschiedene korrekte Betrachtungen anstellen. Keine Reform mit Schutz der Investitionen ist in der Öffentlichkeit sicher nicht mehr akzeptabel. Eine Reform ohne Einnahmeverlust durch reine Umschichtung wäre ein Modell, für das ich persönlich viel Sympathie hätte. So wird es aber nicht sein, weil man auch Kompromisse bei solchen Bereichen finden muß. Also daher eine Reform auch mit Einnahmeverlusten, nicht nur für den Bund, sondern auch für die Länder und Gemeinden.

Deshalb wird entscheidend sein, wieviel verkraftbar und vertretbar ist. Das ist in Wirklichkeit dann die politische Beurteilung und wir werden dazu wie jede Koalitionspartei in der Bundesregierung auch innerparteilich unsere Meinungen einbringen.

Wir sind daher froh darüber, daß es diese Debatte heute gibt und haben sie unterstützt, weil damit auch die konträren Meinungen sehr deutlich ausgedrückt werden können.

Zu Weihnachten träumt man gerne, Frau Hecht, Sie offensichtlich auch. Sie beurteilen schon etwas, was noch gar nicht im Detail vorliegt. *(Abg Hanno Pöschl: Böse Vorahnung!)* Daher ist es ein bißchen schwierig, über ein Ergebnis, das für Ende März angekündigt ist, heute schon Beurteilungen und Resolutionen vorzunehmen. *(Abg Mag Gabriele Hecht: Man kann doch seine Meinung dazu schon abgeben!)*

Der Kollege Kabas vertritt natürlich die Haltung der FPÖ, eine Haltung zu einem Steuermodell, an das, außer Haider und Haider-Treue, niemand glaubt *(Abg Dr Herbert Madejski: Und was ist mit dem steirischen Finanzlandesrat?)*, schon gar nicht die Fachleute. Man kann es sich daher ersparen, darüber zu reden. Es ist lediglich von einem Grundgedanken getragen: Regieren wird die FPÖ sowieso nie, daher soll der Staat so wenig Einnahmen wie möglich haben. Es soll alles kaputt werden, wenn die FPÖ nicht in die Regierung kommt. Dabei handelt es sich um eine Methodik, die wir sicherlich in dieser Grundhaltung nicht ausdrücken und auch nicht übernehmen können! *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist in diesem Zusammenhang klar.

Gestatten Sie mir zur Wortmeldung vom Kollegen Neuhuber noch eine Bemerkung. Ich weiß, daß es schwer ist, zwischen zwei Koalitionsparteien, die unterschiedliche Positionen haben, zu guten Ergebnissen zu kommen. Aber ich bin davon überzeugt, daß die Steuerreform auf der Bundesebene ein sehr gutes Ergebnis bringen wird, auch wenn es der Kollege Schüssel sehr schwer haben wird, wenn er mehrere Neuhubers in seiner Partei hat, die ihm das Leben nicht gerade erleichtern. Ich gehe davon aus, nachdem er gesagt hat, das sei seine private Meinung, daß

das nicht die Haltung der Wiener ÖVP ist. Damit ist es für mich abgetan.

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat klargestellt, wir wollen eine Steuerreform, die eine gesamte Entlastung der privaten Haushalte von etwa 30 Milliarden S bringen soll. Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, in einer sehr effizienten und vertraulichen Form in einer Sechsergruppe bis Ende März kommenden Jahres diese Maßnahmen zu erarbeiten. Wir alle haben guten Grund anzunehmen, so wie viele andere Dinge auf Bundesebene gut gelöst wurden, werden auch in diesem Bereich die entsprechend guten Lösungen eingebracht und ausgearbeitet werden können. Sie können sicher sein, daß, wenn die Vorschläge vorliegen, es durchaus auch Beurteilungsbereitschaft geben wird, bestimmte Bereiche aus der öffentlichen Diskussion noch einzubringen.

Eine Steuerreform ist nicht etwas wie die Bibel, das ewig Gültigkeit besitzt, sondern sie wird Bereiche naturgemäß offen lassen, auch Bereiche, die vom Kollegen Chorcherr angesprochen wurden und weiter gelöst werden können, ganz besonders in Verbindung mit europäischem Gleichklang. Hier haben wir gerade bei der Frage der Energiesteuer und der Ökologisierung des Steuermodells einiges zu beachten.

Meine Damen und Herren! Die Position der SPÖ ist klar. Der Schwächere soll Vorteile bekommen. Kein Maßnahmenpaket nach einer Steuerreform. Keine Geschenke, die dem Ziel, Entlastung des Schwachen und Stärkung der österreichischen Investitionen und damit auch der Wiener Wirtschaft, nicht entsprechen. Mehr Gerechtigkeit, keine Gefährdung der Stabilität und Impulse für Beschäftigung und zusätzliche Wirtschaftsstärkung. Auf jeden Fall auch Maßnahmen, die Produktion nicht teurer, sondern in Wirklichkeit eine Reihe von Kosten, die für Produktion sind, günstiger bringen.

Bei der Energiesteuer - ich sagte es schon - haben wir zu beurteilen, wie in zweiter Etappe Lösungen möglich werden. In dritter Form haben wir darüber nachzudenken, wie andere Bereiche, die durchaus in der Debatte mit der Steuerreform angesprochen werden, im Bereich vom Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern verhandelt werden können.

Daher ein klares Bekenntnis: Lassen wir in Ruhe diese Sechsergruppe die Vorschläge ausarbeiten und befinden wir dann öffentlich darüber! Dieses Thema ist wichtig genug, daß kein Platz für demagogisches Agieren und schon gar kein Platz für investitions- und wirtschaftsgefährdende Abenteuer besteht. Genau nach dieser Grundhaltung werden wir unsere Arbeit in den nächsten vier Monaten im Bereich der Steuerreform mit dem Koalitionspartner ausrichten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Klopf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Ing Manfred Klopf (AöK): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe kurzfristig mit meinem Kollegen Stix ge-

tauscht, weil ich in Folge nach meiner Einführung ein bißchen Aufklärung im Bereich der Lohnnebenkosten machen möchte.

Aber grundsätzlich unsere Position: Ich glaube, wir sind uns alle darüber klar, im Grunde genommen reden wir über ein Ei, das noch nicht gelegt ist. Wir wissen zwar, daß die Henne das Ei legen wird, aber wir wissen nicht, wie das Ei beschaffen sein wird. Ich glaube, wir alle wollen - darin sind sich alle einig - eine Entlastung von Familien, von Alleinverdienern, von Einkommensschwächeren und von Betrieben in der Form, daß sie mehr Investitionsfreudigkeit beziehungsweise in Folge Arbeitsplatzbeschaffung durchführen können.

Ich muß dabei auf zwei Gefahren hinweisen. Eine ökologische Steuerreform klingt gut, sofern sie nicht eines bewirkt: Viele Menschen sind auf ihr Verkehrsmittel angewiesen. Viele Menschen müssen eben für die Energie sorgen, die sie im Haus brauchen. Wenn ich gerade in diesem Bereich die Belastung ansetze, dann treffe ich jene, die die Einkommensschwächeren sind, die nicht abschreiben können und die das mit voller Last betrifft. Ich glaube, in diesem Sinne ist eine ökologische Steuerreform nicht gutzuheißen. Die ökologische Forderung geht dahin, daß wir diese Probleme umwälzen, indem wir den öffentlichen Verkehr attraktiver gestalten und demzufolge nicht die vorher erwähnten Probleme haben.

Aber zu den Lohnnebenkosten: Diesbezüglich möchte ich ein bißchen zur Information beitragen. Das Jahr hat 365 Tage. Wenn man alle Tage beeinflussend rechnet - sowohl die Leistungszeit vermehrend als auch die Leistungszeit vermindern -, so kommt man im Schnitt auf 210 Arbeitstage pro Jahr. Auf diese Leistungstage sind die Lohnnebenkosten aufgerechnet. Wenn ich nun 100 S als Basis hernehme, so sehe ich, daß ich 12 S Urlaubslohn, 11 S Urlaubszuschuß, etwa 6 S Feiertagslohn, etwa 11 S Weihnachtslohn, etwa 45 S diverse Sozialbeiträge, etwa 5 S Abfertigungsdotierungen, etwa 7 S Familienbeihilfenbeitrag und etwa 5 S Kommunalabgaben in Wien - wenn ich es so schnell zusammengerechnet habe, müßte ich wieder in etwa auf 100 S kommen - zu leisten habe. Das heißt, ich habe für 100 S direkte Lohnkosten etwa 100 S Lohnnebenkosten.

Wenn ich jetzt die Lohnnebenkosten senken möchte, dann muß ich - wie gesagt - darauf aufpassen, daß der Urlaubslohn ein Lohn ist, den der Arbeitnehmer bekommt. Ich glaube, wir wollen keine Urlaube verringern. Der Urlaubszuschuß und der Weihnachtszuschuß sind - wie wir heute wissen - immer noch die Zuckerln für die Arbeitnehmer, weil sie bezüglich der Besteuerung doch ein erträgliches Maß an verbessertem Einkommen bringen. Jeder weiß, 6 Prozent fester Steuersatz führt dazu, daß das Weihnachts- und das Urlaubsgeld im wesentlichen, wenn man die Sozialabgaben beziehungsweise Sozialbeiträge wegrechnet, brutto für netto sind. Das heißt, ich muß wirklich sehr vorsichtig ansetzen, um nicht gerade die Einkommensschwächeren im Bereich der Lohnnebenkosten zu

belasten.

Die Lohnnebenkosten kann ich nur dann beeinflussen, wenn ich im Bereich der Sozialbeiträge in irgendeiner Form Kürzungen - ich nenne es so - durchführe. Auch hier müssen wir wieder vorsichtig sein, denn ich glaube, es ist niemand daran interessiert, in irgendeiner Form den Sozialstaat zu beeinflussen. Darüber müßte man eine grundlegende Diskussion führen. Im Endeffekt sind die Sozialbeiträge auch nichts anderes als Steuern. Ob wir es nun Sozialsteuer oder Sozialbeitrag nennen, darüber läßt sich diskutieren. Oder wenn ich im Bereich der Kommunalabgabe hergehe, obwohl wir wissen, daß Beiträge für den U-Bahn-Bau und so weiter berücksichtigt sind. Auch hier muß man wirklich sehr vorsichtig damit umgehen.

Wenn ich nun sehe, daß von diesen 100 S Lohnnebenkosten etwa 50 S in irgendeiner Form im Laufe des Jahres zum Arbeitnehmer direkt zurückfließen, dann glaube ich, muß man richtig ansetzen. Es war mir ein Bedürfnis, das hier einmal zu sagen.

Unsere rechtsliberale Steuerüberlegung ist eine konsumorientierte Reform der Einkommen und der Gewinnbeteiligungen in Form einer stärkeren Belastung des Konsums als Reformziel, daß wir nicht nur mit der Mehrwertsteuer regelnd eingreifen, sondern daß generell alle in gerechter Weise steuerlich belastet werden, auch der betriebliche Konsum. Damit werden alle gerecht belastet und die Schwächeren könnten damit entlastet werden. - Danke. *(Beifall bei den Abg Kurt Hermann Beer, Ing Dr Thomas Geringer und Dr Rüdiger Stix.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Alkier zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Dr Wolfgang **Alkier** *(Liberales Forum)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Also für mich ist das heute eine Premiere, innerhalb einer Aktuellen Stunde als dritter Liberaler zu reden. Aber nach dem Herrn Neuhuber *(Abg Johannes Prochaska: Aber als Linksliberaler! Als Linksliberaler!)* wird der Herr Tschirf sicher dann noch klarstellen, was wirklich die offizielle Meinung der Rest-ÖVP ist. *(Abg Johannes Prochaska: So ist es! - Heiterkeit bei der ÖVP.)* Aber es ist, wie gesagt, eine Premiere, daß bei einer Aktuellen Stunde einmal drei Liberale und nur ein ÖVPler sprechen. Aber wie gesagt, der Herr Tschirf wird das in fünf Minuten *(Abg Johannes Prochaska: Das werden wir schon wieder korrigieren, keine Angst!)* auf den Punkt bringen, daß, solange die ÖVP auch auf Bundesebene in der Regierung ist, auch dort nichts weitergeht. *(Abg Johannes Hatzl: Sind Sie so sicher?)*

Der eine, der hat von einem Pimperlthema gesprochen. Also ich würde das eher als Tröpferlbad bezeichnen, was hier im Moment stattfindet, statt einer Steuerreform. *(Abg Johannes Prochaska: Bei Ihnen, Herr Kollege!)* Na ja, irgendeiner hat irgendwie über ein Pimperlthema gesprochen. Aber gut. Ich hätte über ein Tröpferlbad gesprochen, das leider, fürchte ich, statt einer Steuerreform kommen wird, wenn man

sich nicht doch entschließt, daß man ... *(Abg Johann Hatzl: Sie wissen gar nicht, was für eine soziale Bedeutung ein Tröpferbad hat!)* Vielleicht könnt ihr da noch ein bißchen mit den Meinungsbefragungen einwirken, daß die Herrschaften da drüben nicht ganz so nervös sind und sich vielleicht doch auch dazu durchringen können, diese große Koalition auch auf der Bundesebene möglichst bald zu beenden, damit man möglichst Anfang des nächsten Jahres zu Neuwahlen schreiten kann. *(Abg Johann Hatzl: Ach, keine Sorge! - Beifall beim Liberalen Forum.)*

Wie reagiert Wien bisher auf diese Vorschläge? - Nun, die offizielle ÖVP bisher überhaupt nicht. Ich habe mir angeschaut, was man so von offizieller ÖVP-Seite, Wiener ÖVP-Seite, zur Steuerreform in den Medien beziehungsweise in den Pressediensten sah und da sah ich eigentlich nichts. Dann sah ich bei Durchsicht verschiedener Medien den Kommentar eines Ghostwriters, der immer wieder in der "Kronen-Zeitung" schreibt. Also da gibt es ja verschiedene Kronen-Zeitung-Ghostwriters. Der eine, der immer am Sonntag schreibt, wird in St. Pölten vermutet, ein anderer sitzt, vermuten manche, hier im Rathaus. Nämlicher schreibt: "Daß uns die Regierung bei der Steuerreform nichts abnehmen will, nehme ich ihr nicht ab." - Also nämlich Herr Strudl scheint diese Bedenken zu teilen, daß im Rahmen des Finanzausgleichs sehr wohl die Länder auch daran glauben müssen.

Ansonsten hat unser Herr Bürgermeister noch zwei Aspekte eingebracht. Der eine war die Fragestellung, ob, wenn man ein bißchen besser verdient, man nicht ein bißchen mehr entlastet werden sollte - das war ein bemerkenswerter Vorschlag - und die Grenze für den Grenzsteuersatz von 700 000 S auf 1 Million S angehoben werden sollte.

Der andere war natürlich auch eine geniale Sache, was scheinbar auch auf Bundesebene wirklich Gehör findet, und zwar die Spekulationssteuer. Nicht nur, daß es ohnedies bereits jetzt so ist, daß man, wenn man weniger als ein Jahr die Aktien behält, voll besteuert wird, geht man da natürlich jetzt einen Weg, wo man auf der einen Seite sicherstellt, daß man bei Biertischdiskussionen eine gewisse Argumentation hat - man kann sagen, die Bösen da werden irgendwie besteuert -, man weiß ganz genau, es bringt einkommenmäßig überhaupt nichts, aber man bringt auch noch einen guten Beitrag dazu, daß der Finanzmarkstandort Wien endgültig ruiniert wird. Aber ich meine, da ist eigentlich sowieso nicht mehr viel zu tun.

Was Experten von diesen Angeboten der Steuerreform halten, sieht man hinlänglich letztlich auch in den heutigen Medien. Die Wirtschaftstreuhandler haben sich gestern im Rahmen einer Pressekonferenz klar deklariert. Die Hauptfrage ist natürlich: Wo bleibt die Entlastung der Arbeit? - Die Entlastung der Arbeit wird nicht stattfinden, weil im Moment noch immer zwei Großkoalitionäre aneinander gebunden sind, die sich möglichst wenig schaden wollen.

Wenn Sie sich gestern die Vorschläge der Wirtschaftstreuhandler genau angehört hätten, dann war da schon ein wesentlicher Punkt, der wirklich zu fordern ist. Gabriele Hecht hat es bereits angesprochen und ich möchte es wiederholen, weil ich es wirklich als besonders wichtig ansehe: Die Wirtschaftstreuhandler haben eine unabhängige Ausgabenkommission vorgeschlagen. Eine Ausgabenkommission, die einmal wirklich innerhalb eines Jahres sämtliche Ausgaben des Staats nach den Faktoren Effektivität, Bürokratie, soziale Gerechtigkeit und Zeitgemäßheit beurteilen soll. Hübner sagte gestern klipp und klar, daß alle Experten der Meinung sind, daß zumindest 25 bis 50 Milliarden S auf Bundesebene einsparbar wären, wenn man so eine Ausgabenreform durchführen würde.

Ich komme zum Schluß. Die Forderungen der Liberalen an die Steuerreform - Herr Hatzl gibt uns Mut, es ist ja noch nicht alles gegessen - sind weiterhin aufrecht:

Punkt 1: Eine klare Senkung der Abgabenquote

Punkt 2: Wahrscheinlich überhaupt das zentrale Thema schlechthin ist eine stärkere Entlastung des Faktors Arbeit durch Abschaffung der Kommunalsteuer - nie gehört, daß das nunmehr in Frage kommt durch Abschaffung des Wohnbauförderungsbetrags durch eine schrittweise Abschaffung des *(Abg Johann Hatzl: Auf Kosten der Kleinen! Ja, auf Kosten der Kleinen!)* Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds und durch eine Reform des Sozialversicherungssystems.

Zu finanzieren ist das Ganze natürlich durch zwei Faktoren: Auf der einen Seite durch eine ökonomische Steuerreform, auf der anderen Seite eben durch die Reduzierung der Staatsausgaben im Rahmen einer Aufgaben- und Ausgabenreform.

Nicht zuletzt sind im Rahmen dieser Steuerreform auch alle Aspekte zu berücksichtigen, die zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Wien beitragen für den offensichtlich nach wie vor nur die Liberalen das einzig gute Konzept haben. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau StR Dr Huemer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

StR Dr Friedrun Huemer: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn man bisher dieser Diskussion gelauscht hat, dann kann man eigentlich feststellen, daß die Situation, in der wir uns befinden, irgendwie eine ziemlich paradoxe ist.

Der jetzt verhandelte sogenannte Pimperlkompromiß der Steuerreform wird hier von praktisch niemandem verteidigt, nicht einmal von Ihnen, Herr Abg Hatzl, denn Sie sagen dann, diese Sechsergruppe soll in Ruhe weiterverhandeln. Also eine wirkliche Verteidigung dessen, was da jetzt einmal vorliegt, ist das nicht.

Interessant ist dabei für mich folgende Überlegung,

nämlich daß ich vermute, daß die Feigheit der Bundesregierung genau dazu geführt hat, daß jetzt so ein - sagen wir einmal - butterweiches Modell zur Diskussion steht. Also es wurde genau das Umgekehrte von dem erreicht, was wir uns erwarten, was sich die Experten erwarten und was sich auch große Teile der Bevölkerung - sprich die Wählerinnen und Wähler - erwarten. Das ist schon eine ganz erstaunliche Situation.

Nun zu Ihnen, Herr Abg. Neuhuber. Sie werden heute wohl so irgendwie der Held des Tages sein, aber ich weiß nicht, ob in Ihrer Partei. Ausgerechnet von Ihnen zu hören, das 13. und 14. Monatsgehalt auf die 12 Monate des Jahres aufzuteilen, das klingt ja allemal fast nach Sensation. Ich habe das von der ÖVP allerdings bisher noch nie gehört und ich nehme an, daß Herr Dr. Tschirf eine wichtige Aufgabe bevorsteht. Wir werden alle sehr gespannt lauschen.

Es waren aber auch sonst noch einige ganz spannende Äußerungen. Sagen Sie es doch Ihren Freunden und Freundinnen im Parlament! Das wäre mir wichtig.

Ja und zum Herrn Abg. Hatzl. Sie haben schon Recht, diese Sechsergruppe, die das jetzt bis März weiterverhandelt, soll bitte agieren, aber nicht in aller Stille und nicht in aller Ruhe, sondern im Gegenteil. Es ist gerade jetzt besonders wichtig, daß wir alle sagen: So kann eine Steuerreform nicht ausschauen. Das ist eine lächerliche Kleinigkeit, das ist eine Pimperlreform. Gerade jetzt ist Zeit dazu zu sagen: Nein, diese Sechsergruppe, die soll jetzt wirklich Nägel mit Köpfen machen. Danach schaut es bis jetzt aber wirklich nicht aus.

Ich möchte, um einige Punkte bezüglich des ökologischen Steuermodells der GRÜNEN klarzustellen, schon noch auf etwas hinweisen. Es berücksichtigt nämlich sehr wohl die Probleme der privaten Haushalte, die durch die Energiekostenerhöhung entstehen, indem ein Ökobonus von 10 000 S im Jahr pro Person vorgeschlagen wird, der die erhöhten Energiekosten zumindest für jene Bevölkerungsgruppe voll ersetzt, die keinen besonders hohen Verbrauch hat. Also für Menschen in Sozialwohnungen haushoch und ebenso für Menschen, die mehr öffentliche Verkehrsmittel nützen, als mit dem Auto zu fahren. Selbstverständlich sind jene Gruppen der Bevölkerung, die ein privates Schwimmbad beheizen, die sehr große Wohnungen haben und die Luxuswagen fahren, durch dieses Modell ziemlich belastet. Aber so ist es auch gemeint und dazu stehen wir auch.

Dazu kommt dann noch, daß wir - weil der Berufsverkehr angesprochen wird - selbstverständlich in diesem Paket so etwas wie ein Pendlerpauschale drinnen haben. Ich denke mir, auch wenn das Modell, das jetzt verhandelt wird, ganz, ganz weit weg ist von dem, was sich die GRÜNEN erwarten, gehen sehr, sehr viele Expertenäußerungen dazu, die jetzt einmal gefallen sind, genau in die Richtung des grünen Steuermodells und früher oder später werden wir es auch haben, auch wenn diese Koalitionsregierung es jetzt

einmal zu verhindern scheint. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg. Dr. Tschirf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Matthias Tschirf (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mich sehr gefreut, daß die Erwartungshaltung für meinen Beitrag offensichtlich schon eine sehr hohe ist. Das ist auch ein Zeichen dafür *(Abg. Hanno Pöschl: Ja, ja, Qualitätsstandards!)*, daß eben der Wert der Österreichischen Volkspartei richtig eingestuft wird *(Abg. Hanno Pöschl: Der Wiener! - Heiterkeit bei der ÖVP.)*, und zwar als die Sozialintegrationspartei und als die Partei, die das freie Mandat ernst nimmt. *(Beifall bei der ÖVP. - Heiterkeit beim Liberalen Forum.)* Ich weiß das. Von den Freiheitlichen zum Beispiel könnte ich dazu nie einen Applaus bekommen, weil es da Knebelungsverträge gibt. Da gibt es Aufträge. 1997 gab es so einen und 1998 kam aus dem Bärenthal der Auftrag, für Flat tax zu sein, und die gleichen Personen sagen das mit der gleichen Langweiligkeit dahin. Okay. Ich bin froh, ich bin in einer anderen Partei. Da gibt es eine lebhaftige Diskussion und ein Ringen um vernünftige Lösungen.

Ich glaube, diese vernünftigen Lösungen sind es, um die es geht. Was sind die Prämissen? - Prämissen sind einmal eine Stärkung der Kaufkraft, eine Änderung von Dingen, die sich einfach eingeschliffen haben, vor allem eben, daß man auch Belastungen, die durch die Progression entstanden sind, wieder ausgleicht. Für uns ist auch eine wichtige Prämisse - und da ist einiges in diesem Jahr schon gelungen - die Frage des Familienpakets. Das ist nämlich nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, das ist auch eine Frage der Nachfrage, vor allem auch im Hinblick auf die Langfristigkeit. Vonseiten der Liberalen wurde eingemahnt, daß eine Steuerreform langfristig sein muß. Eine Steuerreform zu Gunsten der Familien ist die Form, die das am klarsten sicherstellt.

Es ist auch hier einiges über die wichtige Frage "Entlastung der Arbeit Richtung Ökologie" diskutiert worden. Wir stehen gar nicht an zu sagen, daß wir glauben, daß das ein Thema ist, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben. Wir müssen das im europäischen Kontext behandeln, weil wir sonst den Wirtschaftsstandort und letztlich auch die Arbeitsplätze bei uns gefährden. Das heißt, wir werden alles daran setzen und gerade als Europapartei sind wir es ja, die hier dafür sorgen, daß eben nicht eine unterschiedliche Steuerpolitik in den verschiedenen Ländern zu Wettbewerbsverzerrungen führt.

Noch etwas zum Faktor "Arbeit". Der Faktor "Arbeit" und die Belastung darf natürlich nicht so diskutiert werden, daß wir nur sagen, da kommen die und die Lohnnebenkosten dazu, sondern man muß auch sehr wohl überlegen, wofür es diese Lohnnebenkosten gibt. Man kann sicher darüber diskutieren, in welcher Form diese Formen der Solidarität abgegolten

werden, ob das jetzt in Fragen der Krankheit, der Alterssicherung, der Arbeitslosigkeit oder bei anderen Themen ist. Nur, das wegzuschieben und zu sagen "Weg damit", so einfach kann man sich das nicht machen.

Ich glaube, hier ist bei meinem Kollegen Neuhuber etwas bewußt falsch interpretiert worden. Er hat, wie er vom Dreizehnten und Vierzehnten gesprochen hat, nicht davon gesprochen, daß man deshalb den Arbeitnehmern etwas wegnimmt, sondern daß man ein anderes System unter Beibehaltung der gleichen Nettoverdienste erhält. Also nicht so, daß man sagt, dadurch, daß der Dreizehnte und Vierzehnte besser behandelt sind, schiebt man das einfach weg, sondern daß man das jetzt auf die anderen Monate aufteilt. Das ist zum Beispiel ein Thema, wo ich gerne ins Gespräch mit dem Kollegen Neuhuber eintrete, weil er eben jene Offenheit zeigt ... (*Abg Hanno Pöschl: Na, dann macht euch einen Termin aus!*) Diese Termine haben wir laufend.

Ich möchte noch eines sagen: Wir haben jene Liberalen, auf die wir stolz sind. Das sind nämlich nicht die, die entsprechend nur mit Scheuklappen ausgestattet sind, sondern die Themen aufwerfen und auch bereit sind, darüber zu diskutieren und sich nicht nur alleine in entsprechenden Worthülsen ergehen. (*Heiterkeit bei Abg Gerhard Pfeiffer. - Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, das Thema "Steuer" war richtig gewählt und wurde jetzt auch richtig auf der Bundesebene eingebracht, sodaß jetzt die Diskussion geführt wird. Ich gehe davon aus, daß in den nächsten Wochen hier sehr wohl im Hinblick auf mehr Gerechtigkeit und auf einen Ausgleich durch eine entsprechende Progression, die hier die Gewichte verschoben hat, eine Entlastung der Einkommen eintreten sollte und damit eine Stärkung der Kaufkraft und eine entsprechende Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit in diesem Land. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg DDr Schock zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg DDr Eduard Schock (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es sind in der bisherigen Diskussion über die Steuerreform, aber auch in dieser Aktuellen Stunde eigentlich nicht sehr viele neue Vorschläge aufgetaucht. Auch mein Vorredner, der Kollege Tschirf, hat gerade selbst die Worthülsen kritisiert, die vielfach herum-schwirren, aber er selber ist eigentlich nicht sehr weit über diese Worthülsen hinausgekommen.

Unser Modell hat für die Steuerreform einen neuen, sehr unkonventionellen Ansatz vorgeschlagen. Unser Modell "Die fairen Steuern" soll durch zwei Grundsätze neue Arbeitsplätze in Österreich schaffen. Dieser erste Grundsatz lautet: "Leistung muß sich wieder lohnen." - Wir haben zur Umsetzung einen neuen Steuertarif vorgeschlagen, einen proportionalen Tarif von 23 Prozent zur Milderung der hohen und leistungsfeindlichen Progression im derzeitigen Tarif.

Unser zweiter Grundsatz bei diesem Modell lautet aber: "Auch das Investieren muß sich in Österreich wieder lohnen", denn nur Investitionen in der Wirtschaft schaffen auch tatsächlich neue Arbeitsplätze. Zur Umsetzung dieses Grundsatzes "Investieren muß sich wieder lohnen" haben wir ein neues Steuersystem vorgeschlagen, nämlich den Umstieg auf ein konsumorientiertes System der Einkommenssteuer.

Es ist in der öffentlichen Diskussion über unseren Vorschlag bisher eigentlich viel zu wenig hervorgekommen, daß wir nicht nur einen völlig neuen Steuertarif vorschlagen, sondern eben auch ein völlig neues Steuersystem. Wir wollen nur mehr das besteuern, was der Wirtschaft entzogen wird, für Konsumzwecke tatsächlich entzogen wird, und nicht mehr das Kapital besteuern, das im Betrieb gelassen wird, dort arbeitet und neue Arbeitsplätze schafft. Wir wollen daher Investitionen in der Wirtschaft überhaupt steuerfrei stellen. Es sollen in unserem Modell alle Investitionen schon im Anschaffungsjahr zu 100 Prozent steuerfrei sein. Sie sollen abgeschrieben werden können. Dieses neue Steuersystem ist damit die beste Eigenkapitalförderung. Dieses neue Steuersystem ist aber auch die beste Jungunternehmerförderung und die beste Gründungsförderung, denn wenn Jungunternehmer ihre sehr hohen Anfangsinvestitionen am Anfang sofort zur Gänze abschreiben können, dann führt das im Ergebnis natürlich dazu, daß neue begründete Investitionen in der kritischen Anfangsphase eigentlich überhaupt steuerfrei sind.

Jetzt zur Meinung der Experten, es würde dieses Modell mit diesem Ansatz auch die Forderungen der führenden Finanzwissenschaftler sowohl im deutschsprachigen, als auch im amerikanischen Bereich verwirklichen, denn die Finanzwissenschaft ist sich heute international darüber ja einig, daß die steuerliche Last, die auf dem Investieren liegt, reduziert werden muß. Wir schlagen daher den Umstieg auf ein solches neues konsumorientiertes Einkommenssteuersystem vor, wie es auch von den führenden deutschen, aber auch amerikanischen Finanzwissenschaftlern verlangt wird.

Wir hätten wahrscheinlich mit diesem neuen Steuersystem weltweit - vielleicht nach Hongkong - das zweitattraktivste Steuersystem. Wir hätten aber jedenfalls in der EU mit einem Schlag den attraktivsten Wirtschaftsstandort, denn es waren auch schon bisher jene Länder am erfolgreichsten, die ihre Steuern gesenkt haben, wenn wir uns nur etwa das holländische Beispiel ansehen.

Vielleicht noch ein Wort zur sozialen Gerechtigkeit. Ein leistungsförderndes Steuersystem ist auch sozial gerecht und wir lassen uns in der Diskussion dieses Leistungsprinzip von niemandem madig machen. Wir bekennen uns ganz bewußt dazu, daß, wer mehr leistet und daher auch mehr Steuern zahlen muß, auch durch die Steuerreform entlastet werden soll. Wir bekennen uns daher ganz bewußt zu diesem Grundsatz, daß sich Leistung in Österreich endlich wieder lohnen muß. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Göbl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Gerhard **Göbl** (SPÖ): Werter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Landtags!

Ich werde natürlich nicht aus der Sicht der Wirtschaftstreuhänder oder der Unternehmer, sondern aus der Sicht der sozialdemokratischen Gewerkschafter die Ideen und Positionen zur Lohnsteuer oder zur Steuerreform einbringen, denn ich glaube, wenn alle anderen an sich denken, so müssen wir natürlich auch an uns denken.

Wir haben dabei selbstverständlich nicht aus dem Auge zu verlieren, daß dabei der Standort Österreich, aber darüber hinaus natürlich auch der Standort Wien dementsprechend abgesichert wird, denn nur so kann dann auch überhaupt Lohnsteuer fließen. Die Lohnsteuersenkung ist auf jeden Fall aus sozialen Gesichtspunkten notwendig, und es ist ja eine soziale Gerechtigkeit, daß nicht nur in anderen Steuerbereichen abgesenkt wird, und auch eine ökonomische Notwendigkeit.

Die Lohnsteueraufkommen sind in den Jahren 88 bis 98 um 81 Prozent gestiegen, während bei Gewinn- und Vermögensbesteuerung lediglich 54 Prozent Anhebung festzustellen war. Wenn man sich das genauer anschaut, dann haben sich auch die Beträge gewaltig auseinanderentwickelt. Während die Arbeitnehmer 188 Milliarden beitragen, sind es bei der Gewinn- und Vermögenssteuer nur 93 Milliarden. Das ist etwas, was man normalerweise ja nicht annehmen würde, sondern da würde man sagen, die Unternehmer verdienen doch gewaltig mehr als Arbeitnehmer.

Die wirtschaftlichen Eckdaten sind durchaus so, daß eine Steuerreform verkraftbar ist. Wenn man es sich genauer ansieht und mit den Prognosen der Wirtschaftsforscher, die das zwar ein wenig zurückgenommen haben, vergleicht, so ist errechenbar, daß 50 Prozent dieser Lohnsteuerabsenkung, so wie es dem Finanzminister vorschwebt, durch vermehrten Konsum privater Haushalte, wieder einspielbar sind.

Wir glauben, daß die Unternehmen so abgesichert sind, daß all die Maßnahmen, die hier eingefordert werden, teilweise sogar schon gegriffen haben, denn der Produktivitätszuwachs hat 7,3 Prozent betragen, die Lohnstückkosten haben sich um 4,9 Prozent verbessert. Etwas, was wahrscheinlich auch nicht unerheblich ist, ist die Eigenkapitaldeckung der Betriebe, die, gemessen an der Bilanzsumme, von 20 auf 30 Prozent gestiegen ist. Daher ist also eine Forderung des ÖGB von einer neuen Formel ausgehend, die zur Berechnung der Lohnsteuer führen soll, die harmonisch im Verlauf ist und die vielen etwas bringt, vor allem den Menschen mit geringem Einkommen. Zum Beispiel würde aufgrund dieses Formeltarifs bei einem Bruttomonatseinkommen von 15 000 S eine jährliche Steuerentlastung von 7 500 S erfolgen, bei 25 000 S eine Entlastung von 5 400 S, und selbst bei 50 000 S, wenn es also darum geht, daß auch Leistung abzugelten ist, wäre noch immer eine Begünsti-

gung von 4 000 S im Jahr festzustellen. Für die, die im Monat 75 000 S verdienen, gibt es noch immer 264 S jährliche Entlastung. Ich weiß schon, daß das nicht viel ist, aber gerade die wird es ja nicht unbedingt treffen.

Wir glauben also, daß so eine Umsetzung finanziell machbar ist. Aber sie darf nicht, wie ich heute im Gespräch zwischen den Liberalen und anderen Parteien feststellen mußte, auf Kosten der wenigen Begünstigungen, die die Arbeitnehmer noch in den Steuergesetzgebungen haben, erfolgen. Wir können uns nicht vorstellen, daß man auf der einen Seite sagt: Na gut, gehen wir her, nehmen wir die Weihnachtsremuneration und den Urlaubszuschuß und diese Geschichten und besteuern wir sie in Zukunft voll und dafür bekommt ihr vielleicht dann im Zuge der Lohnsteuerreform eine Absenkung. Also so kann es nicht gehen! Wir geben es von einem Sack in den anderen. (Abg Dr Herbert Madejski: *Ihr macht das ja dauernd!*) Die meisten werden es wahrscheinlich dann nicht bekommen, denn durch die Progression und so weiter ist das dann relativ bald wieder aufgefressen. Das kann nicht unsere Idee sein.

Oder wenn man sagt: Schmutz- und Erschwerniszulagen, wo die Leute dreckig werden, wo sie hakeln, wo sie sich wehtun können, das ist alles kein Problem, dafür kriegt man dann Steuer aufgebrummt, wie die anderen auch, die zum Beispiel beim Computer sitzen oder sonstwo. Daher kann das nicht unsere Idee sein.

Eines der Probleme, das wir haben, ist: Wenn jetzt auf einmal 1 Milliarde S zur Schaffung privater Pensionsvorsorge in den Raum gestellt wird, dann frage ich mich, wo die herkommen soll, denn auf der anderen Seite war das Geld nicht vorhanden und man hat eine ASVG-Pensionsreform verlangt.

Zur Energiebesteuerung fällt mir nur ein: Sicherlich ökologisch notwendig, aber - so wie es auch Kollege Chorherr gesagt hat - natürlich muß man schauen, was mit den Haushalten geschieht, was mit den Pendlern geschieht, was mit den Unternehmen geschieht, die große Energiemengen benötigen. Da geht das sicherlich nur europaweit.

Natürlich glaube ich, Aktienkapitalgewinne müssen ganz einfach besteuert werden, denn wenn alles besteuert wird, warum gerade das nicht? (*Heiterkeit beim Liberalen Forum.*) Ich glaube, es wäre ja irgendwie eine Lücke in dem System und das werden die Wirtschaftstreuhänder nicht wollen. Wenn ich denke, auch bei einer Pimperlreform - ich weiß nicht, warum in diesem Bereich auf einmal so sexistisch diskutiert wird, auch von Damen, denn ich habe vom Bürgermeister persönlich hier als Anmerkung im Wörterbuch stehen, was das heißt. Wir glauben also durchaus, daß eine vernünftige, gescheite Lohnsteuer- und Steuerreform gemeinsam mit unseren Vertretern in der Bundesregierung und mit den Sozialpartnern, die ja sonst sehr geschmäht werden, möglich sein wird.

Zu der FPÖ-Flat tax fällt mir nur das ein, was der

Finanzminister schon gesagt hat. Wenn man zum Beispiel bei einem Einkommen ...

Präsident Johann **Römer** (*unterbrechend*): Herr Kollege Göbl, Sie sind bereits eine Minute drüber, bitte.

Abg Gerhard **Göbl** (*fortsetzend*): ... von 12 000 S im Monat statt bisher 15 Prozent dann 23 Prozent zahlen darf (*Abg Michael Kreißl: Sie haben ja keine Ahnung! Lesen Sie das zuerst, dann dokumentieren Sie!*), dann fällt mir nur "Fladertax" ein (*Heiterkeit bei der SPÖ.*), nicht Flat tax. - Danke. (*Abg Michael Kreißl: Sie haben wirklich keine Ahnung! Lesen Sie doch zuerst und dann reden Sie! - Abg Dr Helmut GÜNTER: Sie haben ja keine Ahnung! - Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Johann **Römer**: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, daß an schriftlichen Anfragen von Abgeordneten des Liberalen Forums 4 und der Freiheitlichen Partei Österreichs 2 vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn sind folgende Anträge von Landtagsabgeordneten eingelangt: Von den "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" 1 und der Freiheitlichen Partei Österreichs 1. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekanntgegeben.

Abg Hanno Pöschl sowie Partnerinnen und Partner haben einen Antrag, betreffend unverständliche Härten im Wiener Parkometergesetz, eingebracht. Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt.

Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Danke, damit ist der Antrag genügend unterstützt. Ich weise ihn der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zu.

Die Abgen Heinz Christian Strache und Johann Römer haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Landesgesetz über die Förderung von Anliegen der jungen Generation (Landesjugendförderungsgesetz 2000), eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Jugend, Soziales, Information und Sport zu.

Nach Beratung in der Präsidialkonferenz nehme ich folgende Umstellung der Tagesordnung vor: Die Postnummern 1, 4, 2, 3 und 5 werden in dieser genannten Reihenfolge verhandelt. Gegen diese Umreihung wurde kein Einwand erhoben. Ich werde daher so vorgehen.

Ich bitte um Aufmerksamkeit: Bevor wir die unter der Postnummer 1 vorgesehene Wahl vornehmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden.

Gemäß § 28 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag sind Wahlen mittels Stimmzettels vorzunehmen, wenn der Landtag nicht mit Zweidrittelmehrheit anderes beschließt. Ich schlage vor, die vorgesehene Wahl durch Erheben der Hand vorzu-

nehmen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Landtags, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Mein Vorschlag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Frau Dr Riess-Passer hat mit Wirkung vom 30. November 1998 ihr Mandat als Bundesrätin zurückgelegt, wodurch die 2. Stelle der vom Wiener Landtag zu wählenden Bundesratsmitglieder frei wurde. An diese Stelle wurde das Ersatzmitglied Herr Dr André d'Aron berufen.

Wir haben nunmehr für das neue Bundesratsmitglied ein Ersatzmitglied zu wählen. Der Klub der Wiener Landtagsabgeordneten und Gemeinderäte der FPÖ schlägt als neues Ersatzmitglied für die 2. Stelle Herrn Georg Walterskirchen vor.

Ich ersuche nunmehr jene Damen und Herren des Landtags, die Herrn Georg Walterskirchen zum Ersatzmitglied für das an die 2. Stelle gereichte Bundesratsmitglied Dr André d'Aron wählen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen und somit ist Herr Georg Walterskirchen als das an 2. Stelle gereichte Ersatzmitglied gewählt. (*Abg Mag Christoph Chorherr: Mit ausreichender Unterstützung, nicht mit Stimmenmehrheit!*) Bitte? (*Abg Hanno Pöschl: Mit Stimmenmehrheit?* - *Abg Mag Gabriele Hecht: Mit Stimmenmehrheit?* - *Abg Mag Christoph Chorherr: Mit ausreichender Unterstützung, nicht mit Stimmenmehrheit! - Aufregung bei der SPÖ, bei den GRÜNEN und beim Liberalen Forum.*) Ja, ja. Entschuldigung! Mit der erforderlichen ausreichenden Unterstützung gewählt. - Danke.

Die Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden betreffend die Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden (Österreichischer Stabilitätspakt).

Ich bitte die Berichterstatterin, Frau amtsf StR Mag Ederer, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte **Ederer**: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung.

Präsident Johann **Römer**: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Frau Abg Mag Hecht zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Gabriele **Hecht** (*Liberale Forum*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Der vorliegende Stabilitätspakt, den der Wiener Landtag heute beschließen soll, ist eine Vereinbarung über die Verschuldensbegrenzung der Gebietskörperschaften Österreichs.

Das ist einmal grundsätzlich von der Intention her nicht abzulehnen. Es ist sogar notwendig, daß so etwas passiert. Österreich muß erstens bis März 1999 ein Stabilitätsprogramm an die EU abliefern. Österreich diskutiert derzeit eine Steuerreform, die eine große Steuerreform werden soll. Österreich wird bis Ende 2000 den Finanzausgleich neu verhandeln müs-

sen und Österreich steht vor der großen Herausforderung einer Osterweiterung der EU, vor der großen Herausforderung einer steigenden Arbeitslosigkeit und der großen Herausforderung eines enormen technologischen Fortschritts, dem wir begegnen müssen.

Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wenn wir all diese Aufgaben erfüllen müssen, in welcher Reihenfolge wir das machen. Jetzt wäre eine logische Reihenfolge die, daß man zuerst die Eckdaten des Stabilitätsprogramms festlegt. Das ist ziemlich genau von der Europäischen Union definiert, welche Angaben in diesem Stabilitätsprogramm enthalten sein müssen. Das mittelfristige Ziel des Stabilitätsprogramms ist ein nahezu ausgeglichener Staatshaushalt oder sogar ein einen Überschuß aufweisender Staatshaushalt. In diesem mittelfristig vorzulegenden Stabilitätsprogramm müssen die wirtschafts-, budget- und finanzpolitischen Maßnahmen eines Staates zur Erreichung dieses mittelfristigen Ziels definiert werden. Es müssen darin die Annahmen über die wesentlichen Hauptpunkte der wirtschaftlichen Entwicklungen enthalten sein. Es müssen Angaben über die Investitionen enthalten sein, Annahmen über das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, über die Inflation, und es muß eine mittelfristige Entwicklung der Überschuß- beziehungsweise Defizitquote und der Schuldenquote enthalten sein. - Das heißt, das große Rahmenprogramm "Wohin bewegt sich Österreich wirtschafts- und finanzpolitisch?" ist das Stabilitätsprogramm. Das muß der Finanzminister bis Ende März bei der EU vorlegen.

Jetzt haben wir heute gehört, daß die Diskussion der Bundesregierung über die Steuerreform ungefähr bis Ende März dauern wird. Jetzt frage ich mich: Was wird der Finanzminister in dieses Stabilitätsprogramm hineinschreiben? - Der muß entweder ein absoluter Herrscher sein, der dann die Regierung auf seinen Kurs zwingt, was ein bißchen schwierig ist, wenn wir Mitte des Jahres eine Neuwahl haben, wo man vielleicht davon ausgehen muß, daß er sich dann nicht mehr so durchsetzen kann oder wird. Das heißt, man kann das nicht von vornherein festlegen. Man weiß auch nicht, was die Länder machen werden und ob die Länder den wirtschaftspolitischen Kurs mittragen. Man weiß überhaupt nicht, was die Länder beim Finanzausgleich sagen werden. Man weiß nicht, wie die Länder mit der Steuerreform umgehen werden. Wenn sich alle Länder so verhalten wie Wien, daß sie sich vorher dazu nicht äußern, daß sie nichts einbringen, daß sie keine Maßnahmen überlegen, wie sie mit dem Einnahmenentfall umgehen werden, dann wird auch der Finanzminister mit seinem Stabilitätsprogramm ein Problem haben.

Deshalb sagen wir: Was wir brauchen, ist, daß wir sofort - und nicht, so wie das in diesem Stabilitätspakt steht, daß man zuerst einmal die Verschuldungsquoten festlegt und dann wird das Koordinationskomitee zusammentreten, wie das dann umgesetzt werden soll - in Koordination Bund, Länder und Gemeinden die Eckpunkte, die die wesentliche strategi-

sche Ausrichtung dieses Stabilitätsprogramms festlegen, in dem Zusammenhang natürlich die Steuerreform mitverhandeln, mit der Steuerreform sofort den Finanzausgleich mitbehandeln und das Ganze als gesamtes wirtschafts-, finanz- und budgetpolitisches Paket für Österreich, das den Wirtschaftsstandort sichert, das Arbeitsplätze sichern soll und das den Wohlstand in diesem Land sichern soll, beschließen.

Deshalb bringe ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen heute den Antrag ein:

"Der Wiener Landtag wolle beschließen, daß die österreichische Bundesregierung umgehend mit den Ländern und Gemeinden in Verhandlungen tritt, um die Eckpunkte der finanz-, budget- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Stabilitätsprogramms für Österreich festzulegen. Aufbauend auf den Parametern des Stabilitätsprogramms sind die Steuerreform, der Finanzausgleich und der Stabilitätspakt gemeinsam zu verhandeln."

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Hier, bei dem, was wir heute beschließen, wird das Pferd von hinten aufgezäumt. Wir beschließen zuerst die Einhaltung von Verschuldungsgrenzen, danach soll ein Stabilitätsprogramm vom Finanzminister bei der EU vorgelegt werden, danach wird eine Steuerreform von der Bundesregierung beschlossen und ganz am Ende diskutieren Länder, Gemeinden und Bund über einen Finanzausgleich. Führen Sie sich einmal das vor Augen, wie unmöglich jegliche strategische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik und der Finanzpolitik des Landes ist, wie unmöglich jegliche wirkliche Steuerreform in diesem Land ist, wenn man das in dieser Reihenfolge macht! (Beifall beim Liberalen Forum.)

Für mich ist alleine die Abfolge der einzelnen Verhandlungen ein Beweis dafür, daß man weder eine ernsthafte Steuerreform vorhat, noch ernsthaft beschäftigungspolitische Maßnahmen setzen will. Ich halte das für besonders bedenklich, weil Österreich im Rahmen der EU-Präsidentschaft immer betont hat, wie wichtig der Beitrag Österreichs für beschäftigungspolitische Maßnahmen innerhalb der EU war und daß in Wirklichkeit alle Vorgaben des Europäischen Rates über Wachstum und Beschäftigung von der jetzigen Bundesregierung in der jetzigen Steuerreformediskussion überhaupt nicht berücksichtigt werden.

In den Amsterdamer Verträgen wurde die Verringerung der Lohnnebenkosten beschlossen und das ist mit einer Energiebesteuerung in Zusammenhang zu bringen. Aus der Nummer kommt man jetzt nicht so leicht raus, daß man sagt: Na ja, aber das müßte man im europäischen Gleichklang machen, weil das schon in der Entschließung des Europäischen Rates steht. Da steht drinnen, daß die Lohnnebenkosten verringert werden müssen und man davon ausgehen muß, daß in ganz Europa das ein Thema sein wird. Ich habe noch nie irgend jemanden sagen gehört, daß man die Belastung der Arbeitskosten im europäischen Gleich-

klang machen muß! Die Arbeitskosten haben sich in den letzten Jahren um einen Prozentpunkt pro Jahr erhöht und da hat überhaupt niemand davon gesprochen, das man das nicht machen kann, weil das im europäischen Gleichklang passieren muß. Dann verliert man eben die Arbeitsplätze in Österreich! Na ja, ist halt ein Problem. Da habe ich das noch nicht gehört!

Arbeitsanreiz in den Steuer- und Sozialsystemen ist eine Vorgabe des Europäischen Rates. Bildung und lebensbegleitendes Lernen eine wesentliche Maßnahme, die auch hier festgelegt wird und wo ich auch nichts gehört habe. Förderung von Klein- und Mittelunternehmen, Förderung technologischer Innovationen und Verbesserung des Risikokapitalmarkts.

Jetzt weiß ich schon, daß die Frau Finanzstadträtin immer hergeht und sagt: Ja, die Liberalen, die wollen immer nur alles abschaffen und haben keine Konzepte, wie man auf der anderen Seite Steuern erhöht. Wir wollen keine Steuern erhöhen. Sie können sich international die Beispiele anschauen, wie Staaten, wie Länder, wie Gemeinden einen Weg aus der Krise gefunden haben und sie haben das niemals über Steuererhöhungen geschafft. Sie haben das immer geschafft, indem sie ihre Steuern gesenkt haben, die Investitionen, das Privatkapital angeregt haben, das Steuersystem auf ein wirtschaftsfreundliches Ambiente umgestellt haben, in Bildung investiert haben und das Wirtschaftswachstum einfach ermöglicht haben, weil alles andere eine Symptombekämpfung und keine Ursachenbekämpfung ist. *(Abg Dr Matthias Tschirf: An welchem europäischen Beispiel? An welchem bitte?)* Ich muß die Grundlagen für eine funktionierende Wirtschaft schaffen! *(Abg Johannes Prochaska: Sie sollen uns ein Beispiel sagen!)* Die Grundlagen für eine funktionierende Wirtschaft muß man schaffen und dann kann ich davon ausgehen, daß es ... *(Abg Dr Matthias Tschirf: Welches europäische Beispiel bitte? Welches? Bitte welches?)* - *Abg Johannes Prochaska: Sie brauchen nur ein Beispiel zu sagen! Sagen Sie doch ein Beispiel! Sagen Sie doch eines!)* Ich kann Ihnen das Buch schenken, da stehen sehr viele internationale Beispiele drinnen. *(Beifall beim Liberalen Forum.)* Sie können es ja nachlesen. Ich meine, ich bin ehrlich gesagt nicht dazu da, der ÖVP wirtschaftspolitische Nachhilfe zu geben *(Heiterkeit beim Liberalen Forum.)*, denn daß die ÖVP keine Wirtschaftspartei, sondern maximal eine Wirtschaftsfunktionärpartei ist, das wissen eh alle! *(Aufregung bei der ÖVP. - Beifall beim Liberalen Forum.)*

Schauen Sie sich einmal an, welche Entwicklung Irland genommen hat. Schauen Sie sich an, welche Entwicklung Neuseeland genommen hat. Und wenn wir von den Städten reden, dann schauen Sie sich Tilburg an. Schauen Sie sich in Deutschland Detmold an. Es gibt genug Beispiele! Wenn man sich die Mühe macht, sich damit auseinanderzusetzen, einmal über den Tellerrand zu schauen, dann wird man auch feststellen, daß man eine vernünftige Wirtschaftspolitik machen kann. Aber ich sehe, Ihr wilder Abgeordneter,

der Herr Neuhuber, sitzt unglücklich da hinten und muß sich das anhören, was Sie in der ersten Reihe verzapfen. *(Abg Johannes Prochaska: Sie sind ärmlich! Sie sind wirklich ärmlich! - Beifall und Heiterkeit beim Liberalen Forum.)* Gott sei Dank, darf er wenigstens reden. Wir werden das genau verfolgen, ob er in Zukunft auch noch reden darf *(Abg Johannes Prochaska: Sie können ja selbst nicht mithalten!)*, nachdem er heute etwas Gescheites gesagt hat. Aber leider ist er der einzige bei Ihnen, der etwas Gescheites sagt und leider ist er nicht *(Abg Johannes Prochaska: Sie sind uns das Beispiel schuldig!)* in einer Position, wo er das umsetzen kann. *(Abg Johannes Prochaska: Sie sind uns das Beispiel schuldig! Das müssen wir selbst finden! - Abg Dr Matthias Tschirf: Ja, das müssen wir selbst suchen! - Abg Johannes Prochaska: Ja, das müssen wir selbst finden, weil Sie es nicht sagen wollen! Wirklich!)* Ich finde das wirklich entlarvend *(Abg Johannes Prochaska: Wirklich?)*, sich Ihre Wortmeldungen anzuhören, die Qualität und das Niveau der Zwischenrufe aus den ÖVP-Bänken. Ich hoffe, daß die alle im Protokoll festgehalten werden. *(Aufregung bei der ÖVP. - Abg Johannes Prochaska: Wie man in den Wald hineinruft, so hallt es wider!)* Sie strotzen von ... *(Abg Johannes Prochaska: Wie man in den Wald ruft, so hallt es wider!)* Ja, ich habe gar nicht von Ihnen gesprochen, ich habe über wirtschaftspolitische Maßnahmen gesprochen, aber wenn Sie sich *(Abg Johannes Prochaska: Nein, Sie haben uns beschimpft! Sie haben uns einfach beschimpft!)* davon betroffen fühlen, dann wird das schon seinen Grund haben. *(Abg Johannes Prochaska: Ach so!)* Ihre Partei ist in der Regierung. Ihre Partei hat all diese Dinge zu verantworten, also darf man nicht so empfindlich sein. Wenn Sie Kritik nicht aushalten *(Abg Johannes Prochaska: Sie auch nicht!)*, dann müssen Sie den Beruf wechseln. *(Abg Johannes Prochaska: Sie auch nicht!)* Ich halte Kritik sehr gut aus, aber ich schätze Unhöflichkeiten und fleghaftes Benehmen nicht. *(Abg Johannes Prochaska: Dann tun Sie es nicht! Dann tun Sie es nicht! - Beifall beim Liberalen Forum. - Abg Mag Christoph Chorherr: Benimm dich, Herr Prochaska! Benimm dich! - Abg Johannes Prochaska: Ja, Herr Oberlehrer! - Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Wenn sich die Herren in den ÖVP-Bänken beruhigt haben, möchte ich noch auf einen wesentlichen Punkt eingehen, was diesen Stabilitätspakt betrifft, denn hier geht es darum, in welcher Höhe die Verschuldungsgrenze angesetzt wird.

Präsident Johann Römer *(unterbrechend)*: Entschuldigen Sie, daß ich Sie unterbreche, Frau Magister. Darf ich um ein bißchen mehr Ruhe bitten. Es ist sogar für mich schwer, der Rednerin zu folgen. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Ein bißchen etwas zum Stabilitätspakt! Ein bißchen etwas zum Stabilitätspakt! - Weitere Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Abg Mag Gabriele Hecht *(fortsetzend)*: Ja, Frau Stadträtin, ich weiß schon, daß es Ihnen schwerfällt, sich das anzuhören, aber der Punkt ist wirklich der,

daß hier die Verschuldungsgrenze für die Länder mit 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts festgelegt wird. Es ist die Aufteilungsquote 90 Prozent Bund und 10 Prozent Länder, und der Richtwert der EU sind die 3 Prozent insgesamt, das heißt, es wird der maximale Referenzwert für die Länder ausgeschöpft. Hier ist leider aus allen Aussagen, die heute getätigt wurden, die Bestätigung zu erfahren gewesen, daß überhaupt kein Konzept dahintersteht und man das damit begründet hat, daß die Gemeinden in diesem Land das Investitionsvolumen tragen, was auf der einen Seite verständlich ist, auf der anderen Seite aber extra nicht als eine Bedingung hineingeschrieben wurde, denn wenn ich sage, ich gebe den Gemeinden deshalb den maximalen Verschuldungsspielraum, weil sie Investitionen tätigen sollen, dann kann ich das auch damit junktimieren. Dann hätte man das in diese Vereinbarung hineinschreiben können. Daß man es nicht getan hat, das habe ich heute deutlich an Ihren Ausführungen erkennen können. Das hat man deshalb nicht getan, weil Sie sich natürlich diesen Spielraum nicht nehmen lassen und es natürlich das Bequemste ist, wie man das in den letzten Jahren schon gesehen hat. Wenn es budgetär knapp wird, dann spart man nicht, dann schaut man nicht, wie man die Verwaltung effizienter gestalten wird, dann werden auch alle Aussagen des Unternehmensberater, wo Einsparungen möglich sind, bereits relativiert. Und da muß man auch sagen, daß bei dieser Organisationsanalyse des Magistrats nur ein kleiner Bereich untersucht wurde. Da geht es ja nicht um das gesamte Einsparungspotential, das in Wien vorhanden ist. Das ist ja um ein Vielfaches höher. Aber das wollen Sie ja gar nicht, weil das wäre der unbequeme Weg. Der bequeme Weg ist, auf der einen Seite Gebühren und Abgaben zu erhöhen und auf der anderen Seite Investitionen zu senken.

Liebe Frau Stadträtin, das ist genau der Weg, wie es mit dem Wirtschaftsstandort direkt nach unten geht. Das ist nicht das richtige Management, das wir uns für Wien vorstellen. Wir verlangen für Wien ein besseres Management und deswegen werden wir diesem Stabilitätspakt nicht zustimmen! *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Chorrherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph Chorrherr (GRÜNE): Meine Damen und Herren!

Schon beim Begriff Stabilitätspakt habe ich das Gefühl, da fühle ich mich besonders herausgefordert, denn wenn man sich so manches im Haus anschaut, dann ist es ja so, daß der wirkliche Garant einer nachhaltigen Stabilität für Wien ausschließlich die GRÜNEN sind. Vor allem dieses Hickhack, das da passiert, wenn ich mir bei der Frau Hecht die Zwischenrufe anhöre, und sie so ein bißchen den Anspruch erhebt, Zensuren zu verteilen, dann frage ich mich beim Kollegen Prochaska, ob die Betragensnote oder die Note Fleiß geringer ausschaut, aber das werden wir dann

ein bißchen später diskutieren, oder beim Stabilitätspakt, wo ich nur kurz die Bundesebene auf die europäische Ebene ansprechen möchte, wo einer der Gründe unserer Kritik liegt.

Es gibt keinen Bereich der Europäischen Union, wo es so harte Sanktionen gibt wie im Bereich des Stabilitätspakts und der Haushaltsführung. Jetzt haben wir einen mehr oder weniger gescheiterten Gipfel hinter uns, wo außer Worthülsen nicht viel vereinbart wurde. Aber verbal sind sich in Europa alle einig: Beschäftigung muß Priorität haben. Dort, wo es aber um die Sanktionen geht, sind ausschließlich bei der Haushaltsführung Sanktionen vereinbart. Im Bereich der Beschäftigungspolitik liegt nicht nur keine europäische akkordierte Beschäftigungspolitik vor, geschweige denn, daß Sanktionen vereinbart sind. Hier ist meine zentrale Kritik am Stabilitätspakt auf europäischer Ebene. Nicht, daß es prinzipiell richtig ist, Haushalte zu sanieren, auch aus verteilungspolitischen Gründen. Wem nützen denn langfristig hohe strukturelle Defizite? - Also eine brutalere Umverteilungsmaschinerie zu Gunsten derer, die große Finanzanlagen haben können, gibt es ja kaum, als strukturell überschuldete Haushalte, eine Umverteilungsmaschinerie vom Staat hin zu den obersten Einkommensgruppen. Schon aus dem Grund meine ich, muß man Haushalte sanieren und trotzdem die Flexibilität bewahren, um dann, wenn es aus konjunkturellen Gründen notwendig ist, gegensteuern zu können. Wichtiger wäre mir aber, daß in der Beschäftigungspolitik und in der Umweltpolitik nur annähernd so strenge Konsequenzen vereinbart wären, wie im Bereich des Stabilitätspakts.

Jetzt will ich hier nicht die rechnerische Verteilung diskutieren, sondern ich will mir ein bißchen die Punkte anschauen, wo Wien etwas zur Stabilität unserer Beschäftigungspolitik beitragen könnte und da sind wir natürlich bei der Wiener Finanzpolitik.

Punkt 1: Meistens kommen zu Ihnen, Frau Stadträtin, Oppositionspolitiker und -politikerinnen, die für ihre jeweiligen Schwerpunkte mehr Ausgaben wollen. Ich machte Ihnen jetzt einen Vorschlag, der beschäftigungspolitisch sinnvoll ist und der Ihnen hilft, jährlich rund eine halbe Milliarde einzusparen. Es geht um die Finanzierung des Garagenbaus in Wien und ich rede jetzt nicht über die Garagenförderung. Ich möchte aus Stabilitätsgründen über die Wohnbauförderung reden, über einen kleinen Zwei- oder Dreizeiler im Bereich des Wohnbaus, der vorschreibt, daß zu jeder neu errichteten Wohnung eine Garage errichtet werden muß. Bei uns häufen sich die Beschwerden der Wohnbauträger, gemeinnütziger, privater, roter und schwarzer - ich denke bei Ihnen auch -, die folgendes sagen: In weiten Bereichen, die nicht innerstädtisch sind, haben wir bei diesen Garagen Leerstedungsraten von 50 bis 70 Prozent und sind bereits so weit, daß wir die Errichtungskosten der Garagen schrittweise auf die Wohnungen überwälzen müssen, weil selbst mit extrem niedrigen monatlichen Mietraten von nur 600 S dort niemand in die Garage hineinfährt.

Frau Stadträtin! Eine Kopfrechnung ergibt, daß jedes Jahr 400 Millionen S aus der Wohnbauförderung zur Unterstützung des Garagenbaus für die eins zu eins Regelung herangezogen werden. Wir haben leerstehende Katakomben, vor allem am Stadtrand, aufgrund einer unflexiblen, starren eins zu eins Regelung. Wir schlagen vehement vor, um Stabilitätsziele einzuhalten, um sinnlose öffentliche Ausgaben zu reduzieren, von dieser strikten und starren eins zu eins Regelung abzugehen. Ich halte es für durchaus sinnvoll, daß im innerstädtischen Bereich - was ja jetzt schon passiert - eins zu eins errichtet wird. Darüber hinaus muß ich das aber nicht vorgeben, das passiert ohnehin. Aber in Lagen, wo kein kurz- und auch kein mittelfristiger Bedarf da ist, sind keine derartigen Ausgaben vorzunehmen. Wir investieren hier einige Milliarden Schilling völlig sinnlos mit der Konsequenz, daß Wohnbauträger - und ich werde mir erlauben, Ihnen einmal die Unterlagen zukommen zu lassen - das auf die Mieten überwälzen, von den Betriebskosten ganz zu schweigen.

Da sind wir jetzt radikale Marktwirtschaftler und sagen: Weg mit der Regulierung, es lebe der freie Markt! Weg von einer eins zu eins Regulierung! Jeder Wohnbauträger weiß gerade jetzt selber, wo wir Gott sei Dank wieder einen Käufer- und keinen Verkäufermarkt haben, wie er seine Wohnungen vermarkten will und vermarkten kann. Es werden im innerstädtischen Bereich weiterhin entsprechend Garagen errichtet werden, auch ohne Vorgaben, aber im Stadtrandbereich meinen wir, völlig darauf verzichten zu können, das zu regulieren, sondern das letztlich freizuhalten und Ihnen, Frau Stadträtin, damit 400 Millionen S zu ersparen.

Die Anfrage, die dankenswerterweise beantwortet wurde, weist einen zweiten Bereich aus, und das ist die allgemeine gewerbliche Garagenförderung, wo auf unsere Frage, wie hoch die Rücklagen aus dieser Garagenförderung sind, die Zahl drinnensteht, daß es mehr als 250 Millionen S sind. Also wenn man den Stabilitätspakt will - man wird ihn nicht nur durch diese Punkte erreichen -, dann sieht man, daß es auch um strukturkonservative Ausgabenbereiche geht, wo es nicht um ein paar wenige Millionen, sondern um Milliarden geht, die umzusetzen wären, und hier könnte man rasch Mittel einsparen.

Als jemand, der aus sozialpolitischen Gründen sehr für eine Wohnbauförderung und auch für eine Objektförderung eintritt, sage ich auch ganz laut und deutlich: Solange derart hohe sinnlose Ausgaben in der Wohnbauförderung drinnen sind, werden auch wir uns dafür aussprechen, daß es hier durchaus Straffungsmöglichkeiten gibt. Solange die Wohnbauförderung in Wien soviel Geld hat, um leerstehende Garagen zu finanzieren, meinen wir, daß es auch sinnvoll sein kann, die eine oder andere Kürzung bei der Wohnbauförderung vorzunehmen.

Punkt 2: Maßnahmen, die Sie auf Bundesebene vorschlagen sollten oder unterstützen sollten: Das ist

der ganze Bereich Maut und Lkw-Verkehr. Sie hätte bereits 1998 kommen sollen, dann 1999, dann im Jahr 2001 und die jüngste Zahl heißt 2002 Road Pricing auf Autobahnen für Lkw. Warum nicht schneller? Warum nicht die wirksamste Maßnahme zur Entlastung der defizitären ÖBB vornehmen, indem man einfach die Kosten des Lkw-Verkehrs entsprechend nach oben anpaßt? - Das würde sofort signifikant öffentliche Haushalte entlasten und genau das soll der Stabilitätspakt auch tun: Lenkungspolitisch sinnvolle Beiträge leisten und auch Einnahmen in Milliardenhöhe bringen.

Wichtiger Punkt, Frau Stadträtin: Kämpfen Sie dafür, kämpfen Sie dafür, daß vor 2002 in Österreich eine Maut eingeführt wird. Und bitte benützen wir nicht immer den Begriff des "europäischen Gleichklangs" als Ausrede für das europäische Hinausschieben. Jede sinnvolle Maßnahme wird hinausgeschoben.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr wichtig ist und hinsichtlich dessen ich durchaus nicht parteipolitisch, aber politisch meine sehr positive Wertschätzung ausdrücken möchte, ist die Politik vor allem des Bürgermeisters, aber ich glaube, aller Stadträte und Stadträtinnen in ihrer grundsätzlichen Haltung zur Osterweiterung.

Ich glaube auch, daß man aus Gründen der Stabilität der Haushalte nicht laut genug sagen kann, was zwar Wirtschaftsforscher argumentieren, was aber im Bauch der Menschen, im Gefühl der Menschen nicht ausreichend gelandet ist: Wenn es eine Region gibt, die durch die Osterweiterung der Europäischen Union beschäftigungspolitisch, aber auch fiskalpolitisch - als GRÜNER füge ich hinzu, auch umweltpolitisch - profitieren würde, dann ist das die Region Wien durch eine rasche Erweiterung der Europäischen Union, um auch dort Investitionen landen zu lassen, die unerwünschten übergroßen Wanderungsbewegungen entgegenwirken.

Darum auch aus Stabilitätsgründen ein klares Bekenntnis zur Osterweiterung und der Aufruf an uns alle, uns hier nicht von Ängsten treiben zu lassen, sondern Fakten entgegensetzen und damit zu werben - durchaus egoistisch -, welche Vorteile gerade die Region Wien in diesem Bereich hat.

Zusammengefaßt: Es gibt sowohl einnahmenseitig als auch ausgabenseitig eine Reihe von Maßnahmen, die zur Stabilisierung der Haushalte in Wien und in Österreich beitragen können. Schon in der Aktuellen Stunde wurde gesagt, daß ein Eckpunkt eine entsprechende Energiebesteuerung ist. Auch da will ich mich nicht auf die Europäische Union ausreden, sondern Sie, Frau Stadträtin, darauf verweisen, welche mutig hohen Energiebesteuerungen zum Beispiel Schweden und Dänemark bereits heute vorgenommen haben, die keine negativen Auswirkungen gezeigt haben.

Und um diese Politik der Stabilität weiterzuführen, werden wir weiterhin die Stabilitätspartei des Wiener Landtags sein. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner

ist Herr Abg Dr Tschirf gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Frau Stadträtin! Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zuerst auf einige Themen, die hier angesprochen worden sind, eingehen.

Das erste: Ich habe mit großer Verwunderung gehört, daß dem Liberalen Forum nicht klar ist, daß die Frage eines einheitlichen Steuersystems ein ganz essentielles europäisches Thema ist. Ich glaube auch, daß vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Ressourcen eine Verschiebung vorgenommen werden soll, aber das kann nur im europäischen Gleichklang erfolgen. Und wenn Sie Irland als Beispiel genannt haben, dann ist das ein Beispiel, auf das man eigentlich warten hätte müssen, um es zu entgegnen.

Irland ist ein Nettoempfängerland, Irland lebt eben aufgrund einer gewissen strukturellen Situation, die beim Beitritt im Jahr 1973 gegeben war, und Irland nutzt eine Nischenfunktion mit relativ niedrigen Steuern, um Industrieunternehmungen ins Land zu bringen. (Abg Mag Gabriele Hecht: *Es hat aber schon eine schlechte Ausgangslage gehabt oder nicht?*) Ich glaube nicht, daß alle in der Nischenfunktion von Irland leben können, sondern es hat nur dann einen Sinn, wenn man europäisch gemeinsam auftritt. Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen gehört eben ein einheitliches Steuersystem, um als Europa auch mitspielen zu können.

Genauso bin ich der Ansicht, daß wir sicherlich auch in Richtung Osterweiterung Bemühungen setzen müssen, daß wir hier eben nicht jene Engstirnigkeit an den Tag legen dürfen, wie das etwa die Freiheitlichen zu diesem Thema immer tun.

Meine Damen und Herren! Ich möchte dann noch auf etwas eingehen, weil das in der Diskussion gefallen ist: Daß auf diesem europäischen Gipfel nichts geschehen sei. Es waren die österreichischen Vertreter - also sowohl der Bundeskanzler als auch der Außenminister -, die bereits in Luxemburg beim Gipfel 1997 das Thema Beschäftigung gebracht haben. Aufgrund dessen sind ja diese Beschäftigungsprogramme der europäischen Länder überhaupt erarbeitet worden. Das heißt, das ist tatsächlich von Österreich ausgegangen. Und ich glaube, daß auf diesem Gipfel in Wien nicht nur das besprochen wurde, sondern sehr wohl auch einige Fragen der finanziellen Rahmenbedingungen, etwa auch die Frage der Gerechtigkeit der Verteilung der Beiträge zur EU.

Weil hier immer wieder von den verschiedenen Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik gesprochen wird und weil man auch Keynes heranzieht: Das Problem ist nur, daß wir bei Keynes heute deshalb Schwierigkeiten haben, weil Keynes von einer antizyklischen Wirtschaftspolitik ausgeht und die eben nur dann gegeben ist, wenn eine entsprechende wirtschaftliche Stabilität vorliegt. Und genau das müssen wir erzielen, um auch wieder Kraft für Investitionen zu haben.

Genauso wie es notwendig ist, danach zu trachten, daß nicht durch eine gegenseitige Niederkonkurrenzierung der Steuersysteme in Europa ebenfalls die Kraft für Investitionen verlorenggeht. (Abg Mag Gabriele Hecht: *Ist die ÖVP jetzt Keynes-Anhänger geworden?*)

Wenn man sich genau ansieht, was Keynes wirklich meint, nämlich antizyklisch vorzugehen, hat das in bestimmten Zeiten durchaus seine Berechtigung. Die späten sechziger Jahre waren etwa eine solche Zeit. Damals gab es einen Finanzminister Stephan Koren, da gab es in Deutschland zum Beispiel einen Finanzminister Strauß, da gab es sehr wohl konservative Politiker, die gezeigt haben, wann Keynes anzuwenden ist und wann nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Stabilitätspakt ist im Zusammenhang mit dem Konsultationsmechanismus zu sehen. Wir glauben, daß das ein ganz wesentlicher Schritt ist, ein Schritt, der auch im Zusammenhang mit der Bundesstaatsreform steht, die kommen mußte und die eine vernünftige Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern vorsehen mußte. Das würde nicht nur Veränderungen im legislatischen Bereich bedeuten, sodaß wir nicht mehr Verfassungsbestimmungen hätten, die auf mehr als 300 Verfassungsgesetze verteilt sind, sondern vor allem auch eine Verwaltungsreform, eine Reform dahingehend, wie viele Instanzen wir haben, was in welchem Bereich zu geschehen hat, wie mittelbare Bundesverwaltung in Zukunft auszusehen hat.

Da ist tatsächlich eine Aufgabenreform enthalten und das sollten wir angehen. Ich würde mich freuen, wenn das Liberale Forum auch auf Bundesebene diesen Teil der Aufgabenreform mittragen würde.

Wir haben mit diesem Stabilitätspakt einen wichtigen Schritt gesetzt und ich glaube, daß wir Stabilität für die Wirtschaft in Europa und für die Wirtschaft in Wien und damit für die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für eine entsprechend erfolgreiche Arbeit im nächsten Jahrtausend schaffen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg Dr GÜNTHER das Wort.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor einigen Monaten haben wir hier den Konsultationsmechanismus beschlossen, einen Mechanismus, der feststellt, daß derjenige, der anschafft, auch bezahlt. Und das war vernünftig. Dieser Konsultationsmechanismus ist aber in der Abschlußbestimmung des Stabilitätspakts an eben diesen Stabilitätspakt gebunden, der uns heute vorliegt. Der Bund hat bei diesem Stabilitätspakt durchaus seine Kraft eingesetzt und die Länder und Gemeinden auch in gewisser Weise erpreßt. Das sehen Sie schon bei der Aufteilung von 90 Prozent Bund und 10 Prozent Länderanteil und das sehen Sie auch bei den Sanktionen, die jetzt vorliegen.

Wie kam es überhaupt zu den 3 Prozent? - Maastricht hat bestimmt, daß diejenigen Länder, die

am Euro teilnehmen, höchstens eine Neuverschuldung von 3 Prozent haben dürfen. Das haben sich jetzt die elf Länder mit Zähnen und Klauen erkämpft. Es haben die Länder und Gemeinden ihre 0,3 Prozent eingehalten und auch dem Bund ist es gelungen, seine 2,7 Prozent einzuhalten.

Das Problem ist, daß wir heute eine Aufteilung haben, die genau feststellt, wie das bei einer Neuverschuldung von 3 Prozent zu erfolgen hat. Maastricht legt aber auch fest, daß 3 Prozent die höchste Neuverschuldung ist und daß geplant ist, das bis auf Null herunterzusenken. Davon geht dieser Stabilitätspakt jedoch nicht aus. Einzig und allein in einer einzigen Bestimmung sieht man, daß es auch eine Senkung geben könnte, nämlich da, wo festgestellt wird, daß, wenn es eine Veränderung nach unten gibt, der Anteil der Länder und Gemeinden bei 0,3 Prozent stehenbleibt.

Interessant an dem ganzen Stabilitätspakt ist, daß über die Haushaltskoordinierung durchaus genaue Aufteilungen in dem Stabilitätspakt geregelt werden. Hierbei hat sich auch der Städtebund seine Spuren verdient und die Interessen der Städte vertreten.

Das einzige, wo man sich wirklich schamhaftest zurückgehalten hat, ist der Artikel 2, und zwar die mittelfristige Ausrichtung der Haushaltsführung. Bis vor wenigen Jahren hat es in Wien noch eine mittelfristige Finanzplanung gegeben und es sind uns die Pläne auch vorgelegt worden. Seit StR Ederer gibt es das leider nicht mehr und anscheinend hat sie sich auch beim Stabilitätspakt durchgesetzt, denn da steht jetzt drinnen: "Bund, Länder und Gemeinden haben die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung sicherzustellen." Was heißt das? - Das wird nicht mehr ausgeführt und man läßt es hier sehr, sehr weich stehen.

Bei der Sitzung der Geschäftsleitung des Städtebundes, einen Tag vor der Abschlußbesprechung über den Stabilitätspakt, hat der damalige Chefverhandler, Herwig van Staa, gesagt: Das ist ein Vorschlag. Wir haben morgen die Schlußverhandlung, da werden wir unsere Vorstellungen noch einmal einbringen. Was ist passiert? - Am nächsten Tag war Herwig van Staa nicht da. Vertreten wurde er durch die Wiener Finanzstadträtin Ederer und der Satz ist so, wie er jetzt drinnensteht, schon vorher dagestanden und ist so stehen geblieben.

Hier, Frau Stadträtin, haben die Länder und Gemeinden wirklich versagt, hier hat man nicht gewollt, daß eine mittelfristige Finanzplanung, die auch den Ländern und Gemeinden und den gewählten Organen in den Ländern und Gemeinden die Möglichkeit der Überprüfung gegeben hätte, aufgenommen wird. Durch diese Bezeichnung, von der niemand genau weiß, wie sie tatsächlich durchgeführt werden sollte, wird praktisch sowohl den Ländern und Gemeinden, aber auch dem Bund ein Persilschein ausgestellt, indem eben dargestellt wird, wie er weiterhin seine Finanzen plant. Es ist aber unüberprüfbar und in keiner

Weise einsichtig, wie es in einem langfristigen Projekt ablaufen sollte.

Dies ist einer der Hauptkritikpunkte, die uns dazu bringen, dem Stabilitätspakt nicht unsere Zustimmung zu erteilen. Denn wir haben hier einen Pakt, der auf zum Teil falschen Kriterien aufbaut, nämlich der Neuverschuldung von 3 Prozent und nicht darunter geht, und der bezüglich der mittelfristigen Planung für die nächsten Jahre keinen Überblick bietet. Deshalb werden wir dem Stabilitätspakt nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Frau Berichterstatterin hat das Schlußwort.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte **Ederer** Danke, Frau Präsidentin!

Herr Klubobmann Chorcherr ist nicht da, ich wollte ihm nur mitteilen, daß die Welt nicht so eine einfache ist. Seine Sparvorschläge, die er dankenswerterweise eingebracht hat, sind leider nicht Maastricht-relevant weil die Wohnbauförderung einen eigenen Kreislauf darstellt und daher Einsparmaßnahmen dort nicht wirklich Maastricht-relevant sind. Ich will das aber lassen und werde ihm das vielleicht persönlich erklären.

Ich wollte noch zwei Bemerkungen dazu machen. Ich halte sehr viel davon, daß man Budgetpunkte an Wirtschaftsinstrumentarium sieht, das heißt es hat sich sehr viel von antizyklischer Budgetpolitik. Ich habe nichts davon, daß man jetzt sagt, es darf nie zu einer verstärkten Verschuldung kommen. Es gibt wirtschaftliche Entwicklungen, wo man natürlich das Budget auch als Konjunkturmotor einsetzen muß. Aber letztendlich und insgesamt ist es notwendig, daß man die Verschuldung in Grenzen hält, nicht zuletzt aufgrund des verteilungspolitischen Arguments. Denn je größer die Verschuldung ist, desto mehr gewinnen jene, die Finanzanlagen tätigen, weil sie damit Zinsen lukrieren und ihnen so ein zusätzliches Einkommen ermöglicht wird.

Das heißt, eine begrenzte Verschuldung im langen Weg ist notwendig. Dieser Stabilitätspakt ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich alle Gebietskörperschaften in diesem Land an einer beschränkten Verschuldung orientieren. Es ist meiner Meinung nach möglich, wenn die wirtschaftliche Entwicklung halbwegs so wie in den letzten Jahren ist, daß auch weiterhin Investitionen stattfinden können, Frau Abg Hecht.

Ich habe heute früh nicht gesagt, daß ich Investitionen kürzen möchte und daß das eine Freude für mich ist, sondern ich habe gemeint, daß es natürlich einen gewissen Topf gibt, und wenn andere Maßnahmen gesetzt werden und der Topf sozusagen aufgrund gesetzlicher Vorgaben stärker ausgeräumt wird, aufgrund anderer Regelungen, dann ist für Investitionen weniger Geld vorhanden. Aber es macht mir keinen Spaß, sondern dann ist immer noch darüber nachzudenken, ob es nicht kreative Lösungen in anderen

Bereichen gibt, um das Investitionsniveau aufrechtzuerhalten und damit letztendlich Beschäftigung zu sichern.

Ich bitte Sie, dieser vorliegenden Unterlage aus den genannten Gründen zuzustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dieser Vereinbarung die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Beschluß- und Resolutionsantrag, eingebracht vom Liberalen Forum. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Postnummer 2. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem Bestimmungen über die Zuweisung von Bediensteten der Gemeinde Wien erlassen (Wiener Zuweisungsgesetz) und das Wiener Personalvertretungsgesetz (3. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz), die Wiener Stadtverfassung und das Gebrauchsabgabengesetz 1966 geändert werden (Wiener Stadtwerke - Umstrukturierungsgesetz).

Ich bitte die Berichterstatterin, Frau amtsf StR Mag Brauner, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu den schon referierten Gesetzen.

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Gemäß § 30 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Daher werde ich so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Kreißl. Ich erteile es ihm.

Abg Michael **Kreißl** (FPÖ): Frau Präsidentin! Frau Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir werden diesem Zuweisungsgesetz unsere Zustimmung erteilen, zumal das Unternehmen "Stadtwerke" damit zumindest mittelfristig verpflichtet ist, die betroffenen Bediensteten nicht schlechter zu stellen. Ich gebe in diesem Zusammenhang der Hoffnung Ausdruck, daß das in den nächsten Jahren in dieser Richtung nicht in eine Frühpensionierungswelle ausarten wird, wie ich das teilweise aus der Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters in der gestrigen Fragestunde herausgehört habe.

Wir verlangen allerdings die getrennte Abstimmung dieser vier Gesetzesmaterien, denn was wir bei diesem Gesetz bekritteln, ist die Tatsache, daß in diesen Gesetzesentwurf still und leise eine Änderung der Stadtverfassung hineingenommen wurde, und zwar

dahingehend, daß der § 71 so geändert wird, daß maßgebliche Kompetenzen des Stadtsenats an den Bürgermeister übertragen werden. Ich wundere mich sehr, daß die ÖVP als Regierungspartner dem zustimmt, daß man ihr Kompetenzen wegnimmt und in die alleinige Verantwortung der SPÖ, in diesem Fall der Bürgermeisterpartei, hineinreklamieren läßt.

Aus diesem Grund bringen wir einen Abänderungsantrag ein, denn im Rahmen des Wiener Stadtwerke - Umstrukturierungsgesetzes wird unter Artikel III die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien geändert. § 71 Abs. 3 Z 4a überträgt dem Bürgermeister die Bestellung des Direktors der Unternehmung, bei in Teilunternehmungen gegliederten Unternehmungen des Generaldirektors und der Direktoren der Teilunternehmungen.

Bisher war für diese Bestellungen der Stadtsenat zuständig. Damit wird ohne Zusammenhang mit der Stadtwerke-Umstrukturierung und somit ohne anlaßbezogene Notwendigkeit eine bedeutende Kompetenzeränderung vollzogen. Für die Ausschaltung des Stadtsenats sind keine sachlich begründeten Argumente anzuführen. Die offensichtlich als störend empfundene Kontrolle und Mitsprache der im Stadtsenat vertretenen Oppositionsparteien wird somit bei wichtigen Entscheidungen mit legislativen Mitteln ausgeschaltet.

Zur Sicherung demokratischer Mitbestimmungs- und Kontrollrechte stellen die gefertigten Landtagsabgeordneten daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 30 d Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Landtag der Stadt Wien folgenden Abänderungsantrag:

Der § 71 Abs. 3 Z 2 der Wiener Stadtverfassung wird um folgenden Punkt c erweitert:

"c) Die Bestellung des Direktors der Unternehmung, bei in Teilunternehmungen gegliederten Unternehmungen des Generaldirektors und der Direktoren der Teilunternehmungen, auf Antrag des Magistratsdirektors."

§ 71 Abs. 3 Z 4a der Wiener Stadtverfassung wird ersatzlos gestrichen.

Dadurch wäre gewährleistet, daß diese Kompetenz weiter beim Stadtsenat verbleibt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Absicherung der Arbeitnehmer, ja, aber für eine Verfassungsänderung zur weiteren Stärkung der sozialistischen Alleinherrschaft in dieser Stadt gibt es von der FPÖ keine Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Frau Berichterstatterin das Schlußwort.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben die inhaltliche Debatte über dieses Thema in Wirklichkeit schon geführt. Wir haben hier ein Paket von Maßnahmen, die natürlich nicht getrennt voneinander gesehen werden können, aus dem

man auch nicht einzelne Punkte herausgreifen kann. In diesem Sinne schlage ich auch vor, daß der Abänderungsantrag nicht in dieser Form beschlossen werden soll.

Ich denke, daß hier Maßnahmen gesetzt wurden, die drei Dinge einheitlich behandeln und vereinen, nämlich einerseits die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Auge zu behalten, andererseits ein Unternehmen wettbewerbsfähig zu machen und längerfristiges Überleben zu sichern und zum dritten auch energiepolitische gesamtwirtschaftliche Überlegungen auf eine positive Art und Weise zu beeinflussen.

In diesem Sinne denke ich, daß ein sehr wohlüberlegtes Gesamtkonzept, von dem einzelne Punkte nicht zu trennen sind, vorliegt, und ich bitte, den vorliegenden Bestimmungen und den entsprechenden Anträgen und Gesetzen zuzustimmen.

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Zunächst lasse ich über den Abänderungsantrag, der soeben von der FPÖ eingebracht wurde, abstimmen. Er ist auch genügend unterstützt.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Abänderungsantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit. Der Antrag findet keinen Eingang in die Gesetzesvorlage.

Wir kommen nun zur getrennten Abstimmung. Es wurde die Abstimmung mit Ausnahme des Artikels III verlangt, der die Änderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien betrifft.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dieser Gesetzesvorlage mit Ausnahme des Artikels III die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so angenommen. (*Abg Mag Gabriele Hecht: Einstimmig war das nicht!*) Ohne das Liberale Forum (*Abg Susanne Jerusalem: Und ohne GRÜNE!*) und ohne GRÜNE. Das ist mit Stimmenmehrheit so angenommen.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die dem Artikel III der Wiener Stadtverfassung ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich nun die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 3. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1994 (10. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (5. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), die Pensionsordnung 1995 (5. Novelle zur Pensionsordnung), das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1995 (4. Novelle zum Ruhe- und

Versorgungsgenußzulagegesetz 1995), das Wiener Bezügegesetz 1995, die Dienstordnung 1994 (6. Novelle zur Dienstordnung 1994), das Wiener Personalvertretungsgesetz (4. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz) und das Wiener Gleichbehandlungsgesetz (1. Novelle zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz) geändert werden.

Ich bitte die Frau Berichterstatterin, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate **Brauner**: Ich erspare mir auch hier die Wiederholung der Gesetze, die schon referiert wurden, und bitte nur um Ihre Zustimmung.

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Da mir hierzu keine Wortmeldung vorliegt, erkläre ich die Verhandlung für geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sogleich die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 5. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Regelung des Veranstaltungswesens (Wiener Veranstaltungsgesetz) geändert wird.

Der Berichterstatter ist Herr amtsf StR Dr Marboe. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Dr Peter **Marboe**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es liegt der Entwurf eines Gesetzes vor, mit dem das Gesetz über die Regelung des Veranstaltungswesens (Wiener Veranstaltungsgesetz) geändert wird.

Meine Damen und Herren! Die Novelle zum Wiener Veranstaltungsgesetz soll in einigen wichtigen Punkten Verbesserungen bringen, und zwar insbesondere im Zusammenhang mit dem Tierschutz, in bezug auf das Fiakerwesen, in bezug auf die Betriebssicherheit, insbesondere bei Ballveranstaltungen, sowie der notärztlichen Versorgung bei Großveranstaltungen.

Außerdem, meine Damen und Herren, wird mit diesem Gesetz EU-Normen entsprochen, die umzusetzen sind.

Noch ein Wort zu den Spielautomaten. Wie Sie wissen, sind die ursprünglich im Entwurfstext enthaltenen Änderungen, betreffend Spielautomatenbestimmungen im Hinblick auf die sachlichen Berührungspunkte zum Allparteien-Initiativantrag vom 28. April 1998 und aufgrund des zum Thema Spielautomaten eingesetzten Unterausschusses, aus der gegenständlichen Novelle wieder herausgenommen worden. Die Spielautomatenbestimmungen werden daher noch

einer gesonderten Regelung unterzogen werden.

Ich ersuche somit um Annahme der vorliegenden Veranstaltungsgesetznovelle 1998 in der vom Ausschuß "Kultur" beschlossenen Fassung.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenlegen. Wird gegen die Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Ich darf die Debatte eröffnen. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Smoliner. Ich erteile es ihm.

Abg Marco Smoliner (*Liberales Forum*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Vorweg: Wir werden dieser Vorlage zustimmen. Wir werden ihr nicht deshalb zustimmen, weil sie ein besonders visionäres Konzept für eine zeitgemäße Regelung des Veranstaltungswesens wäre, denn das ist sie leider noch nicht, wir werden ihr aber zustimmen, weil sie einige vernünftige Änderungen in diese Richtung enthält, so zum Beispiel die Verankerung des Tierschutzgedankens und auch eine durchsetzbare Tierschutzbestimmung für die Fiaker, die ja als Kulturerbe und als unentbehrliches Kulturgut Wiens gelten, wozu wir uns auch bekennen. Hier ist garantiert, daß auch die Tiere entsprechend behandelt werden.

Meine Damen und Herren! Wir bekennen uns auch zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit von Veranstaltungsteilnehmern, wiewohl in den Begutachtungen auch seitens der Wirtschaftskammer unterschiedliche Notwendigkeiten erkannt wurden.

Worum es uns aber beim Veranstaltungsrecht geht - ich habe das auch das letzte Mal schon anlässlich der Diskussion um das Veranstaltungstättengesetz erwähnt -, ist, daß ein modernes und zeitgemäßes Veranstaltungsrecht darauf Rücksicht nehmen sollte, daß Veranstaltungen nicht mehr oder nicht immer in jenem Rahmen ablaufen, den man sich um die Jahrhundertwende für Veranstaltungen vorstellen konnte. Es gibt heute Veranstaltungen, die unter Umständen unter einer Brücke stattfinden, in einem nicht genutzten U-Bahn-Tunnel oder was auch immer für einen Tunnel, es gibt Veranstaltungen, die finden auf der Straße statt, die finden wo auch immer statt, es gibt Clubbings, es gibt ausgesprochen ausgeflippte Events, und das derzeitige Veranstaltungsrecht, zu dem auch die anderen Gesetzesmaterien gehören, trägt dem nicht ausreichend Rechnung.

Wir sind aber zuversichtlich - nicht zuletzt deshalb, weil es seitens der Koalitionsparteien eindeutige Äußerungen in die Richtung gibt -, daß es eine Arbeitsgruppe, sei es jetzt eine informelle oder eine formelle, geben wird, die es sich zur Aufgabe macht, das gesamte Veranstaltungsrecht nach seinen Potentialen zur Harmonisierung, zur Vereinfachung und zur Erleichterung zu durchkämmen.

Ein Veranstaltungsrecht, meine Damen und Herren, das in einfacher und verständlicher Sprache verfaßt

werden soll, das einheitliche Grundlagen und Vorgaben für Veranstaltungsstätten enthalten soll, das ein Anmelde-, statt ein Genehmigungsprinzip enthalten soll, das kurze und kalkulierbare Anmeldefristen vorsieht, das generelle Sicherheitsbestimmungen normiert und das unbürokratische und schnelle Verfahren garantiert - ein solches Veranstaltungsrecht bringt Erleichterungen für alle Beteiligten, mehr Eigenverantwortung, weniger bürokratischen Aufwand für die VeranstalterInnen, aber auch für die BeamtInnen und letztlich damit eine vielfältigere, dynamischere, dichtere und interessantere Veranstaltungsszene in Wien.

Das Liberale Forum wird gern bereit sein, seine Managementqualitäten auch in diese Arbeitsgruppe einzubringen. - Danke. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste Rednerin ist Frau StR Dr Huemer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

StR Dr Friedrun Huemer: Sehr geehrte Damen und Herren!

Nicht die heute zum Beschluß vorliegenden Bestimmungen sind für mich ein Hinderungsgrund, dem Veranstaltungsgesetz zuzustimmen, sondern die Tatsache, daß ich glaube, daß es dringend notwendig ist, daß gesamte Veranstaltungsgesetz gemeinsam mit dem Veranstaltungstättengesetz auf zeitgemäße Füße zu stellen.

Ich schließe mich eigentlich voll der Wortmeldung meines Vorredners an. Es sind da bestimmte Bereiche angesprochen, die heute, wenn man sie liest, wirklich nicht mehr als zeitgemäß betrachtet werden können. Es hat sich im Veranstaltungswesen, wie auch Herr Smoliner gesagt hat, sehr viel geändert. - Das ist einmal der eine Bereich.

Der andere Bereich ist aber der, daß ich eigentlich einfordern will, daß ein Veranstaltungsgesetz bürger-nahe sein soll, ein Service, eine Hilfestellung für Veranstalter sein soll und nicht eine Hürde, die vor allem einen mühsamen Aktenlauf, lange Fristen und eher eine Verhinderungsstrategie darstellt, und zwar einfach deshalb, weil da noch Regelungen enthalten sind, über die man heute eigentlich schmunzeln müßte.

Erwähnen möchte ich, daß immer noch Polizei im Theater anwesend sein muß. Man fragt sich eigentlich: Warum? - Das sind historisch entstandene Dinge, die dem heutigen Demokratieverständnis wohl nicht mehr ganz entsprechen. Nicht daß ich etwas dagegen hätte, daß Exekutivbeamte gelegentlich ins Theater gehen. Das ist wieder etwas anderes. (*Abg Marco Smoliner: Das wäre die einzige Möglichkeit und Sie sagen, wir brauchen das nicht!*) Ja, aber Sie können genauso wie unsereins ins Theater gehen.

Auch in dem heutigen Entwurf sind Formulierungen drinnen, die zumindest schmunzeln lassen. Wenn beschrieben wird, wie Kutschen auszusehen haben, dann denke ich mir: Bitte, wo sind wir? Die müssen altertümlich ausschauen. Warum eigentlich? Das kann doch nicht der Weisheit letzter Schluß sein, daß man so etwas in einem Gesetz festschreibt. Das ist ja ab-

surd.

Selbstverständlich sind wir auch für den Tier-schutz. Nur, da wird jetzt der schlechte Ernährungszu-stand von Pferden beschrieben. Bitte, warum geht man nicht einfach dazu über, regelmäßige tierärztliche Kontrollen einzufordern, um das auf einen Stand zu bringen, der diskutabel ist, ohne daß man jetzt das Körpergewicht und die Körpergröße von Pferden beur-teilen läßt? Das ist wirklich etwas kompliziert.

Wir stimmen dem heute nicht zu, aber nicht des-halb, weil uns die Inhalte so besonders irritieren - es ist manches auch besser geworden -, sondern weil wir meinen, in dieser Legislaturperiode müßte es möglich sein, zu einem modernen vernünftigen Veranstat-tungsgesetz zu kommen. Noch besser würde ich die Formulierung finden: Machen wir das in dem Jahrhun-dert noch! Das wäre doch wirklich eine Aufgabe.

Ich freue mich, daß die Liberalen dabei sind und ich hoffe auch, daß aus den anderen Parteien ein Interesse dafür gegeben ist, einen Schritt in die Zu-kunft zu denken, womit den zahlreichen sehr unter-schiedlichen Veranstaltern in Wien das Leben leichter gemacht werden kann. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Weitere Wortmeldun-gen liegen nicht. Ich erkläre die Verhandlung für ge-schlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter amtsf StR Dr Peter Marboe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich bin dankbar für die Beiträge, die eines gezeigt haben: Wie wenig andere Gesetze ist ein Veranstat-tungsgesetz immer im Fluß, weshalb es auch immer wieder adaptiert werden muß. Ich darf nur als leichte Korrektur zum Kollegen Smoliner anbringen: Die Ur-fassung des Veranstaltungsgesetzes stammt nicht von der Jahrhundertwende, sondern aus dem Jahr 1971, und dieses wurde bisher ... *(Abg Marco Smoliner: Die ganze Materie!)* Okay, die Materie. *(Neuerlicher Zwi-schenruf des Abg Marco Smoliner.)* Nur "for the re-cords".

Aber inzwischen ist es zehnmal geändert worden. Das zeigt schon, wie notwendig es ist, immer wieder in einzelnen Etappen darüber nachzudenken - beide Kollegen haben das Wort "zeitgemäß" verwendet -, hier tatsächlich zeitgemäß zu sein und letztlich einen Weg zu finden, zwischen einer möglichst unkompli-zierten Abwicklung, die wir uns alle wünschen, aber auch einem notwendigen Mitspracherecht der Behör-den, wenn es um Jugendschutz, um Sicherheit, um Anrainerschutz und dergleichen geht.

Es ist auch ein bißchen schwierig, Frau Kollegin Huemer, zwischen dem traditionellen Wiener Fiaker-bild und modernen oder neuen oder anderen Kutschen einen Kompromiß zu finden, weil das nicht so leicht auf einen Nenner zu bringen ist. *(StR Dr Friedrun Hu-emer: Na eben! Dann schreiben wir es nicht fest!)* Das gilt auch für all die Sicherheitsbestimmungen im Thea-terbereich, die laufend adaptiert werden müssen.

Ich bin daher ziemlich sicher, daß in nicht allzu ferner Zeit eine neuerliche Novellierung erforderlich sein wird, meine aber, daß mit dem heutigen Vor-schlag doch ein wichtiger Beitrag zu einer solchen zeitgemäßen Adaption gefunden werden konnte und darf daher um Zustimmung ersuchen.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit ange-nommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Wider-spruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Ich darf wieder den Vorsitz übernehmen und aus Anlaß der letzten Sitzung im heurigen Jahr kurz resümieren.

Wir hatten 1998 44 Tagesordnungspunkte, 3 Mitteilungen, 2 Dringliche Anfragen, 28 Anfragen, 50 Anträge, 13 Initiativanträge, 30 Beschluß- und Resolutionsanträge und Abänderungsanträge und somit ein außerordentlich umfangreiches Arbeitspen-sum dieses Landtags erledigt.

Ich bin auch wirklich der Meinung, daß dieser Landtag in sehr kollegialer und freundschaftlicher Weise die Probleme Wiens in Angriff genommen hat und mit seriösen Gesetzesvorlagen und Schritten Vor-teile für die Wiener Bevölkerung beschlossen hat.

In besonderer Weise ist es mir auch ein Anliegen, Ihnen aus Anlaß des bevorstehenden Weihnachts-fests, die herzlichsten Grüße und vor allem Glückwün-sche auszudrücken.

Ich darf dies auch im Namen des Herrn Landes-hauptmanns tun, der dem Landtag persönlich die Grü-ße übermitteln wollte, aber durch einen Termin außer Haus und durch die rasche Abwicklung der Tagesord-nung nicht in der Lage ist, hier zu sein. Also ich möch-te ausdrücklich die besten Glückwünsche des Herrn Landeshauptmanns auch für das neue Jahr an alle Landtagsabgeordneten hier vermitteln.

In meinem Namen, im Namen des Zweiten Präsi-denten und der Frau Dritten Präsidentin darf ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die es uns durch ihre Arbeit das ganze Jahr über erlaubt haben, ord-nungsgemäße Sitzungen durchzuführen, herzlich dan-ken, ihnen die besten Weihnachts- und Neujahrswün-sche des gesamten Landtags übermitteln.

Ich darf den Landesregierungsmitgliedern mit dem Herrn Landeshauptmann an der Spitze die besten Glückwünsche zum Weihnachtsfest und zum Neu-jahrswchsel darbieten und ich darf Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren Landtagsabgeordneten, ebenfalls, so hoffe ich, mehrere Tage der Ruhe und

Erholung wünschen.

Ein frohes und glückliches Weihnachtsfest und viel Freude, Gesundheit und Erfolg für das neue Jahr!
(Allgemeiner Beifall.)

Die Sitzung ist damit geschlossen. Tag und Stunde der nächsten Sitzung werden schriftlich bekanntgegeben.

(Schluß um 12.42 Uhr.)

